

Gesetzentwurf

der Landesregierung

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das
Haushaltsjahr 2021
(Haushaltsgesetz 2021 – HG 2021)**



LAND
BRANDENBURG

Entwurf Haushaltsplan 2021

Haushaltsgesetz

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Anmerkungen	4
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021 - HG 2021)	5
Begründung	24
Haushaltsübersicht	35
Einnahmen und Ausgaben Gesamtplan 2021	36
Verpflichtungsermächtigungen Gesamtplan 2021	38
Finanzierungsübersicht 2021	39
Kreditfinanzierung 2021	40
Gruppierungsübersicht	41
Funktionenübersicht	56
Haushaltsquerschnitt Einnahmen 2021	62
Haushaltsquerschnitt Ausgaben 2021	70
Zergliederung 2021	82
Durchlaufende Posten 2021	106
Prognose der Entwicklung der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger und Höhe der Versorgungsausgaben des Landes Brandenburg	108
Personalausgabenquote	110
Zusammenfassung der Stellenübersicht 2021	111
Übersicht über Planstellen und Stellen 2021	112
Dienstwohnungen Gesamtplan 2021	120
Landeseigene und geleaste Dienstfahrzeuge Gesamtplan 2021	121
Sonderfinanzierungen 2021	122
Sonderabgaben	126

Landeshaushalt

Gesamtplan

Anmerkungen:

Es bedeuten in den folgenden Übersichten

Epl.* 01	Landtag	(LT)
Epl. 02	Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei	(StK)
Epl. 03	Ministerium des Innern und für Kommunales	(MIK)
Epl. 04	Ministerium der Justiz	(MdJ)
Epl. 05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport	(MBJS)
Epl. 06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	(MWFK)
Epl. 07	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz	(MSGIV)
Epl. 08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie	(MWAE)
Epl. 10	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz	(MLUK)
Epl. 11	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung	(MIL)
Epl. 12	Ministerium der Finanzen und für Europa	(MdFE)
Epl. 13	Landesrechnungshof	(LRH)
Epl. 14	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg	(VerfG)
Epl. 20	Allgemeine Finanzverwaltung	(AFV)

*(Epl. ist die Abkürzung für Einzelplan)

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch das Runden der Zahlen.

**Gesetz
über die Feststellung des Haushaltsplanes
des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2021
(Haushaltsgesetz 2021 – HG 2021)**

Vom

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Inhaltsübersicht

- § 1 Feststellung des Haushaltsplanes
- § 2 Kreditermächtigungen
- § 3 Tilgungsplan
- § 4 Gewährleistungen
- § 5 Grundsätze für neue Steuerungsinstrumente
- § 6 Neue Steuerungsinstrumente im Bereich des Landtages, Verfassungsgerichts und Landesrechnungshofes
- § 7 Besondere Regelungen für den Brandenburgischen Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen
- § 8 Mehrausgaben, Komplementärmittel
- § 9 Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie
- § 10 Sonderfinanzierungen
- § 11 Industrieansiedlungsverträge
- § 12 Besondere Regelungen für Zuwendungen
- § 13 Personalwirtschaftliche Regelungen
- § 14 Besondere Regelungen für Planstellen und Stellen
- § 15 Ausbringung zusätzlicher Leerstellen
- § 16 Vergabe leistungsbezogener Besoldungselemente an Beamtinnen und Beamte
- § 17 Verbilligte Veräußerung und Nutzungsüberlassung von Grundstücken
- § 18 Besondere Regelungen für geheim zu haltende Ausgaben
- § 19 Berichtspflichten gegenüber dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen des Landtages
- § 20 Weitergeltung von Vorschriften und Ermächtigungen
- § 21 Inkrafttreten

§ 1

Feststellung des Haushaltsplanes

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Haushaltsplan des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2021 wird in Einnahmen und Ausgaben festgestellt auf 15.029.961.400 Euro.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgestellt auf 7.537.555.200 Euro.

§ 2

Kreditermächtigungen

(1) Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben nachfolgend aufgeführte Kredite im Haushaltsjahr 2021 aufzunehmen:

1. bis zur Höhe von 87.776.200 Euro gemäß § 18 Absatz 1 Satz 4 in Verbindung mit § 18 Absatz 4 Nummer 1 Landeshaushaltsordnung zur Umsetzung finanzieller Transaktionen,
2. bis zur Höhe von 217.910.000 Euro gemäß § 18 Absatz 3 Nummer 1 in Verbindung mit § 18a Absatz 2 Satz 2 Landeshaushaltsordnung in Folge der von der wirtschaftlichen Normallage negativ abweichenden konjunkturellen Entwicklung und
3. bis zur Höhe von 1.602.500.000 Euro gemäß § 18 Absatz 3 Nummer 2 in Verbindung mit § 18b Landeshaushaltsordnung zur weiteren Bekämpfung der vom Landtag gemäß Artikel 103 Absatz 2 Satz 2 Landesverfassung festgestellten außergewöhnlichen Notsituation in Folge der Corona-Pandemie. Soweit die gemäß dieser Nummer aufgenommenen Kredite nicht zur Deckung von Corona bedingten Ausgaben oder zur Kompensation von nicht konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen im Haushaltsjahr 2021 benötigt werden, sind die überschüssigen Einnahmen dem Sondervermögen „Brandenburgs Stärken für die Zukunft sichern“ zuzuführen.

(2) Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, die im Haushaltsjahr 2021 zur Tilgung fällig werdenden Kredite zu refinanzieren, deren Höhe sich aus den Finanzierungsübersichten ergibt. Die Ermächtigung nach Satz 1 erhöht sich um den Saldo aus den veranschlagten Rücklagenentnahmen und den veranschlagten Rücklagenzuführungen gemäß Finanzierungsübersicht sowie um die jeweilige Inanspruchnahme der mit dem Nachtragshaushaltsgesetz 2019 gebildeten Rücklage des Sondervermögens Zukunftsinvestitionsfonds des Landes Brandenburg. Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, zum Aufbau von Eigenbeständen Kredite bis zur Höhe von 500.000.000 Euro aufzunehmen. Auf die Kreditermächtigung nach Satz 3 sind die Beträge anzurechnen, die aufgrund von Ermächtigungen früherer Haushaltsgesetze aufgenommen worden sind oder sich bereits im Eigenbestand befinden.

(3) Das für Finanzen zuständige Ministerium darf zur Vorfinanzierung von Ausgaben, die aus den Fonds der Europäischen Union nachträglich erstattet werden, Kredite bis zur Höhe von insgesamt 200.000.000 Euro aufnehmen. Die nach Satz 1 aufgenommenen Kredite sind mit den Erstattungen aus den Fonds zu tilgen.

(4) Im Rahmen der Kreditfinanzierung kann das für Finanzen zuständige Ministerium auch ergänzende Vereinbarungen treffen, die der Begrenzung von Zinsänderungsrisiken, der Erzielung günstigerer Konditionen und ähnlichen Zwecken bei neuen Krediten und bestehenden Schulden dienen. Die Summe der Nominalwerte derartiger Vereinbarungen darf die Summe der insgesamt am Kapitalmarkt aufgenommenen Kredite nicht übersteigen. Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, Darlehen vorzeitig zu tilgen oder Kredite mit unterjähriger Laufzeit aufzunehmen, soweit dies im Zuge von Zinsanpassungen oder zur Erlangung günstigerer Konditionen notwendig wird. Die Kreditermächtigung nach Absatz 2 erhöht sich in Höhe der nach Satz 3 getilgten Beträge. Diese Ermächtigung gilt auch für die im Wirtschaftsplan des Landeswohnungsbauvermögens vorgesehene Kreditaufnahme.

(5) Der Zeitpunkt der Kreditaufnahme ist nach der Kassenlage, den jeweiligen Kapitalmarktverhältnissen und gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen zu bestimmen.

(6) Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, zur Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft im Haushaltsjahr 2021 bis zur Höhe von 12 Prozent des in § 1 Satz 1 jeweils festgestellten Betrages Kassenverstärkungsmittel aufzunehmen. Soweit diese Kredite zurückgezahlt sind, kann die Ermächtigung wiederholt in Anspruch genommen werden. Zahlungen für Sicherheiten im Sinne von Absatz 7 werden auf die Ermächtigung nicht angerechnet.

(7) Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, Sicherheiten in Form verzinster Barmittel zu stellen sowie entgegenzunehmen oder durch Wertpapierhinterlegung zu empfangen oder zu stellen.

(8) Das Sondervermögen Finanzierungsfonds Flughafen BER wird ermächtigt, die zur Tilgung fällig werdenden Kredite zu refinanzieren, deren Höhe sich aus dem Wirtschaftsplan ergibt.

(9) Das Neubewilligungsvolumen des Landeswohnungsbauvermögens wird auf höchstens 110.000.000 Euro zuzüglich der dem Landeswohnungsbauvermögen im Jahr 2021 zufließenden Bundesmittel festgeschrieben. Eine Rücklagenbildung im Landeswohnungsbauvermögen wird entsprechend § 62 Absatz 3 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung zugelassen.

§ 3

Tilgungsplan

(1) Beginnend mit dem Haushaltsjahr 2022 werden die gemäß § 2 Absatz 1 Satz 2 des Haushaltsgesetzes 2019/2020 vom 18. Dezember 2018 (GVBl. I Nr. 33), das zuletzt durch das Gesetz vom 1. April 2020 (GVBl. I Nr. 9) geändert worden ist, aufgenommenen Kredite jährlich fortlaufend in Höhe von mindestens 3,3 Prozent getilgt.

(2) Beginnend mit dem Haushaltsjahr 2024 werden die gemäß § 2 Absatz 1 Nummer 3 aufgenommenen Kredite jährlich fortlaufend in Höhe von mindestens 3,3 Prozent getilgt.

§ 4

Gewährleistungen

(1) Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, im Jahr 2021 zur Förderung der Wirtschaft, der freien Berufe sowie der Land- und Forstwirtschaft Bürgschaften und Garantien für Kredite und Beteiligungen bis zur Höhe von insgesamt 200.000.000 Euro zu übernehmen. Garantien können auch als Rückgarantie gegenüber Dritten übernommen werden.

(2) Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, im Jahr 2021 Bürgschaften und Garantien im Falle eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses, insbesondere für Notmaßnahmen im Land Brandenburg, bis zur Höhe von 30.000.000 Euro zu übernehmen. Überschreitet die aufgrund dieser Ermächtigung zu übernehmende Bürgschaft oder Garantie im Einzelfall den Betrag von 5.000.000 Euro, bedarf es der Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages.

(3) Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, im Jahr 2021 Garantien zur Finanzierung von Film- und Fernsehproduktionen sowie Projektentwicklungen im Medienbereich bis zur Höhe von 10.000.000 Euro zu übernehmen. Unter Anrechnung auf die Ermächtigung nach Satz 1 können auch Bürgschaften und Garantien zur Finanzierung von Produktionen, Projektentwicklungen und Existenzgründungen im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft übernommen werden.

(4) Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, im Jahr 2021 Garantien zur Finanzierung von Vorhaben im Rahmen der Daseinsvorsorge bis zur Höhe von 10.000.000 Euro zu übernehmen.

(5) Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, im Jahr 2021 zur Absicherung von Risiken, die sich aus dem Betrieb von kerntechnischen Anlagen und dem Umgang mit radioaktiven Stoffen in Forschungseinrichtungen des Landes ergeben, Gewährleistungen bis zur Höhe von 5.000.000 Euro zu übernehmen.

(6) Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, im Jahr 2021 zur Deckung des Haftpflichtrisikos von Zuwendungsempfängenden des Landes aus der Haftung für Leihgaben im Bereich Kunst und Kultur sowie für wissenschaftliche Forschungsinstitute, die vom Bund und vom Land gemeinsam getragen werden, Garantien bis zum Höchstbetrag von 18.000.000 Euro zu übernehmen.

(7) Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, im Jahr 2021 zur Absicherung von Risiken, die sich aus der Tätigkeit der Ethikkommissionen der Landesärztekammer Brandenburg nach § 7 Absatz 1 des Heilberufsgesetzes und der Ärztekammer Hamburg nach § 2 des Abkommens vom 7. November 2013 zwischen den Ländern Brandenburg, Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die gemeinsame Einrichtung einer Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik bei der Ärztekammer Hamburg (GVBl. 2014 I Nr. 10 S. 2) ergeben, Gewährleistungen bis zur Höhe von 5.000.000 Euro zu übernehmen.

(8) Bürgschaften und Garantien gemäß den Absätzen 1, 3 und 4 dürfen nur für Kredite und Beteiligungen übernommen werden, deren Rückzahlung oder Rückgabe durch die Schuldnerin oder den Schuldner bei normalem wirtschaftlichem Ablauf innerhalb der für den Einzelfall vereinbarten Zahlungsstermine erwartet werden kann.

§ 5

Grundsätze für neue Steuerungsinstrumente

(1) In den Einzelplänen 02 bis 12 sowie im Einzelplan 20 werden je Einzelplan aus den Personalausgaben Personalbudgets und aus den sächlichen Verwaltungsausgaben, den Ausgaben für den Erwerb beweglicher Sachen und den Verwaltungseinnahmen je Einzelplan Verwaltungsbudgets gebildet. Werden die Ausgaben des Personalbudgets in den Einzelplänen 02 bis 12 und des Verwaltungsbudgets beim Jahresabschluss unterschritten, kann der Betrag in Höhe der Unterschreitung anteilig einer Rücklage zugeführt werden. Die Rücklagenbildung erfolgt grundsätzlich in Höhe von 50 Prozent der Unterschreitung. Das für Finanzen zuständige Ministerium kann einen höheren Rücklagesatz bestimmen. Die Bestimmung eines geringeren Rücklagesatzes ist nur zur Vermeidung oder Begrenzung eines ansonsten entstehenden Fehlbetrages nach § 25 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung zulässig. Im Landeshaushalt vereinnahmte und zur Deckung sächlicher Verwaltungsausgaben sowie von Personalausgaben bestimmte zweckgebundene Drittmittel, die nicht vollständig zweckentsprechend verwendet wurden, können in voller Höhe einer Rücklage außerhalb des Verwaltungs- oder Personalbudgets zugeführt werden.

(2) Das Personalbudget umfasst die Ausgaben der Hauptgruppe 4 mit Ausnahme der Gruppen 431, 432 und 453. Diese Ausgaben sind innerhalb des jeweiligen Einzelplans gegenseitig deckungsfähig. Rücklagen aus dem Vorjahr dürfen zur Verstärkung der Ausgaben innerhalb des Personalbudgets verwendet werden; vorgezogene Entnahmen im Vorjahr sind durch Minderausgaben im laufenden Haushaltsjahr auszugleichen. Wird das Personalbudget beim Jahresabschluss überschritten, soll der Betrag bis zur Höhe der Überschreitung auf das Personalbudget für den nächsten Haushalt vorgetragen werden. Aus Drittmitteln oder zweckgebundenen Sonderabgaben gedeckte Personalausgaben können vom Personalbudget ausgenommen werden.

(3) Minderausgaben in den Personalbudgets im Zusammenhang mit Langzeitkonten und Teilzeitbeschäftigungen in Verbindung mit einer Freistellung gemäß § 78 Absatz 4 Landesbeamtengesetz oder § 5 Absatz 1 Satz 2 Brandenburgisches Richterrecht werden abweichend von Absatz 1 in voller Höhe einer gesonderten Rücklage zugeführt. Diese Rücklagen sind für die Deckung von Personalausgaben für Vertretungen beziehungsweise Nachfolgerinnen oder Nachfolger während der Freistellungsphase im Rahmen von Langzeitkonten oder in Verbindung mit einer Freistellung gemäß § 78 Absatz 4 Landesbeamtengesetz oder § 5 Absatz 1 Satz 2 Brandenburgisches Richterrecht zu verwenden.

(4) Die Ausgaben der Gruppe 453 sind innerhalb des jeweiligen Einzelplans gegenseitig deckungsfähig. Das jeweilige Personalbudget ist einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben der Gruppe 453. Die Ausgaben der Gruppen 431 und 432 sowie des Titels 919 35 sind untereinander sowie über alle Einzelpläne gegenseitig deckungsfähig.

(5) Das Verwaltungsbudget umfasst die Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54, ausgenommen die Ausgaben des Titels 518 25 und der Gruppe 529, und der Obergruppe 81 und die Einnahmen der Obergruppen 11 bis 13. Die Ausgaben sind innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig. Das jeweilige Verwaltungsbudget ist einseitig deckungsfähig zugunsten des Titels 518 25. Der Titel 518 25 ist einseitig deckungsfähig zugunsten des Titels 517 25. Rücklagen aus Vorjahren dürfen zur Verstärkung der Ausgaben innerhalb des Verwaltungsbudgets verwendet werden. Wird

das Verwaltungsbudget beim Jahresabschluss überschritten, soll der Betrag bis zur Höhe der Überschreitung auf das Verwaltungsbudget für den nächsten Haushalt vorgetragen werden. Einzelne Einnahmen und Ausgaben können vom Verwaltungsbudget ausgenommen werden.

(6) Mehreinnahmen bei den Obergruppen 11 bis 13 können zur Verstärkung der Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54, ausgenommen die Ausgaben der Gruppe 529, und der Obergruppe 81 im Rahmen des Verwaltungsbudgets verwendet werden, wenn ein verwaltungsmäßiger oder sachlicher Zusammenhang besteht oder eine wirtschaftliche und sparsame Verwendung gefördert wird. Minderausgaben beim Personalbudget können zur Verstärkung der Ausgaben des Verwaltungsbudgets im jeweiligen Einzelplan verwendet werden, soweit sich daraus keine Überschreitung des Personalbudgets beim Jahresabschluss ergibt.

(7) Minderausgaben beim Verwaltungsbudget können zur Verstärkung der Ausgaben bei Kapitel 12 020 Titel 519 61 – Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen – und Titel 891 61 – Zuführungen für Investitionen – herangezogen werden.

(8) Die allein aus Landesmitteln finanzierten und nicht zur Komplementärfinanzierung von Drittmitteln bestimmten Ausgaben der Hauptgruppe 6 sind innerhalb des jeweiligen Einzelplans gegenseitig deckungsfähig. Ebenso sind die allein aus Landesmitteln finanzierten und nicht zur Komplementärfinanzierung von Drittmitteln bestimmten Ausgaben der Obergruppen 83 bis 89 innerhalb des jeweiligen Einzelplans gegenseitig deckungsfähig. Die gemäß Absatz 1 gebildeten Rücklagen beim Personal- und Verwaltungsbudget können mit Einwilligung des für Finanzen zuständigen Ministeriums zur Verstärkung der Ausgaben der Hauptgruppe 6 verwendet werden.

(9) Für die Wirtschaftspläne der Landesbetriebe nach § 26 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung gelten die vorstehenden Absätze entsprechend, soweit keine besonderen Regelungen getroffen sind.

(10) Die im Einzelplan 06 veranschlagten Universitäten und Fachhochschulen werden jeweils nur mit ihrem Zuschussbedarf veranschlagt. Die Einnahmen und Ausgaben dieser Einrichtungen werden in Wirtschaftsplänen veranschlagt, die dem Haushaltsplan als Erläuterungen beigelegt sind. Für die Bewirtschaftung gelten die Absätze 1 bis 7 entsprechend, soweit keine besonderen Regelungen getroffen sind.

(11) Das Nähere regelt das für Finanzen zuständige Ministerium.

§ 6

Neue Steuerungsinstrumente im Bereich des Landtages, Verfassungsgerichts und Landesrechnungshofes

(1) In den Einzelplänen 01, 13 und 14 werden je Einzelplan aus den Personalausgaben Personalbudgets und aus den sächlichen Verwaltungsausgaben, den Ausgaben für den Erwerb beweglicher Sachen und den Verwaltungseinnahmen Verwaltungsbudgets gebildet. Werden die Ausgaben des Personalbudgets und des Verwaltungsbudgets beim Jahresabschluss unterschritten, kann der Betrag in Höhe der Unterschreitung jeweils einer Rücklage zugeführt werden.

(2) Das Personalbudget umfasst die Ausgaben der Hauptgruppe 4 mit Ausnahme der Ausgaben der Gruppe 411 und der Gruppen 432 und 453. Diese Ausgaben sind innerhalb des jeweiligen Einzelplans gegenseitig deckungsfähig. Rücklagen aus den Vorjahren dürfen zur Verstärkung der Ausgaben innerhalb des Personalbudgets verwendet werden; vorgezogene Entnahmen im Vorjahr sind durch Minderausgaben im laufenden Haushaltsjahr auszugleichen. Wird das Personalbudget beim Jahresabschluss überschritten, soll der Betrag bis zur Höhe der Überschreitung auf das Personalbudget für den nächsten Haushalt vorgetragen werden. Aus Drittmitteln gedeckte Personalausgaben können vom Personalbudget ausgenommen werden.

(3) Minderausgaben in den Personalbudgets im Zusammenhang mit Langzeitkonten und Teilzeitbeschäftigungen in Verbindung mit einer Freistellung gemäß § 78 Absatz 4 Landesbeamtengesetz werden in voller Höhe einer gesonderten Rücklage zugeführt. Diese Rücklagen sind für die Deckung von Personalausgaben für eine Vertretung beziehungsweise eine Nachfolge während der Freistellungsphase im Rahmen von Langzeitkonten oder in Verbindung mit einer Freistellung gemäß § 78 Absatz 4 Landesbeamtengesetz zu verwenden.

(4) Die Ausgaben der Gruppe 453 sind innerhalb des jeweiligen Einzelplans gegenseitig deckungsfähig. Das jeweilige Personalbudget ist einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben der Gruppe 453. Die Ausgaben der Gruppe 432 sowie des Titels 919 35 sind untereinander sowie über alle Einzelpläne gegenseitig deckungsfähig.

(5) Das Verwaltungsbudget umfasst die Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54, ausgenommen die Ausgaben des Titels 518 25 und der Gruppe 529, und der Obergruppe 81 und die Einnahmen der Obergruppen 11 bis 13. Die Ausgaben sind innerhalb des Einzelplanes gegenseitig deckungsfähig. Das jeweilige Verwaltungsbudget ist einseitig deckungsfähig zugunsten des Titels 518 25. Der Titel 518 25 ist einseitig deckungsfähig zugunsten des Titels 517 25. Rücklagen aus den Vorjahren dürfen zur Verstärkung der Ausgaben innerhalb des Verwaltungsbudgets verwendet werden. Wird das Verwaltungsbudget beim Jahresabschluss überschritten, soll der Betrag bis zur Höhe der Überschreitung auf das Verwaltungsbudget für den nächsten Haushalt vorgetragen werden. Einzelne Einnahmen und Ausgaben können vom Verwaltungsbudget ausgenommen werden.

(6) Mehreinnahmen bei den Obergruppen 11 bis 13 können zur Verstärkung der Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54, ausgenommen die Ausgaben der Gruppe 529, und der Obergruppe 81 verwendet werden, wenn ein verwaltungsmäßiger oder sachlicher Zusammenhang besteht oder eine wirtschaftliche und sparsame Verwendung gefördert wird. Minderausgaben beim Personalbudget können zur Verstärkung der in Satz 1 bezeichneten Ausgaben im jeweiligen Einzelplan verwendet werden, soweit sich daraus keine Überschreitung des Personalbudgets beim Jahresabschluss ergibt.

(7) Die allein aus Landesmitteln finanzierten und nicht zur Komplementärfinanzierung von Drittmitteln bestimmten Ausgaben der Hauptgruppe 6 sind innerhalb des jeweiligen Einzelplans gegenseitig deckungsfähig.

§ 7

Besondere Regelungen für den Brandenburgischen Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen

- (1) Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, nach Bestätigung des Wirtschaftsplans für den Brandenburgischen Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen Einnahmen, Ausgaben, Verpflichtungsermächtigungen, Planstellen und Stellen in den Landesbetrieb umzusetzen, soweit weitere Liegenschaften in die Teilnahme am Vermieter-Mieter-Modell überführt werden.
- (2) Die Ansätze bei den Titeln 518 25 sind bis zum Abschluss der jeweiligen Mietverträge mit dem Brandenburgischen Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen gesperrt. Von dieser Sperre sind die Ausgaben bei den Titeln 517 25 nicht erfasst, die im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung der Liegenschaften stehen.
- (3) Nicht veranschlagte Ausgaben für Betriebs- und Nebenkosten sowie Mieten nach dem Vermieter-Mieter-Modell bei den Titeln 517 25 und 518 25 stellen keine Mehrausgaben nach § 37 der Landeshaushaltsordnung dar. Sie können vom für Finanzen zuständigen Ministerium zugelassen werden, wenn sie durch Minderausgaben oder Mehreinnahmen an anderer Stelle gedeckt sind.
- (4) Die Ansätze des Titels 518 25 sind innerhalb des jeweiligen Einzelplans gegenseitig deckungsfähig.
- (5) Vom Brandenburgischen Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen zurückgezahlte Beträge aus der Abrechnung von Betriebs- und Nebenkosten sind bei Titel 517 25 und bei Kapitel 12 020 Titel 518 61 abzusetzen.

§ 8

Mehrausgaben, Komplementärmittel

- (1) Der gemäß § 37 Absatz 1 Satz 4 der Landeshaushaltsordnung festzulegende Betrag wird auf 7.500.000 Euro Landesmittel festgesetzt, für Verpflichtungsermächtigungen (§ 38 Absatz 1 Satz 3 der Landeshaushaltsordnung) als Jahresbetrag. Überschreiten diese Mehrausgaben im Einzelfall Landesmittel in Höhe des Betrages von 5.000.000 Euro, bei Verpflichtungsermächtigungen als jährlich fällig werdender Betrag, ist die Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages einzuholen. Mehrausgaben zur Erfüllung von Rechtsverpflichtungen, die Landesmittel in Höhe des Betrages von 15.000.000 Euro überschreiten, bei Verpflichtungsermächtigungen als jährlich fällig werdender Betrag, sind vor Einwilligung des für Finanzen zuständigen Ministeriums dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen des Landtages zur Unterrichtung vorzulegen, sofern nicht aus zwingenden Gründen eine Ausnahme geboten ist. Überplanmäßige oder außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen gemäß § 38 Absatz 1 Satz 3 der Landeshaushaltsordnung, zu deren Ausfinanzierung Ausgabemittel von anderer Seite zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden und bei denen ein Betrag von jährlich 15.000.000 Euro überschritten wird, bedürfen der Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages.
- (2) Eines Nachtragshaushaltsgesetzes bedarf es zudem nicht, wenn

1. Komplementärmittel von der Europäischen Union oder vom Bund unvorhergesehen bereitgestellt werden, die eine zusätzliche anteilige Finanzierung durch das Land erforderlich machen, oder
2. Umschichtungen innerhalb eines Fonds der Europäischen Union oder zwischen den Fonds, einschließlich der Kofinanzierung durch das Land, erforderlich sind.

In den Fällen des Satzes 1 Nummer 2 bedarf es der Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages, wenn die Umschichtungen im Einzelfall 5.000.000 Euro EU- und Landesmittel, bei Verpflichtungsermächtigungen als jährlich fällig werdender Betrag, überschreiten.

(3) Veranschlagte Landesmittel und Verpflichtungsermächtigungen, die nicht mehr zur Kofinanzierung von Leistungen Dritter für die gemäß Haushaltsplan vorgesehenen Zwecke erforderlich sind, sind gesperrt. Die Aufhebung der Sperre bedarf der Zustimmung des für Finanzen zuständigen Ministeriums. Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, die Vorfinanzierung von Maßnahmen, für die die Leistung von Dritten vorgesehen ist, zuzulassen.

(4) Im Bereich der Fonds der Europäischen Union dürfen mit Einwilligung des für Finanzen zuständigen Ministeriums Mehrausgaben bis zur Höhe der Minderausgaben aus Vorjahren geleistet werden, soweit die zugehörigen Erstattungsanträge an die EU-Kommission bis spätestens zum 30. Juni des Folgejahres gestellt werden oder die Mehrausgaben zur Kofinanzierung von Mitteln aus den Fonds dienen.

(5) Die dem Land Brandenburg gemäß § 1 Absatz 1 Nummer 3 bis 4 der Aufbauhilferverordnung vom 16. August 2013 (BGBl. I S. 3233), die durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. November 2014 (BGBl. I S. 1716) geändert worden ist, zustehenden Mittel dürfen vom Land bis zur Höhe von 42.919.000 Euro vorfinanziert werden.

§ 9

Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie

Zur weiteren Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie wird das für Finanzen zuständige Ministerium abweichend von § 8 sowie von § 37 der Landeshaushaltsordnung ermächtigt, in über- und außerplanmäßige Ausgaben bis zur Höhe von 166.000.000 Euro einzuwilligen, sofern dies für die Aufrechterhaltung der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben sowie von wesentlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Funktionen unabhängig von der Trägerschaft sowie für den Ausgleich von nicht unerheblichen Schäden unabweisbar ist. Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen des Landtages ist unverzüglich über Einwilligungen nach Satz 1 zu unterrichten.

§ 10

Sonderfinanzierungen

(1) Durch den Abschluss von Leasing-, Mietkauf- und ähnlichen Verträgen (Sonderfinanzierungen) für Bauinvestitionen dürfen Verpflichtungen zulasten künftiger Haushaltsjahre eingegangen werden. Diese Befugnis gilt auch bei Umsetzung von Bauinvestitionen im Rahmen von Öffentlich Privaten Partnerschaften, die auch die Betriebsphase umfassen (Lebenszyklusansatz). Das für Finanzen zuständige Ministerium wird

ermächtigt, mit Zustimmung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages Sonderfinanzierungen zuzulassen; § 38 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung bleibt unberührt.

(2) Verpflichtungsermächtigungen für Investitionsfinanzierungen dürfen abweichend von § 8 Absatz 1 bis zu der Höhe überschritten werden, in der sie für Maßnahmen nach Absatz 1 Satz 1 benötigt werden.

(3) Die Wirtschaftlichkeit von Sonderfinanzierungen ist in jedem Einzelfall zu belegen.

§ 11

Industrieansiedlungsverträge

Soweit die veranschlagten Ausgaben bei voller Ausschöpfung der Deckungsfähigkeit und die Verpflichtungsermächtigungen nicht ausreichen, Industrieansiedlungsverträge mit finanziellen Verpflichtungen für das Land abzuschließen, ist das für Wirtschaft zuständige Ministerium ermächtigt, über Industrieansiedlungsverträge zu verhandeln und - bei Zustimmung des für Finanzen zuständigen Ministeriums und nach Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen im Benehmen mit dem Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landtages - zusätzliche Verpflichtungen zulasten des Landes einzugehen.

§ 12

Besondere Regelungen für Zuwendungen

(1) Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Zuwendungen im Sinne des § 23 der Landeshaushaltsordnung zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben einer Stelle außerhalb der Landesverwaltung (institutionelle Förderung) sind gesperrt, bis der Haushalts- oder Wirtschaftsplan des Zuwendungsempfängenden von dem zuständigen Ministerium gebilligt worden ist.

(2) Die in Absatz 1 genannten Zuwendungen zur institutionellen Förderung dürfen nur mit der Auflage bewilligt werden, dass der Zuwendungsempfängende seine Beschäftigten nicht besser stellt als vergleichbare Bedienstete des Landes; vorbehaltlich einer abweichenden tarifvertraglichen Regelung dürfen deshalb keine günstigeren Arbeitsbedingungen vereinbart werden, als sie für Bedienstete des Landes jeweils vorgesehen sind. Entsprechendes gilt bei Zuwendungen zur Projektförderung, wenn die Gesamtausgaben der Zuwendungsempfängenden überwiegend aus Zuwendungen der öffentlichen Hand bestritten werden. Das für Finanzen zuständige Ministerium kann bei Vorliegen zwingender Gründe Ausnahmen zulassen.

(3) Die in den Erläuterungen zu den Titeln, aus denen Zuwendungen im Sinne des § 23 der Landeshaushaltsordnung zur institutionellen Förderung geleistet werden, für andere als Projektaufgaben ausgebrachte Planstellen für Beamtinnen und Beamte sowie Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind hinsichtlich der Gesamtzahl und der Zahl der für die einzelnen Besoldungs- und Entgeltgruppen ausgebrachten Planstellen und Stellen verbindlich. Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, Ausnahmen von der Verbindlichkeit der Stellenpläne zuzulassen. Die Wertigkeit außertariflicher Stellen ist durch die Angabe der entsprechenden Besoldungs-

gruppe zu kennzeichnen. Das für Finanzen zuständige Ministerium kann Abweichungen in den Wertigkeiten der Stellen zulassen. Sind im Wirtschaftsplan Stellen außerhalb der Anlage B zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder ohne Angaben des Entgelts ausgebracht, bedarf die Festsetzung des Entgelts in jedem Einzelfall der vorherigen Zustimmung des für Finanzen zuständigen Ministeriums. Sonstige Abweichungen bedürfen der Einwilligung des für Finanzen zuständigen Ministeriums und setzen eine Tätigkeitsdarstellung voraus.

§ 13

Personalwirtschaftliche Regelungen

(1) Zur Einhaltung des Stellenplans gemäß der gültigen Personalbedarfsplanung des Landes Brandenburg und des Personalbudgets sind die Ressorts verpflichtet, alle Möglichkeiten zur Einsparung von Planstellen, Stellen, Beschäftigungspositionen und Personalausgaben zu nutzen. Dazu können abweichend von § 50 Absatz 1 Satz 1 der Landeshaushaltsordnung auch Mittel oder Planstellen und Stellen umgesetzt werden, ohne dass Aufgaben von einer Verwaltung auf eine andere Verwaltung übergehen. Das Nähere regelt das für Finanzen zuständige Ministerium.

(2) Die Erläuterungen zu den Titeln der Gruppe 422 für Stellen der Beamtinnen und Beamten auf Probe und zu den Titeln der Gruppe 428 sind hinsichtlich der zulässigen Zahl der für die einzelnen Besoldungs- und Entgeltgruppen ausgebrachten Stellen verbindlich. Die den Wirtschaftsplänen der Landesbetriebe nach § 26 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung beigefügten Stellenübersichten sind verbindlich. Das für Finanzen zuständige Ministerium kann Ausnahmen von der Verbindlichkeit der Stellenpläne für die Landesbetriebe zulassen.

(3) Abweichend von § 49 der Landeshaushaltsordnung können auf Planstellen auch beamtete Hilfskräfte und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geführt werden.

(4) Einnahmen aus Zuschüssen für die berufliche Eingliederung behinderter Menschen und für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen fließen den entsprechenden Ansätzen für Personalausgaben zu. Innerhalb der einzelnen Kapitel fließen die Einnahmen den Ausgaben bei folgenden Gruppen - einschließlich den entsprechenden Gruppen in Titelgruppen - zu:

1. Gruppe 428 aus Erstattungen der Förderleistungen der Bundesagentur für Arbeit in Bezug auf das Altersteilzeitgesetz,
2. Gruppen 422, 428, 441, 443 und 446 aus Schadensersatzleistungen Dritter.

(5) Planstellen und Stellen können für Zeiträume, in denen Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber vorübergehend nicht oder nicht vollbeschäftigt sind, innerhalb des jeweiligen Einzelplans im Umfang der nicht in Anspruch genommenen Planstellen- oder Stellenanteile für die Beschäftigung von beamteten Hilfskräften und Kräften in zeitlich befristeten Arbeitsverträgen in Anspruch genommen werden.

(6) Alle Planstellen für Lehrkräfte sowie die Stellen für sonstiges pädagogisches Personal in den Kapiteln 05 300 bis 05 332 gehören einer Verwaltung im Sinne von § 50 Landeshaushaltsordnung an und sind kapitelübergreifend zu bewirtschaften. Ihre Wertigkeiten sind verbindlich. Von Amtsbezeichnungen kann abgewichen werden. Alle Stellen im Sinne von Satz 1 stehen vom 1. August des Haushaltsjahres bis zum

31. Juli des Folgejahres zur Bewirtschaftung zur Verfügung. Hiervon abweichend dürfen Planstellen für Lehrkräfte mit besonderen Funktionen bereits ab dem 1. Januar des jeweiligen Haushaltsjahres bis zum 31. Juli des Folgejahres bewirtschaftet werden. In begründeten Ausnahmefällen kann das für Bildung zuständige Ministerium mit Zustimmung des für Finanzen zuständigen Ministeriums eine befristete Überschreitung der im Haushaltsplan vorgesehenen Planstellen für Lehrkräfte mit besonderen Funktionen in Bewertung und/oder deren Anzahl zulassen, wenn die veranschlagte Zahl dieser Planstellen nicht ausreicht, um schulorganisatorische Entwicklungen nachzuvollziehen. Die Buchung der Personalausgaben für Lehrkräfte und für sonstiges pädagogisches Personal hat bei den entsprechenden Schulformkapiteln zu erfolgen.

(7) Personalwirtschaftliche Maßnahmen, insbesondere Beförderungen, die Übertragung höherwertiger Tätigkeiten und Stellenbesetzungen, sind nur in den Geschäftsbereichen zulässig, in denen im Vorjahr die Personalbudgets nicht überschritten wurden und soweit sich ein Überschreiten der Personalbudgets für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung nicht abzeichnet. Das für Finanzen zuständige Ministerium kann hiervon Ausnahmen zulassen.

(8) Neueinstellungen und die Entfristung befristeter Beschäftigungsverhältnisse sind grundsätzlich nur in den Geschäftsbereichen zulässig, in denen die Erreichung der ressortbezogenen Zielzahlen laut Personalbedarfsplanung abzusehen ist und die Erbringung der veranschlagten Stelleneinsparungen gewährleistet werden kann. Über Ausnahmen entscheidet das für Finanzen zuständige Ministerium.

§ 14

Besondere Regelungen für Planstellen und Stellen

(1) Planstellen und Stellen, die einen kw-Vermerk tragen, können nach ihrem Freiwerden mit schwer behinderten Menschen wiederbesetzt werden, wenn die gesetzliche Pflichtquote gemäß § 154 Absatz 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch bei den Planstellen und Stellen in der Landesverwaltung nicht erreicht wird. In diesem Fall ist der schwerbehinderte Mensch auf der nächsten freiwerdenden Planstelle oder Stelle der betreffenden oder nächsthöheren Besoldungs- oder Entgeltgruppe innerhalb des Einzelplans zu führen. Das für Finanzen zuständige Ministerium kann Ausnahmen zulassen.

(2) Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt zuzulassen, dass von einem kw-Vermerk mit Datumsangabe abgewichen wird, wenn die Planstelle oder Stelle weiter benötigt wird, weil sie nicht rechtzeitig frei wird; in diesem Fall ist die Stelleninhaberin oder der Stelleninhaber auf der nächsten freiwerdenden Planstelle oder Stelle der betreffenden oder nächsthöheren Besoldungs- oder Entgeltgruppe innerhalb des Einzelplans zu führen.

(3) Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, mit Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages Planstellen für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter und Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zusätzlich auszubringen, wenn hierfür ein unabweisbares, auf andere Weise nicht zu befriedigendes Bedürfnis besteht. Der Einwilligung nach Satz 1 bedarf es nicht, wenn der Landtag einen Beschluss zur Ausbringung zusätzlicher Planstellen für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter und Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gefasst hat.

(4) Mit Einwilligung des für Finanzen zuständigen Ministeriums können nach Änderungen im Besoldungs- oder Tarifrecht Planstellen- und Stellenveränderungen vorgenommen werden. Stellenveränderungen sind mit Einwilligung des für Finanzen zuständigen Ministeriums auch dann möglich, wenn tarifrechtliche Ansprüche bestehen.

(5) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die vor der Überleitung aus dem BAT/BAT-O und dem MTArb/MTArb-O in den TV-L einen Bewährungs- oder Fallgruppenaufstieg gemäß den §§ 23a, 23b BAT/BAT-O beziehungsweise den vergleichbaren Bestimmungen für Arbeiterinnen und Arbeiter vollzogen haben oder bei denen nach den bisherigen tarifrechtlichen Bestimmungen ein Bewährungs- oder Fallgruppenaufstieg in der jeweiligen Fallgruppe vorgesehen war, sowie nach dem 1. November 2006 neu eingestellte oder neu eingruppierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einem höherwertigen Tarifanspruch gemäß Anlage 4 TVÜ-Länder können bis zum Wirksamwerden neuer Eingruppierungsvorschriften für den TV-L oder bis zum Ausscheiden auf einer niedrigwertigeren TV-L-Stelle geführt werden, die der ursprünglichen Stelle in der Struktur des durch den TV-L ersetzten BAT/BAT-O und des MTArb/MTArb-O entspricht.

(6) Das Nähere regelt das für Finanzen zuständige Ministerium.

§ 15

Ausbringung zusätzlicher Leerstellen

(1) Werden planmäßige Beamtinnen und Beamte im dienstlichen Interesse des Landes mit Zustimmung der obersten Dienstbehörde im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung, einer Bundesbehörde, eines Bundesgerichts oder einer kommunalen Gebietskörperschaft oder für eine Tätigkeit bei einer Fraktion oder einer Gruppe des Landtages, des Deutschen Bundestages oder einer zwischenstaatlichen Einrichtung unter Wegfall der Dienstbezüge länger als ein Jahr verwendet und besteht ein unabweisbares Bedürfnis, die Planstellen und Stellen neu zu besetzen, so kann das für Finanzen zuständige Ministerium dafür gleichwertige Leerstellen ausbringen. Das Gleiche gilt für eine Verwendung bei sonstigen landesunmittelbaren und -mittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts sowie bei juristischen Personen des Privatrechts, soweit diese vom Land institutionell gefördert werden oder das Land mehrheitlich beteiligt ist.

(2) Absatz 1 findet entsprechend Anwendung, wenn

1. Beamtinnen und Beamte nach § 79 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2, Nummer 3 oder § 80 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Landesbeamtengesetzes länger als ein Jahr beurlaubt werden oder
2. Beamtinnen und Beamte aus dem Beamtenverhältnis entlassen sind und nach § 122 Absatz 6 Landesbeamtengesetz oder nach § 65 Absatz 5, § 66 Absatz 1, § 67 Absatz 4 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes einen Anspruch auf Übernahme in das frühere Dienstverhältnis haben oder
3. Beamtinnen und Beamte aus sonstigen persönlichen Gründen länger als ein Jahr beurlaubt werden oder
4. die Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis nach § 72 Satz 1 oder nach § 124 Absatz 1 des Landesbeamtengesetzes ruhen.

(3) Für planmäßige Beamtinnen und Beamte, die nach § 71 des Landesbeamtengesetzes länger als ein Jahr ohne Unterbrechung Elternzeit nehmen, gilt vom Beginn der Beurlaubung an eine Leerstelle der entsprechenden Besoldungsgruppe als ausgebracht.

(4) Die Absätze 1 bis 3 und 5 gelten entsprechend für Richterinnen und Richter sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(5) Für planmäßige Beamtinnen und Beamte, die im Rahmen der Umsetzung der Altersteilzeitregelung am Blockmodell teilnehmen, denen Teilzeitbeschäftigung in Verbindung mit einer Freistellung bis zum Eintritt in den Ruhestand gewährt wurde oder für die ein Langzeitkonto geführt wird, gilt vom Beginn der Freistellungsphase an eine Leerstelle der entsprechenden Besoldungs- und Entgeltgruppe als ausgebracht. Für Teilzeitbeschäftigung in Verbindung mit einer Freistellung gemäß § 78 Absatz 4 Landesbeamtengesetz gilt eine Leerstelle gemäß Satz 1 als ausgebracht, wenn die Freistellungsphase mindestens zwölf Monate beträgt. Nach Beendigung der Freistellungsphase fällt diese Leerstelle weg. Diese Beschäftigten sind bis zum Ausscheiden auf diesen Leerstellen zu führen.

(6) Für planmäßige Beamtinnen und Beamte ab der Besoldungsgruppe A 16 der Brandenburgischen Besoldungsordnung A und B, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in entsprechenden Entgeltgruppen sowie Richterinnen und Richter ab der Besoldungsgruppe R 2 der Brandenburgischen Besoldungsordnung R gilt für die Inanspruchnahme von Zeiten der Ansparung von Resturlauben, Ausgleichstagen und sonstigen zugelassenen Ansparmöglichkeiten eine Leerstelle ab einem Zeitpunkt von sechs Monaten vor dem Eintritt in den Ruhestand, in den vorzeitigen Ruhestand oder in die Rente als ausgebracht. Nach Eintritt in den Ruhestand, in den vorzeitigen Ruhestand oder in die Rente fällt diese Leerstelle weg. Diese Beschäftigten sind bis zum Ausscheiden auf diesen Leerstellen zu führen.

(7) Über den weiteren Verbleib der nach den Absätzen 1 bis 6 ausgebrachten Leerstellen ist im nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

§ 16

Vergabe leistungsbezogener Besoldungselemente an Beamtinnen und Beamte

(1) Für die Vergabe von Leistungsstufen ist die Brandenburgische Leistungsstufenverordnung sowie für die Vergabe von Leistungsprämien und Leistungszulagen die Brandenburgische Leistungsprämien- und -zulagenverordnung anzuwenden.

(2) Die für die Vergabe leistungsbezogener Besoldungselemente anfallenden Ausgaben sind aus Einsparungen bei anderen Titeln der Hauptgruppe 4 im jeweiligen Einzelplan (ausgenommen Gruppen 432 und 453) oder durch Entnahmen aus der Rücklage Personalbudget zu decken.

§ 17

Verbilligte Veräußerung und Nutzungsüberlassung von Grundstücken

(1) Grundstücke des Allgemeinen Grundvermögens dürfen gemäß § 63 Absatz 3 Satz 2 und Absatz 4 der Landeshaushaltsordnung

1. bei der Nutzungsbindung von mindestens 15 Jahren für Einrichtungen des Sozial-, Kinder- und Jugendwesens in gemeinnütziger Trägerschaft um bis zu 25 Prozent unter dem vollen Wert veräußert werden;
 2. bebaut (mit besonderem Sanierungsaufwand) und unbebaut bei einer Belegungsbindung von mindestens 15 Jahren um bis zu 40 Prozent unter dem vollen Wert veräußert werden, wenn sichergestellt ist, dass sie für Maßnahmen der sozialen Wohnraumförderung nach § 2 des Wohnraumförderungsgesetzes verwendet werden;
 3. bei einer Belegungsbindung von mindestens 15 Jahren um bis zu 50 Prozent unter dem vollen Wert veräußert werden, wenn sichergestellt ist, dass sie im Rahmen des vom Land geförderten Studentenwohnraumbaus zur Schaffung von Studentenwohnungen oder einer vergleichbaren Förderung verwendet werden;
 4. unter den Voraussetzungen der Nummer 3 an Studentenwerke unentgeltlich abgegeben werden;
 5. bei Sicherstellung der dauerhaften Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit im Falle von Gewässergrundstücken nebst Umgriff, die nicht dem Forstvermögen zuzuordnen sind und nicht dauerhaft für Landeszwecke benötigt werden, um bis zu 100 Prozent unter dem vollen Wert an kommunale Träger, Naturschutzeinrichtungen oder gemeinnützige Träger veräußert werden, wenn der Ausschuss für Haushalt und Finanzen des Landtages in die Veräußerung einwilligt;
 6. im Wege der Bestellung eines Erbbaurechts vergeben werden, wobei der Erbbauzins je nach dem zu fördernden Zweck für die Dauer der Nutzungs- und Belegungsbindung abgesenkt werden darf, und zwar
 - a) für die gemeinnützigen außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf 0 Prozent,
 - b) in den Fällen von Nummer 1 auf 2 Prozent,
 - c) in den Fällen von Nummer 2 auf 3 Prozent und
 - d) in den Fällen von Nummer 3 auf 0 Prozent vom Bodenwert und
 - e) in den Fällen von Nummer 4 Satz 1 auf 3 Prozent vom Bodenwert;
 7. vom Land institutionell geförderten außeruniversitären Forschungseinrichtungen gegen Übernahme der Betriebs- und zumutbaren Bauunterhaltungskosten unentgeltlich zur Nutzung überlassen werden.
- (2) Für die in der Titelgruppe 65 „WGT-Liegenschaftsvermögen im AGV“ im Kapitel 20 630 ausgewiesene Vermögensmasse gilt über die Regelung des Absatzes 1 hinaus, dass bebaute und unbebaute Grundstücke um bis zu 25 Prozent unter dem vollen Wert veräußert oder im Erbbaurecht vergeben werden dürfen, die für unmittelbare Verwaltungszwecke vom Land sowie für kommunale Infrastrukturmaßnahmen von den Kreisen und den Gemeinden dauerhaft genutzt werden können.
- (3) Über die verbilligte Abgabe gemäß Absatz 1 hinaus wird gemäß § 63 Absatz 3 Satz 2 und Absatz 4 der Landeshaushaltsordnung zugelassen, dass landeseigene bebaute und unbebaute Grundstücke an Gebietskörperschaften für die im Bundeshaushalt aufgeführten Zwecke bis zu dem Prozentsatz unter dem vollen Wert veräußert, im Wege der Erbbaurechtsbestellung zur Verfügung gestellt, vermietet, verpachtet oder

zur Nutzung überlassen werden, zu dem der Bund dem Land Verbilligungen bei der Veräußerung, Zurverfügungstellung im Wege des Erbbaurechts, Vermietung, Verpachtung oder Nutzungsüberlassung von bundeseigenen Grundstücken für gleiche Zwecke einräumt. Vom Gegenseitigkeitserfordernis nach Satz 1 sind die Liegenschaften, die in der Titelgruppe 65 „WGT-Liegenschaftsvermögen im AGV“ im Kapitel 20 630 ausgewiesen sind, ausgenommen.

(4) Gemäß § 61 Absatz 1 Satz 1, § 63 Absatz 3 Satz 2 und Absatz 4 der Landeshaushaltsordnung wird die vorübergehende oder dauernde Abgabe von Grundstücken des Allgemeinen Grundvermögens an das Verwaltungsgrundvermögen ohne Werterstattung zugelassen.

(5) Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 und Absatz 4 der Landeshaushaltsordnung wird zugelassen, dass verfügbare, nicht genutzte Landesgrundstücke Kommunen zur Unterbringung diesen zugewiesener Asylbegehrenden (sogenannte Anschlussunterbringung) und Flüchtlingen zeitlich unbefristet unentgeltlich überlassen werden dürfen, sofern die Liegenschaften nicht offenkundig ungeeignet erscheinen. Die Liegenschaften dürfen Kommunen zu dem in Satz 1 genannten Zweck auch unentgeltlich übertragen werden. Erfolgt eine unentgeltliche Übertragung ist für den Fall, dass die Unterbringungsnutzung zu dem in Satz 1 genannten Zweck aufgegeben wird, der volle Wert des Grundstücks an das Land auszukehren.

(6) Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 und Absatz 4 der Landeshaushaltsordnung wird zugelassen, dass verfügbare, nicht genutzte Landesgrundstücke Kommunen unentgeltlich für Schul- und Kindertagesstätten-Baumaßnahmen veräußert oder überlassen werden, sofern diese Landesgrundstücke nicht offenkundig ungeeignet erscheinen und die Kommunen über keine geeigneten Grundstücke verfügen. Erfolgt eine Veräußerung nach Satz 1, ist für den Fall, dass die Nutzung zu dem in Satz 1 genannten Zweck aufgegeben wird, der volle Wert des Grundstücks an das Land auszukehren.

§ 18

Besondere Regelungen für geheim zu haltende Ausgaben

(1) Aus zwingenden Gründen des Geheimschutzes wird die Bewilligung von Ausgaben, die nach einem geheim zu haltenden Wirtschaftsplan bewirtschaftet werden sollen, von der Billigung des Wirtschaftsplans durch die Parlamentarische Kontrollkommission nach § 23 des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes abhängig gemacht. Die Mitglieder dieser Kontrollkommission sind zur Geheimhaltung aller Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen bei dieser Tätigkeit bekannt geworden sind.

(2) Die Präsidentin oder der Präsident des Landesrechnungshofes prüft in den Fällen des Absatzes 1 nach § 9 des Landesrechnungshofgesetzes und unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission sowie die zuständige oberste Landesbehörde und das für Finanzen zuständige Ministerium über das Ergebnis der Prüfung der Jahresrechnung sowie der Haushalts- und Wirtschaftsführung. § 97 Absatz 4 der Landeshaushaltsordnung bleibt unberührt.

§ 19

Berichtspflichten gegenüber dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen des Landtages

(1) Das für Finanzen zuständige Ministerium berichtet dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen des Landtages

1. mit Stand 30. Juni 2021 im Rahmen eines Berichtes über wesentliche Kenngrößen der bereinigten Gesamteinnahmen und -ausgaben des Landes sowie über den aktuellen Mittelabfluss aus dem Landeshaushalt - in diesem Bericht sollen auch Angaben zur Entwicklung der Einnahmearten und der Ausgabearten insbesondere zur Umsetzung der EU-Fonds und zum Stand der Verschuldung sowie Prognosedaten der weiteren Entwicklung bis zum Jahresende enthalten sein;
2. über den Jahresabschluss 2021 im Rahmen eines Berichtes entsprechend Nummer 1, allerdings ohne Prognoseaussage;
3. mit Stand 31. Dezember 2021 für das Haushaltsjahr 2021 über die Gewährleistungen und Inanspruchnahmen durch das Land gemäß § 4;
4. mit Stand 31. Dezember 2021 über die nach § 2 Absatz 4 abgeschlossenen ergänzenden Vereinbarungen, konkret über die Optimierungsderivate; der Bericht enthält eine Risikobewertung und eine Darstellung der anfallenden Kosten für das Land;
5. mit Stand 31. Dezember 2021 im Rahmen eines Berichtes über die Beteiligungen des Landes.

(2) Die Ministerien berichten dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen des Landtages

1. zu den in Absatz 1 Nummer 1 und 2 genannten Stichtagen im Rahmen eines Berichtes über den Stand der Bewilligungen bei sämtlichen Titeln der Hauptgruppen 6 und 8 mit einem Ansatz ab 1.000.000 Euro und den aktuellen Mittelabfluss,
2. zu den in Absatz 1 Nummer 1 und 2 genannten Stichtagen im Rahmen eines Berichtes über die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen,
3. zu den in Absatz 1 Nummer 1 und 2 genannten Stichtagen im Rahmen eines Berichtes über die Inanspruchnahme von Ausgaberesten bei sämtlichen Titeln der Hauptgruppen 6 und 8 mit einem Ansatz ab 1.000.000 Euro,
4. mit Stand 31. Mai 2021 im Rahmen eines Berichtes über die Besetzung der Planstellen und Stellen.

(3) Die Ministerien berichten dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen des Landtages

1. mit Stand 30. Juni 2021 im Rahmen eines Berichtes über den Stand der Entgeltzahlungen an die Investitionsbank des Landes Brandenburg im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Geschäftsbesorgung für die Bewilligung, Gewährung von Zuwendungen und zur Verwendungsnachweisprüfung,
2. mit Stand 31. Dezember 2021 im Rahmen eines Berichtes entsprechend Nummer 1.

(4) Das für Wirtschaft zuständige Ministerium berichtet dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen des Landtages

1. zum 30. Juni 2021 im Rahmen eines Berichtes über den Stand der Bewilligung von Fördermitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"; der Bericht erfolgt in Form einer Übersicht der bewilligten Einzelförderungen mit einem Förderbetrag von mehr als 1.000.000 Euro; in der Übersicht sind die der Bewilligung zugrunde gelegten Kriterien und der Fördersatz anzugeben;
2. zum 30. September 2021 im Rahmen eines Berichtes entsprechend in Nummer 1;
3. zum 31. Dezember 2021 im Rahmen eines Berichtes entsprechend in Nummer 1.

§ 20

Weitergeltung von Vorschriften und Ermächtigungen

Die Vorschriften und Ermächtigungen in den §§ 4, 5, 6, 8 Absatz 1 und 2, §§ 12 bis 16 und 18 gelten bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 2022 weiter.

§ 21

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2021 in Kraft.

Potsdam, den

Die Präsidentin des Landtages Brandenburg

Prof. Dr. Ulrike Liedtke

Begründung zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2021

A. Allgemeines

Bund und Länder sind in ihrer Haushaltswirtschaft selbstständig und voneinander unabhängig. Mit dieser Regelung des Artikel 109 Absatz 1 des Grundgesetzes wird die verfassungsrechtliche Haushaltsautonomie der Länder festgelegt. Die Haushaltsautonomie bedeutet, dass jedes Land einen eigenen Haushaltsplan aufstellt und ihn eigenverantwortlich ausführen, abrechnen und prüfen muss.

Artikel 101 Absatz 2 der Verfassung des Landes Brandenburg regelt, dass alle Einnahmen und Ausgaben des Landes in den Haushaltsplan einzustellen sind. Absatz 3 Satz 1 dieser Norm stellt zum Verfahren fest: „Der Haushaltsplan wird für ein Haushaltsjahr oder mehrere Haushaltsjahre, nach Jahren getrennt, vor Beginn des ersten Haushaltsjahres durch das Haushaltsgesetz festgestellt.“

Das vorliegende Gesetz dient der Feststellung des Haushaltsplans des Landes Brandenburg für das Jahr 2021.

B. Zu den einzelnen Vorschriften

Aufgrund der Ressortneugliederungen zur 7. Legislaturperiode wurde das Ministerium der Finanzen in das Ministerium der Finanzen und für Europa umbenannt. Diese Umbenennung wurde im gesamten Haushaltsgesetz redaktionell insoweit berücksichtigt, als nun auf den Zuständigkeitsbereich der Finanzen Bezug genommen wird, z. B. „das für Finanzen zuständige Ministerium“.

Bei anderen Ressortumbenennungen wurde entsprechend verfahren und nur auf die funktionale Bezeichnung abgestellt.

Auf diese Änderung wird in den jeweiligen Einzelbegründungen nicht nochmals eingegangen.

§ 1 Feststellung des Haushaltsplanes

Die Vorschrift enthält die Zahlen des Gesamtabchlusses, die sich aus dem Gesamtplan (Anlage) ergeben.

§ 2 Kreditermächtigungen

(Absatz 1)

Mit diesem Absatz werden die erforderlichen Kreditermächtigungen geregelt, die zur Umsetzung finanzieller Transaktionen (Nr. 1), infolge der von der wirtschaftlichen Normallage negativ abweichenden konjunkturellen Entwicklung (Nr. 2) und infolge der weiterhin anhaltenden Corona-Pandemie (Nr. 3) - aufgrund der vom Landtag gemäß Artikel 103 Absatz 2 Satz 2 Verfassung des Landes Brandenburg (LV) vor Verabschiedung dieses Gesetzes festzustellenden außergewöhnliche Notsituation - erforderlich sind.

Nr. 1

Bereinigung finanzieller Transaktionen:

87.776.200 Euro

Die Rechtsgrundlage für eine Kreditaufnahme auf Grundlage der Ausnahmeregelung des § 18 Absatz 1 Satz 4 LHO legt fest, dass Einnahmen und Ausgaben um finanzielle

Transaktionen bereinigt werden. § 18 Absatz 4 Nr. 1 LHO regelt, dass im Haushaltsgesetz bestimmt wird, bis zu welcher Höhe das für Finanzen zuständige Ministerium Kredite zur Umsetzung von finanziellen Transaktionen gemäß Absatz 1 Satz 4 aufnehmen darf. Die Legaldefinition der finanziellen Transaktionen findet sich in § 18 Absatz 2 LHO. Diese Bestimmung ist in § 2 Absatz 1 Nr. 1 erfolgt.

Der Bedarf für das Jahr 2021 ergibt sich aus dem Saldo der Einnahmen der Gruppe 134 (Kapitalrückzahlungen), der Obergruppe 17 (Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich), der Obergruppe 18 (Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen) sowie der Obergruppe 31 (Schuldenaufnahmen bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftlichen Zusammenschlüssen) und den Ausgaben der Obergruppe 83 (Erwerb von Beteiligungen und dergleichen) und der Obergruppe 86 (Darlehen an sonstige Bereiche).

Finanzielle Transaktionen haben für den Landeshaushalt weder eine Vermögensmehrung noch eine Vermögensminderung zur Folge und beeinflussen nicht die strukturelle Nettokreditaufnahme. Daher ergibt sich hier keine konkrete Tilgungsverpflichtung.

Nr. 2

Konjunkturelle negative Abweichung:

217.910.000 Euro

Die Rechtsgrundlage für eine Kreditaufnahme auf Grundlage der Ausnahmeregelung des § 18 Absatz 3 Nummer 1 Landeshaushaltsordnung (LHO) setzt eine von der wirtschaftlichen Normallage negativ abweichende konjunkturelle Entwicklung voraus. Die anzuwendenden Berechnungsgrundlagen sind in § 18a LHO festgelegt. Die hier angenommene konjunkturbedingt mögliche Kreditaufnahme ist auf der Basis der Mai-Steuerschätzung 2020 für das Haushaltsjahr 2021 berechnet worden. Die Daten werden mit der nächsten regulären Steuerschätzung im November 2020 neu berechnet.

Aufgrund der Symmetrieeigenschaft des Konjunkturbereinigungsverfahrens ergibt sich in konjunkturell schlechten Zeiten die Möglichkeit zur Kreditaufnahme. In konjunkturell guten Zeiten hingegen resultieren aus dem Verfahren Tilgungsverpflichtungen. Daher ist die geplante konjunkturell bedingte Kreditaufnahme nicht mit einer konkreten Tilgungsverpflichtung verbunden.

Nr. 3

Voraussetzung für diese Kreditaufnahme ist zunächst, dass der Landtag gemäß Artikel 103 Absatz 2 Satz 2 LV in Verbindung mit § 18b LHO eine außergewöhnliche Notsituation feststellt. Durch den mit einfacher Mehrheit zu fassenden Beschluss über das Vorliegen einer außergewöhnlichen Notsituation wird die Rechtsgrundlage für eine Kreditaufnahme auf Grundlage der Ausnahmeregelung des § 18 Absatz 3 Nummer 2 LHO „außergewöhnliche Notsituation“ geschaffen. Die Höhe der Kreditermächtigung ist wie in § 18 Absatz 4 LHO vorgegeben in § 2 Absatz 1 Nummer 3 Haushaltsgesetz 2021 (HG 2021) mit 1.602.500.000 Euro bestimmt. Das Erfordernis der Kreditaufnahme wird entsprechend § 18 Absatz 5 Satz 1 LHO wie folgt dargelegt.

Zur Krisenbewältigung ist vorgesehen, ein rechtlich unselbständiges Sondervermögen „Brandenburgs Stärken für die Zukunft sichern“ zu errichten. Damit verbunden ist die in § 2 Absatz 1 Nummer 3 bestimmte Kreditermächtigung in Höhe von insgesamt 1.602.500.000 Euro. Diese dient der Finanzierung der Auswirkungen und Folgen der Corona-Pandemie in den Jahren 2021 bis 2023.

Bewusst wird hier beim Haushaltsgesetz, welches ein Jahresgesetz für das Haushaltsjahr 2021 ist, hinsichtlich der Ermittlung des Kreditbedarfs auf einen Dreijahreszeitraum abgestellt. Dadurch wird Planungssicherheit für den Landeshaushalt geschaffen und durch die zusätzliche Gewährung von Unterstützung für die Kommunen auch die kommunale Ebene bei der Planung vor Ort abgesichert. Die Wahl des - über den Einjahreszeitraum hinausgehenden - Zeitraums macht sich auch Analysen der Europäischen Kommission zu eigen, wonach allein in den Jahren 2021 und 2022 EU-weit eine Investitionslücke von mindestens 1,5 Billionen Euro erwartet wird. Die EU trägt dem Gedanken einer gezielten, planungssicheren und vorausschauenden Unterstützung u. a. damit Rechnung, dass bei dem zentralen Aufbauinstrument „Next Generation EU“ nach derzeitigem Stand eine Mittelbindung bis zum 31. Dezember 2023 vorgesehen wird und entsprechende Zahlungen sogar bis zum 31. Dezember 2026 geleistet werden können.

Durch die Festlegung in Satz 2 der Nummer 3 wird hinsichtlich der Verausgabung der Mittel dem Jährlichkeitsprinzip Rechnung getragen.

Für den Zeitraum 2021 bis 2023 entstehen in folgenden Bereichen nachfolgende Corona bedingte Bedarfe:

Steuermindereinnahmen (nicht konjunkturbedingt) **684.100.000 Euro**

Die Berechnung beruht auf der Mai-Steuerschätzung 2020 und den dort prognostizierten Mindereinnahmen (nach KFA) gegenüber der Oktober-Steuerschätzung 2019 sowie der dazu vorgelegten Berechnung der konjunkturbedingten Steuerausfälle. Nach der November-Steuerschätzung 2020 ist diese Position zu aktualisieren.

Vorliegend geht es nicht um die konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen, sondern um die strukturellen Steuermindereinnahmen. Wenn von den insgesamt zu prognostizierenden Steuermindereinnahmen (Summe der konjunkturell und der strukturell bedingten Steuermindereinnahmen) die konjunkturbedingten abgezogen werden, verbleibt eine Differenz, die struktureller Natur ist. Dieser Differenz summiert sich in Bedarfszeitraum auf die dargestellte Summe. Diese Lücke wird hier geschlossen.

Kommunaler Rettungsschirm, **448.900.000 Euro**

Die Berechnung beruht ebenfalls auf der Mai-Steuerschätzung 2020. Berücksichtigt sind die Mindereinnahmen der Kommunen gegenüber der Oktober-Steuerschätzung 2019 aufgrund der reduzierten KFA-Zuweisungen sowie die eigenen kommunalen Steuerausfälle. Für die Jahre 2022/2023 wurde hierfür die gleiche Ausgleichsquote von 75% wie für 2021 vereinbart unterstellt.

Krankenhausstrukturfonds III

Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst: **28.000.000 Euro**

Abgebildet ist der erforderliche Kofinanzierungsanteil des Landes für den Krankenhausstrukturfonds III sowie der erst 2021 zu verausgabende Teil des Paktes für den öffentlichen Gesundheitsdienst. Im Entwurf des Haushaltsplans 2021 ist beides bereits gesondert veranschlagt.

Kofinanzierung des Konjunkturpakets des Bundes: **102.000.000 Euro**

Berücksichtigt sind die voraussichtlichen Kofinanzierungsanteile des Landes, soweit sie derzeit plausibel abschätzbar sind. Dies betrifft insbesondere den Bereiche Kultur

(z. B. Investitionen in Kultureinrichtungen zur Erhaltung und Stärkung der Kulturinfrastruktur), Maßnahmen im Bereich des ÖPNV, die Förderung von Sportstätten, die Beschleunigung des Ausbaus von Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung, die Aufstockung der Mittel für zusätzliche Investitionen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) und die Verbesserung der Ladesäuleninfrastruktur für den Ausbau der Elektromobilität.

Die steuerlichen Maßnahmen des Konjunkturpakets werden im Rahmen der Steuer-schätzung berücksichtigt.

Verluste und Liquiditätsausfälle der FBB:

189.500.000 Euro

Durch den pandemiebedingt gravierend eingebrochenen Flugverkehr rechnet die Geschäftsführung der Flughafen Berlin-Brandenburg GmbH (FBB) zum einen mit deutlichen Verlusten aus dem operativen Geschäft. Zum anderen sieht sie sich infolge der pandemiebedingt schlechteren Geschäftszahlen nicht in der Lage, erforderliche Kredite zu wirtschaftlich vertretbaren Konditionen abzuschließen. Die durch die Corona-Pandemie ausgelösten Verluste und Liquiditätsausfälle müssen durch die Gesellschafter der Flughafengesellschaft ausgeglichen werden. Die hierfür vorgesehene Kreditaufnahme des Landes entspricht seinem Gesellschaftsanteil von 37% an dem für 2021 prognostizierten Stützungsbedarf.

Maßnahmen der Pandemie(-folgen)bekämpfung

pauschale Vorsorge:

150.000.000 Euro

Die pauschale Vorsorge für die weitere Pandemie(-folgen)bekämpfung ist eine an den Erfahrungen mit dem Rettungsschirm 2020 orientierte Größe, insbesondere für Maßnahmen gemäß Infektionsschutzgesetz, Gesundheitsschutz, Aufrechterhaltung der staatlichen, sozialen und kulturellen Infrastruktur sowie Belebung der brandenburgischen Wirtschaftskraft.

(Absätze 2 bis 8)

Die Vorschriften sind gegenüber dem HG 2019/2020 inhaltlich unverändert.

(Absatz 9)

Mit der Änderung wird die Höhe des Neubewilligungsvolumens des Landeswohnungsbauvermögens (LWV) für das Haushaltsjahr 2021 um 10 Prozent erhöht und auf maximal 110 Mio. Euro begrenzt. Dieser Betrag darf allerdings in Höhe der im Jahr 2021 dem LWV zufließenden Bundesmittel überschritten werden. Mit dem neuen Satz 2 wird von der Ausnahmemöglichkeit des § 62 Absatz 3 Satz 2 LHO Gebrauch gemacht. § 62 Absatz 3 LHO legt in Satz 1 fest, dass keine weiteren Rücklagen (d. h. als die in den Absätzen 1 und 2 aufgeführten) gebildet werden. Satz 2 ermöglicht davon Ausnahmen. Nach dieser Regelung ist die Rücklagenbildung in besonderen Fällen möglich, die dann durch eine haushaltsgesetzliche Regelung erfolgen müssen. Diese Ausnahme wird für das Haushaltsjahr 2021 mit diesem Satz 2 zugelassen.

§ 3 Tilgungsplan

(Absatz 1)

Die Bezeichnung „§ 1 Absatz 1 Satz 2“ wird um den Bezug auf das Haushaltsgesetz 2019/2020 vom 18. Dezember 2018, das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 1. April

2020 (GVBl. I Nr. 9) zuletzt geändert worden ist, ergänzt, um den korrekten Verweis darzustellen.

(Absatz 2)

Im neuen Absatz 2 wird der in Folge der in § 2 Abs. 1 Nr. 3 enthaltenen Kreditermächtigung über 1.602.500.000 Euro gemäß § 18b Landeshaushaltsordnung erforderliche Tilgungsplan ab dem Haushaltsjahr 2024 verpflichtend festgeschrieben.

§ 4 Gewährleistungen

Änderung der Paragrafennummer aufgrund der Einfügung des neuen Paragraphen 3, Tilgungsplan.

(Absätze 1 bis 7)

In der Vorschrift werden Inhalte und Ermächtigungsrahmen der Absätze 1 bis 7 an einen einjährigen Haushalt angepasst. Mit Ausnahme der Ermächtigungen in den Absätzen 1, 2 und 6 erfolgt jeweils eine Halbierung des Ermächtigungsrahmens.

(Absatz 1)

Hinsichtlich der Regelung zur Förderung der Wirtschaft, der freien Berufe sowie der Land- und Forstwirtschaft wird aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung mit einer steigenden Anzahl an Bürgerschaftsanträgen gerechnet, sodass eine Halbierung des Ermächtigungsrahmens nicht auskömmlich sein wird.

(Absatz 2)

Hinsichtlich Bürgschaften und Garantien im Falle eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses, insbesondere für Notmaßnahmen im Land Brandenburg, wird der bestehende Ermächtigungsrahmen von bis zu 30 Mio. Euro vorsorglich beibehalten.

(Absatz 6)

Der Ermächtigungsrahmen zur Deckung des Haftpflichtrisikos von Zuwendungsempfängern des Landes aus der Haftung für Leihgaben im Bereich Kunst und Kultur sowie für wissenschaftliche Forschungsinstitute wird an die Ausstellungsplanung des MWFK angepasst.

(Absatz 8)

Die Vorschrift ist gegenüber dem § 3 Absatz 8 HG 2019/2020 unverändert.

§ 5 Grundsätze für neue Steuerungsinstrumente

(Absätze 1 und 2 sowie 5 bis 11)

Die Vorschriften sind gegenüber dem HG 2019/2020 unverändert.

(Absatz 3)

Mit Aufnahme der Regelung für Teilzeitbeschäftigungen in Verbindung mit einer Freistellung gemäß § 78 Absatz 4 Landesbeamtengesetz (LBG) oder § 5 Absatz 1 Satz 2 Brandenburgisches Richterrechtsgesetz (BbgRiG) wird gewährleistet, dass die Minderausgaben der Ansparphase nicht dem Rücklagensatz für das Personalbudget unterworfen sind, sondern in voller Höhe zur Finanzierung einer Vertretung während der Freistellungsphase zur Verfügung stehen. Der kontinuierliche Anstieg von Freistellungen gem. § 78 Abs. 4 LBG oder § 5 Absatz 1 Satz 2 BbgRiG (Sabbaticals) insbesondere im

Lehrerbereich stellt für das Personalbudget eine dahingehende große Belastung dar, dass die vorhandene Personalbudgetrücklage nicht mehr auskömmlich ist, die Freistellungsphase der Sabbaticals zu finanzieren. Darüber hinaus wird mit der Regelung eine Gleichbehandlung der geltenden Regelungen für Langzeitkonten (Tarifbeschäftigte) und Sabbaticals (§ 78 Abs. 4 LBG sowie § 5 Abs. 1 S. 2 BbgRiG) erreicht.

Eine weitere Anpassung betrifft das Pilotprojekt zur Einführung von Langzeitkonten. Die Pilotphase des Projektes wird bis zum 31. Dezember 2020 abgeschlossen werden. Derzeit befindet sich die Verlängerung der bisherigen Fassung der Richtlinie über das Jahr 2020 hinaus in der Abstimmung.

(Absatz 4)

Zur Klarstellung ist die Regelung aufgenommen, dass die Ausgaben der Gruppen 431 und 432 sowie des Titels 919 35 untereinander sowie über alle Einzelpläne gegenseitig deckungsfähig sind.

§ 6 Neue Steuerungsinstrumente im Bereich des Landtages, Verfassungsgerichts und Landesrechnungshofes

(Absätze 1 und 2 sowie 5 bis 7)

Die Vorschriften sind gegenüber dem HG 2019/2020 unverändert.

(Absatz 3)

Durch die Aufnahme der Regelung für Teilzeitbeschäftigungen in Verbindung mit einer Freistellung gemäß § 78 Absatz 4 Landesbeamtengesetz (LBG) wird gewährleistet, dass die Minderausgaben der Ansparphase nicht dem Rücklagensatz für das Personalbudget unterworfen sind, sondern in voller Höhe zur Finanzierung einer Vertretung während der Freistellungsphase zur Verfügung stehen. Der kontinuierliche Anstieg von Freistellungen gem. § 78 Abs. 4 LBG (Sabbaticals) insbesondere im Lehrerbereich stellt für das Personalbudget eine dahingehende große Belastung dar, dass die vorhandene Personalbudgetrücklage nicht mehr auskömmlich ist, die Freistellungsphase der Sabbaticals zu finanzieren. Darüber hinaus wird mit der Regelung eine Gleichbehandlung der geltenden Regelungen für Langzeitkonten (Tarifbeschäftigte) und Sabbaticals (§ 78 Abs. 4 LBG) erreicht.

Eine weitere Anpassung betrifft das Pilotprojekt zur Einführung von Langzeitkonten. Die Pilotphase des Projektes wird bis zum 31. Dezember 2020 abgeschlossen werden. Derzeit befindet sich die Verlängerung der bisherigen Fassung der Richtlinie über das Jahr 2020 hinaus in der Abstimmung.

(Absatz 4)

Zur Klarstellung ist die Regelung aufgenommen, dass die Ausgaben der Gruppen 431 und 432 sowie des Titels 919 35 untereinander sowie über alle Einzelpläne gegenseitig deckungsfähig sind.

§ 7 Besondere Regelungen für den Brandenburgischen Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen

(Absätze 1 bis 5)

Die Vorschrift ist gegenüber dem HG 2019/2020 unverändert.

§ 8 Mehrausgaben, Komplementärmittel

(Absätze 1 bis 5)

Die Vorschrift ist gegenüber dem HG 2019/2020 unverändert.

§ 9 Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie

Die mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 vom 1. April 2020 (GVBl. I Nr. 9) als § 8a neu eingefügte Vorschrift wird für das Haushaltsjahr 2021 in Höhe des Teils der in § 2 Abs. 1 Nr. 3 erteilten Kreditermächtigung fortgeschrieben, der für Ausgaben des Jahres 2021 ermittelt wurde, um weiterhin eine ausreichende Handlungsfähigkeit der Landesregierung zu gewährleisten. Dabei wurden die an anderen Stellen des Haushalts bereits für 2021 konkret veranschlagten Minder-einnahmen und Mehrausgaben bereits in Abzug gebracht.

§ 10 Sonderfinanzierungen

Änderung der Paragrafennummer wegen Einfügung des neuen Paragraphen 9 (Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie)

(Absätze 1 bis 3)

Die Vorschrift ist gegenüber dem HG 2019/2020 unverändert.

§ 11 Industrieansiedlungsverträge

Änderung der Paragrafennummer wegen Einfügung des neuen Paragraphen 9 (Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie)

Die Vorschrift ist gegenüber dem HG 2019/2020 inhaltlich unverändert.

§ 12 Besondere Regelungen für Zuwendungen

Änderung der Paragrafennummer wegen Einfügung des neuen Paragraphen 9 (Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie)

(Absätze 1 bis 3)

Die Vorschrift ist gegenüber dem HG 2019/2020 unverändert.

§ 13 Personalwirtschaftliche Regelungen

Änderung der Paragrafennummer wegen Einfügung des neuen Paragraphen 9 (Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie)

(Absätze 1 bis 6)

Die Vorschrift ist gegenüber dem HG 2019/2020 unverändert.

§ 14 Besondere Regelungen für Planstellen und Stellen

Änderung der Paragrafennummer wegen Einfügung des neuen Paragraphen 9 (Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie)

(Absätze 1 bis 8)

Die Vorschrift ist gegenüber dem HG 2019/2020 unverändert.

§ 15 Ausbringung zusätzlicher Leerstellen

Änderung der Paragrafennummer wegen Einfügung des neuen Paragraphen 9 (Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie)

Die Vorschrift wurde hinsichtlich des Geltungsbereichs an einigen Stellen auf die Statusgruppe der Richterinnen und Richter erweitert. Aus systematischen und Gründen der Lesbarkeit wurden die Absätze 1 bis 3 und 5 über die generelle Verweisungsvorschrift des Absatz 4 den beiden Gruppen (Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Richterinnen und Richter) zugeordnet. Neu eingefügt wurde Absatz 6.

(Absatz 1)

Zur Klarstellung ist § 15 Absatz 1 um den Fall der Verwendung von Bediensteten bei einem Bundesgericht ergänzt. Nach der bisherigen Regelung wurden nur Bundesbehörden erfasst. Bundesgerichte sind jedoch keine Bundesbehörden im Sinne von Artikel 86 und 87 Grundgesetz, sodass eine Ergänzung in Absatz 1 erforderlich ist.

(Absatz 2)

Gemäß § 79 Absatz 1 Landesbeamtengesetz (LBG) können Beamtinnen und Beamte auf Antrag unter Wegfall der Besoldung bei im öffentlichen Interesse liegenden oder wichtigen persönlichen Gründen bis zur Dauer von sechs Jahren (Nr. 2) oder in besonders begründeten Ausnahmefällen bis zu zwölf Jahre (Nr. 3) beurlaubt werden, soweit dienstliche Belange nicht entgegenstehen. Die Fälle der Beurlaubung nach § 79 Absatz 1 Nr. 2 und Nr. 3 LBG sind bislang im Haushaltsgesetz nicht berücksichtigt. Aufgrund der dort vorgesehenen Dauer der Beurlaubung (max. sechs bzw. zwölf Jahre) sind auch diese Fälle in das Haushaltsgesetz aufzunehmen.

(Absatz 3)

Der Verweis auf die richterrechtlichen Vorschriften des § 4 Abs. 1 Nr. 2 Brandenburgisches Richtergesetz (BbgRiG) wurde hier gestrichen und erfolgt in der generellen Verweisungsnorm des Absatzes 4.

(Absatz 4)

Die Vorschrift wird als generelle Verweisungsnorm angepasst, um sämtliche in den Absätzen 1 bis 3 und 5 geregelten Fälle zu erfassen. Die neue Formulierung nimmt den Sinngehalt des bisherigen Absatzes 4 auf, wonach die vorherigen Absätze 2 und 3 entsprechend für die beiden anderen Statusgruppen gelten. Gleichzeitig wird der Absatz 1 in die Verweisungsnorm einbezogen, da die dortige Nennung der anderen Statusgruppen gestrichen wurde. Der gestrichene Verweis auf § 4 Abs. 1 Nr. 2 BbgRiG in Absatz 3 Satz 2 ist in dem generellen Verweis auf die für Richterinnen und Richter einschlägigen Vorschriften enthalten. Der Hinweis auf die „jeweils einschlägigen Vorschriften“ macht deutlich, dass bei Richterinnen und Richtern vor dem Rückgriff auf das Beamtenrecht über § 10 Abs. 1 BbgRiG die Rechtsgrundlagen des BbgRiG zu prüfen sind. Gleichzeitig erlaubt die Formulierung auch die Subsumtion der für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer maßgeblichen Normen unter die Verweisung.

(Absatz 5)

Die Statusgruppen jenseits der Beamtinnen und Beamten wurden gestrichen und werden nun über die generelle Verweisungsnorm in Absatz 4 berücksichtigt.

Mit Aufnahme der Regelung für Teilzeitbeschäftigten in Verbindung mit einer Freistellung gemäß § 78 Absatz 4 Landesbeamtengesetz (LBG) in § 5 Absatz 3 wird unter anderem eine Gleichbehandlung der geltenden Regelungen für Langzeitkonten (Tarifbeschäftigte) und Sabbaticals (§ 78 Abs. 4 LBG) erreicht. Die Minderausgaben der Ansparphase werden nicht dem Rücklagensatz für das Personalbudget unterworfen, sondern stehen in voller Höhe zur Finanzierung einer Vertretung während der Freistellungsphase zur Verfügung. Infolgedessen ist § 15 Absatz 5 hinsichtlich der Ausbringung einer Leerstelle um die Fälle der Sabbaticals zu ergänzen. Erst bei einer Dauer der Freistellungsphase von mindestens 12 Monaten ist eine befristete Einstellung zur Vertretung realistisch. § 15 Absatz 5 wird um einen neuen Satz 2 ergänzt. Die bisherigen Sätze 2 und 3 des § 14 Absatz 5 HG 2019/2020 werden die neuen Sätze 3 und 4.

(Absatz 6)

Mit diesem neuen Absatz wird die Vorschrift um die Fälle ergänzt, in denen Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppe A 16 und höher sowie vergleichbare Tarifbeschäftigte und Richterinnen und Richter ab der Besoldungsgruppe R 2 Zeiten der Ansparung von Resturlaub bzw. Ausgleichstagen und sonstigen zulässigen Ansparmöglichkeiten zum Ende des aktiven Dienstes für höchstens 6 Monate in Anspruch nehmen. Für Beschäftigte dieser Besoldungsgruppen sowie vergleichbare Tarifbeschäftigte ist schon aus Sicht der auszuübenden Tätigkeiten in der Regel keine Nachwuchsstelle vorgesehen.

(Absatz 7)

Aufgrund der Aufnahme des neuen Absatz 6, wird der bisherige Absatz 6 zum neuen Absatz 7.

§ 16 Vergabe leistungsbezogener Besoldungselemente an Beamtinnen und Beamte

Änderung der Paragrafennummer wegen Einfügung des neuen Paragrafen 9 (Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie)

(Absätze 1 und 2)

Die Vorschriften sind gegenüber dem HG 2019/2020 unverändert.

§ 17 Verbilligte Veräußerung und Nutzungsüberlassung von Grundstücken

Änderung der Paragrafennummer wegen Einfügung des neuen Paragrafen 9 (Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie)

(Absätze 1 bis 6)

Die Vorschriften sind gegenüber dem HG 2019/2020 unverändert.

§ 18 Besondere Regelungen für geheim zu haltende Ausgaben

Änderung der Paragrafennummer wegen Einfügung des neuen Paragrafen 9 (Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie)

(Absätze 1 bis 2)

Die Vorschriften sind gegenüber dem HG 2019/2020 unverändert.

§ 19 Berichtspflichten gegenüber dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen des Landtages

Änderung der Paragrafennummer wegen Einfügung des neuen Paragraphen 9 (Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie)

(Absätze 1 bis 4)

Die Vorschriften sind gegenüber dem HG 2019/2020 inhaltlich unverändert und lediglich auf den Einjahreshaushalt und redaktionell angepasst.

§ 20 Weitergeltung von Vorschriften und Ermächtigungen

Die Vorschrift regelt den Zeitraum der Weitergeltung von Vorschriften und Ermächtigungen des Haushaltsgesetzes.

§ 21 Inkrafttreten

Die Vorschrift regelt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Haushaltsgesetzes.

- | | | |
|------|--|------------------------------|
| I. | Haushaltsübersicht | (§ 13 Absatz 4 Nummer 1 LHO) |
| A. | Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben je Einzelplan | |
| B. | Zusammenfassung der Verpflichtungsermächtigungen je Einzelplan | |
| II. | Finanzierungsübersicht | (§ 13 Absatz 4 Nummer 2 LHO) |
| III. | Kreditfinanzierungsplan | (§ 13 Absatz 4 Nummer 3 LHO) |

Teil I Haushaltsübersicht 2021

A. Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Einzelpläne

Einzelplan/ Ressort		Einnahmen					Ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungsein- nahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungs- einnahmen	Summe Einnahmen	4 Personal- ausgaben
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1		2	3	4	5	6	7
01	LT		119.300	424.600		543.900	38.148.200
02	Stk		12.700	1.154.000		1.166.700	18.572.200
03	MIK		54.432.700	18.979.500	7.750.000	81.162.200	628.038.900
04	MdJ		141.884.800	30.958.500	310.000	173.153.300	359.739.500
05	MBJS		1.537.700	57.548.900	16.250.000	75.336.600	1.564.431.400
06	MWFK		7.607.600	152.311.000	78.494.800	238.413.400	48.335.400
07	MSGIV		21.650.200	101.491.800	58.741.500	181.883.500	90.348.300
08	MWAE		11.418.900	250.444.900	158.141.600	420.005.400	37.654.200
10	MLUK	15.480.000	38.937.000	114.184.900	197.982.200	366.584.100	123.750.000
11	MIL		3.295.300	494.228.900	152.028.700	649.552.900	45.028.900
12	MdFE		44.881.000	45.553.000		90.434.000	257.890.200
13	LRH		17.900		500.000	517.900	14.129.100
14	VerfG						505.800
20	AFV	8.921.630.000	64.672.600	1.147.560.900	2.617.344.000	12.751.207.500	155.400.500
Summe 2021		8.937.110.000	390.467.700	2.414.840.900	3.287.542.800	15.029.961.400	3.381.972.600
Summe 2020		9.043.340.000	382.392.000	2.180.286.600	3.609.614.500	15.215.633.100	3.316.100.200
Vgl. zu 2020		-106.230.000	+8.075.700	+234.554.300	-322.071.700	-185.671.700	+65.872.400

Teil I Haushaltsübersicht 2021

A. Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Einzelpläne

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
7.782.000	9.254.700		488.000		55.672.900	-55.129.000
6.234.400	7.459.900		60.300		32.326.800	-31.160.100
286.216.700	21.422.400	2.976.300	43.451.300	-2.750.000	979.355.600	-898.193.400
198.247.400	37.903.800	50.000	11.265.600		607.206.300	-434.053.000
38.634.300	1.046.840.500		26.796.300	-13.375.100	2.663.327.400	-2.587.990.800
13.435.200	811.307.500	10.300.000	121.599.300	-2.856.800	1.002.120.600	-763.707.200
19.065.300	900.518.400		165.407.100	45.671.100	1.221.010.200	-1.039.126.700
17.655.600	204.234.200		406.247.000	-6.000.000	659.791.000	-239.785.600
111.311.700	221.623.700	60.423.900	208.394.300	-9.864.400	715.639.200	-349.055.100
14.635.700	730.224.600		400.122.800	-3.698.600	1.186.313.400	-536.760.500
63.953.600	46.814.400		78.808.800		447.467.000	-357.033.000
2.486.200			187.700		16.803.000	-16.285.100
303.500					809.300	-809.300
330.870.000	3.757.232.700	500.000	336.037.600	862.077.900	5.442.118.700	+7.309.088.800
1.110.831.600	7.794.836.800	74.250.200	1.798.866.100	869.204.100	15.029.961.400	0
1.051.459.000	7.223.866.700	60.185.700	1.630.316.300	1.933.705.200	15.215.633.100	0
+59.372.600	+570.970.100	+14.064.500	+168.549.800	-1.064.501.100	-185.671.700	0

Teil I Haushaltsübersicht 2021

B. Zusammenfassung der Verpflichtungsermächtigungen der Einzelpläne und deren Inanspruchnahme

Einzel- plan	Bezeichnung	Ver- pflich- tungs- ermächti- gungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen				
		2021	2022	2023	2024	2025 ff.	
		1.000 EUR					
1	2	3	4	5	6	7	
01	Landtag						
02	Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staats- kanzlei	993,6	823,6	120,0	50,0		
03	Ministerium des Innern und für Kommunales	20.235,0	4.715,0	8.000,0	6.440,0	1.080,0	
04	Ministerium der Justiz	3.112,5	2.384,0	728,5			
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport	106.025,8	40.917,0	40.235,8	15.526,5	9.346,5	
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	163.386,7	60.989,7	53.457,0	34.840,0	14.100,0	
07	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz	128.584,8	47.564,5	40.743,4	39.131,7	1.145,2	
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie	436.360,7	183.794,4	134.131,4	91.595,9	26.839,0	
10	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klima- schutz	706.570,0	269.685,3	243.831,3	155.285,3	37.768,1	
11	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung	4.572.742,3	328.798,2	139.514,1	116.790,0	3.987.640,0	
12	Ministerium der Finanzen und für Europa	89.793,8	45.091,3	35.408,1	9.282,7	11,7	
13	Landesrechnungshof						
14	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg						
20	Allgemeine Finanzverwaltung	1.309.750,0	275.750,0	270.500,0	257.500,0	506.000,0	
	Zusammen	7.537.555,2	1.260.513,0	966.669,6	726.442,1	4.583.930,5	

Teil II Finanzierungsübersicht 2021

	Insgesamt 2021 (Mio EUR)
I. HAUSHALTSVOLUMEN	15.030,0
II. ERMITTLUNG DES FINANZIERUNGSSALDOS	
1. Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen, Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrags und haushaltstechnische Verrechnungen)	14.074,5
2. Einnahmen (ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen und haushaltstechnische Verrechnungen)	12.227,9
3. Finanzierungssaldo	-1.846,6
III. AUSGLEICH DES FINANZIERUNGSSALDOS	
4. Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt	1.908,2
4.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (brutto)	5.221,2
4.2 Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	-3.313,0
4.21 planmäßige Tilgungen	-1.813,0
4.22 mögliche vorzeitige Tilgungen	-500,0
4.23 Tilgungen kurzfristiger Schulden	-1.000,0
5. Rücklagenbewegung	-61,5
5.1 Entnahmen aus Rücklagen	893,8
5.2 Zuführungen an Rücklagen	-955,3
6. Abwicklung der Vorjahre	0,0
6.1 Ausgaben zur Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	0,0
6.2 Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen	--
7. Haushaltstechnische Verrechnungen	0,0
7.1 Ausgaben	-0,1
7.2 Einnahmen	0,1
zusammen	1.846,6

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

Teil III Kreditfinanzierungsplan 2021

	Insgesamt 2021 (Mio EUR)
I. EINNAHMEN AUS KREDITEN	
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw. vom Kreditmarkt	-- 5.221,2
Zusammen	5.221,2
II. TILGUNGSAusGABEN FÜR KREDITE	
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw. vom Kreditmarkt	-- 3.313,0
Zusammen	3.313,0
III. NETTONEUVERSCHULDUNG insgesamt	
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw. vom Kreditmarkt	-- 1.908,2
Zusammen	1.908,2

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

Gruppierungsübersicht 2021

Gliederung der Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen
nach Gruppen

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahr	Durch die 2021 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen			
		Ansatz 2020	Ansatz 2021				
		VE 2020	VE 2021	2022	2023	2024	2025 ff.
		-EUR-					
0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel						
01	Gemeinschaftssteuern und Gewerbesteuerumlage						
011	Lohnsteuer (Landesanteil)	2.325.630.000	2.300.580.000				
012	Veranlagte Einkommensteuer (Landesanteil)	444.320.000	440.400.000				
013	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	134.830.000	117.090.000				
014	Körperschaftsteuer (Landesanteil)	380.510.000	280.910.000				
015	Umsatzsteuer (Landesanteil)	3.755.300.000	3.813.530.000				
016	Einfuhrumsatzsteuer (Landesanteil)	1.271.880.000	1.250.920.000				
017	Gewerbesteuerumlage (Landesanteil)	68.440.000	69.620.000				
018	Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	42.770.000	44.990.000				
	Summe der Obergruppe 01	8.423.680.000	8.318.040.000				
05/06	Landessteuern						
052	Erbschaftsteuer	39.280.000	51.690.000				
053	Grunderwerbsteuer	486.590.000	468.550.000				
055	Totalisatorsteuer	210.000	110.000				
056	Andere Rennwettsteuern						
057	Lotteriesteuer	36.150.000	36.910.000				
058	Sportwettensteuer	10.250.000	10.220.000				
059	Feuerschutzsteuer	14.270.000	15.030.000				
	Summe der Obergruppe 05	586.750.000	582.510.000				
061	Biersteuer	19.030.000	20.080.000				
069	Sonstige Landessteuern						
	Summe der Obergruppe 06	19.030.000	20.080.000				
093	Abgaben von Spielbanken	1.000.000	1.000.000				
099	Sonstige steuerähnliche Abgaben	12.880.000	15.480.000				
	Summe der Obergruppe 09	13.880.000	16.480.000				
	Summe der Hauptgruppe 0	9.043.340.000	8.937.110.000				

Gruppierungsübersicht 2021

Gliederung der Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen
nach Gruppen

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahr	Durch die 2021 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen			
		Ansatz 2020	Ansatz 2021				
		VE 2020	VE 2021	2022	2023	2024	2025 ff.
		-EUR-					
1	Verwaltungseinnahmen, Ein- nahmen aus Schulden- dienst und dgl.						
11	Verwaltungseinnahmen						
111	Gebühren, sonstige Entgelte	177.451.900	182.731.900				
112	Geldstrafen, Geldbußen und Zwangsgelder (einschl. der damit zusammenhängen- den Gerichts- und Verwal- tungskosten)	66.498.000	72.682.500				
119	Sonstige Verwaltungsein- nahmen	45.755.900	46.934.000				
	Summe der Obergruppe 11	289.705.800	302.348.400				
12	Einnahmen aus wirtschaftli- cher Tätigkeit und aus Ver- mögen (ohne Zinsen)						
121	Einnahmen aus Gewinnen von Unternehmen und Betei- ligungen	5.000.000	5.000.000				
122	Konzessionsabgaben	561.000	640.000				
123	Einnahmen aus staatlichen Glücksspielen	36.000.000	37.000.000				
124	Mieten und Pachten	4.017.900	5.280.700				
125	Einnahmen aus der Veräu- ßerung von beweglichen Sachen und Diensten aus wirtschaftlicher Tätigkeit	1.497.300	1.424.200				
126	Einnahmen aus der Bereit- stellung natürlicher Ressour- cen	150.000	150.000				
129	Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zin- sen)	125.000	133.000				
	Summe der Obergruppe 12	47.351.200	49.627.900				
13	Einnahmen aus der Veräu- ßerung von Gegenständen und Beteiligungen, aus Kapi- talrückzahlungen und dgl.						
131	Einnahmen aus der Veräu- ßerung von unbeweglichen Sachen, soweit nicht Gruppe 135	4.777.000	1.020.000				
132	Einnahmen aus der Veräu- ßerung von beweglichen Sachen	252.400	272.800				
134	Kapitalrückzahlungen	43.800	43.800				

Gruppierungsübersicht 2021

Gliederung der Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen
nach Gruppen

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahr	Durch die 2021 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen			
		Ansatz 2020	Ansatz 2021				
		VE 2020	VE 2021	2022	2023	2024	2025 ff.
		-EUR-					
135	Einnahmen aus der Veräu- ßerung von unbebauten Grundstücken		2.352.000				
	Summe der Obergruppe 13	5.073.200	3.688.600				
14	Einnahmen aus der Inan- spruchnahme von Gewähr- leistungen						
141	Einnahmen aus der Inan- spruchnahme von Gewähr- leistungen aus dem Inland	9.600.000	9.500.000				
	Summe der Obergruppe 14	9.600.000	9.500.000				
15	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich						
152	Zinseinnahmen von Ländern						
153	Zinseinnahmen von Gemeinden und Gemeinde- verbänden	1.300	900				
157	Zinseinnahmen von Zweck- verbänden						
	Summe der Obergruppe 15	1.300	900				
16	Zinseinnahmen aus sonsti- gen Bereichen						
161	Zinseinnahmen von öffentli- chen Unternehmen und Ein- richtungen	734.500	1.126.100				
162	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	714.900	2.206.800				
	Summe der Obergruppe 16	1.449.400	3.332.900				
17	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich						
173	Darlehensrückflüsse von Gemeinden und Gemeinde- verbänden		33.000				
	Summe der Obergruppe 17		33.000				
18	Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen						
181	Darlehensrückflüsse von öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen	22.270.000	15.257.600				
182	Sonstige Darlehensrück- flüsse aus dem Inland	6.941.100	6.678.400				
	Summe der Obergruppe 18	29.211.100	21.936.000				
	Summe der Hauptgruppe 1	382.392.000	390.467.700				
2	Einnahmen aus Zuweisun- gen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						

Gruppierungsübersicht 2021

Gliederung der Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen
nach Gruppen

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahr	Durch die 2021 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen			
		Ansatz 2020	Ansatz 2021				
		VE 2020	VE 2021	2022	2023	2024	2025 ff.
		-EUR-					
21	Allgemeine (nicht zweckge- bundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich						
211	Allgemeine Zuweisungen vom Bund	1.080.580.900	1.046.797.100				
212	Allgemeine Zuweisungen von Ländern						
213	Allgemeine Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	65.906.900	62.281.100				
	Summe der Obergruppe 21	1.146.487.800	1.109.078.200				
23	Sonstige (zweckgebun- dene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich						
231	Sonstige Zuweisungen vom Bund	720.608.700	761.367.900				
232	Sonstige Zuweisungen von Ländern	44.109.300	61.655.000				
233	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemein- deverbänden	3.593.800	3.614.900				
234	Sonstige Zuweisungen von Sondervermögen	12.598.600	20.578.000				
235	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagen- tur für Arbeit	1.825.900	5.840.800				
236	Erstattungen von Sozialver- sicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	2.721.900	3.976.100				
	Summe der Obergruppe 23	785.458.200	857.032.700				
26	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwal- tungsausgaben aus sonsti- gen Bereichen						
261	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwal- tungsausgaben aus dem Inland	2.237.000	2.737.000				
	Summe der Obergruppe 26	2.237.000	2.737.000				
27	Zuschüsse von der EU						
271	Erstattungen von der EU	154.816.300	331.845.000				
272	Sonstige Zuschüsse von der EU	46.875.800	16.117.200				
	Summe der Obergruppe 27	201.692.100	347.962.200				
28	Sonstige Zuschüsse aus sonstigen Bereichen						

Gruppierungsübersicht 2021

Gliederung der Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen
nach Gruppen

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahr	Durch die 2021 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen			
		Ansatz 2020	Ansatz 2021				
		VE 2020	VE 2021	2022	2023	2024	2025 ff.
		-EUR-					
281	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	40.251.800	93.170.400				
282	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	2.762.300	3.355.400				
286	Sonstige Erstattungen aus dem Ausland, soweit nicht von der EU	197.400	205.000				
287	Sonstige Zuschüsse aus dem Ausland, soweit nicht von der EU						
	Summe der Obergruppe 28	43.211.500	96.730.800				
298	Vermögensübertragungen von Sonstigen aus dem Inland, soweit nicht Investitionszuschüsse	1.200.000	1.300.000				
	Summe der Obergruppe 29	1.200.000	1.300.000				
	Summe der Hauptgruppe 2	2.180.286.600	2.414.840.900				
3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen						
32	Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt						
325	Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen Kreditmarkt im Inland						
	Summe der Obergruppe 32						
		2.000.000.000	1.908.186.200				
	Summe der Obergruppe 32	2.000.000.000	1.908.186.200				
33	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich						
331	Zuweisungen für Investitionen vom Bund						
332	Zuweisungen für Investitionen von Ländern						
333	Zuweisungen für Investitionen von Gemeinden und Gemeindeverbänden						
334	Zuweisungen für Investitionen von Sondervermögen	51.419.000	35.680.000				
337	Zuweisungen für Investitionen von Zweckverbänden						
	Summe der Obergruppe 33	307.241.100	301.662.100				
34	Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen						
341	Beiträge						
342	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Inland						
		27.230.000	27.230.000				

Gruppierungsübersicht 2021

Gliederung der Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen
nach Gruppen

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahr	Durch die 2021 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen			
		Ansatz 2020	Ansatz 2021				
		VE 2020	VE 2021	2022	2023	2024	2025 ff.
		-EUR-					
346	Zuschüsse für Investitionen von der EU	277.500.000	156.549.600				
	Summe der Obergruppe 34	304.730.000	183.779.600				
35	Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken						
356	Entnahmen aus Fonds und Stöcken	43.082.300	174.607.000				
359	Entnahmen aus sonstigen Rücklagen	954.452.800	719.199.600				
	Summe der Obergruppe 35	997.535.100	893.806.600				
37	Globale Mehr- und Minder- einnahmen						
371	Globale Mehreinnahmen						
	Summe der Obergruppe 37						
38	Haushaltstechnische Ver- rechnungen						
381	Verrechnungen zwischen Kapiteln						
382	Durchlaufende Posten	108.300	108.300				
389	Sonstige haushaltstechni- sche Verrechnungen						
	Summe der Obergruppe 38	108.300	108.300				
	Summe der Hauptgruppe 3	3.609.614.500	3.287.542.800				
0-3	Gesamteinnahmen:	15.215.633.100	15.029.961.400				

Gruppierungsübersicht 2021

Gliederung der Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen
nach Gruppen

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahr	Durch die 2021 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen			
		Ansatz 2020	Ansatz 2021				
		VE 2020	VE 2021	2022	2023	2024	2025 ff.
		-EUR-					
4	Personalausgaben						
41	Aufwendungen für Abgeord- nete und ehrenamtlich Tätige						
411	Aufwendungen für Abgeord- nete	22.422.800	22.348.900				
412	Aufwendungen für ehren- amtlich Tätige	1.278.700	1.327.100				
	Summe der Obergruppe 41	23.701.500	23.676.000				
42	Bezüge, Entgelte und Nebenleistungen						
421	Bezüge der Ministerpräsi- dentin, des Ministerpräsi- denten, der Ministerinnen und Minister	1.678.900	1.993.900				
422	Bezüge und Nebenleistun- gen der Beamtinnen, Beam- ten, Richterinnen und Richter	1.776.083.500	1.922.875.600				
424	Zuführung an die Versor- gungsrücklage						
427	Beschäftigungsentgelte, Ver- gütungen, Honorare für nebenamtlich und nebenbe- ruflich Tätige	17.087.800	36.611.800				
428	Entgelte der Arbeitnehmerin- nen und Arbeitnehmer	720.504.700	817.699.300				
429	Nicht aufteilbare Bezüge, Entgelte und Nebenleistun- gen	5.962.100	5.647.200				
	Summe der Obergruppe 42	2.521.317.000	2.784.827.800				
43	Versorgungsbezüge und dgl.						
431	Versorgungsbezüge der Ministerpräsidentin, des Ministerpräsidenten, der Ministerinnen und Minister	1.265.800	1.660.700				
432	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Rich- terinnen und Richter	346.412.400	393.211.300				
434	Zuführung an die Versor- gungsrücklage						
	Summe der Obergruppe 43	347.678.200	394.872.000				
44	Beihilfen, Unterstützungen, Fürsorgeleistungen und dgl.						
441	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfängerin- nen und Versorgungsemp- fänger	53.529.600	68.824.200				

Gruppierungsübersicht 2021

Gliederung der Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen
nach Gruppen

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahr	Durch die 2021 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen			
		Ansatz 2020	Ansatz 2021				
		VE 2020	VE 2021	2022	2023	2024	2025 ff.
		-EUR-					
443	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	23.023.400	23.670.400				
446	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen, Versorgungsempfänger und dgl.	47.664.600	53.181.300				
	Summe der Obergruppe 44	124.217.600	145.675.900				
45	Sonstige personalbezogene Ausgaben						
451	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung und zu Gemeinschaftsveranstaltungen sowie für soziale Einrichtungen	3.700					
453	Trennungsgeld oder -entschädigung, Umzugskostenvergütungen	1.629.400	1.684.500				
459	Sonstige personalbezogene Ausgaben	2.800	6.400				
	Summe der Obergruppe 45	1.635.900	1.690.900				
46	Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben						
461	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	297.550.000	31.230.000				
462	Globale Minderausgaben für Personalausgaben						
	Summe der Obergruppe 46	297.550.000	31.230.000				
	Summe der Hauptgruppe 4	3.316.100.200	3.381.972.600				
5	Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw., Ausgaben für den Schuldendienst						
51	Sächliche Verwaltungsausgaben						
511	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	51.546.200	52.667.200				
514	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	28.661.400	31.345.800				
516	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben bei ÖPP-Projekten	2.792.000	7.345.700				
517	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	67.024.600 30.000	64.211.300 225.000	75.000	75.000	75.000	
518	Mieten und Pachten	101.278.000	102.574.200				

Gruppierungsübersicht 2021

Gliederung der Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen
nach Gruppen

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahr	Durch die 2021 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen			
		Ansatz 2020	Ansatz 2021				
		VE 2020	VE 2021	2022	2023	2024	2025 ff.
		-EUR-					
519	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	10.070.900 400.000	10.638.600 400.000	400.000			
	Summe der Obergruppe 51	261.373.100 430.000	268.782.800 625.000	475.000	75.000	75.000	
52	Sächliche Verwaltungsausgaben						
520	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben bei ÖPP-Projekten	4.361.400					
521	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	17.554.000	20.050.200				
523	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	224.400	249.400				
525	Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel	11.633.600	14.017.600				
526	Ausgaben für Sachverständige, Gerichtskosten u. ä. Ausgaben	74.146.600 5.181.000	69.695.800 2.797.000	785.000	723.000	689.000	600.000
527	Dienstreisen	6.785.500	7.001.300				
529	Verfügungsmittel	119.300	121.400				
	Summe der Obergruppe 52	114.824.800 5.181.000	111.135.700 2.797.000	785.000	723.000	689.000	600.000
53	Sächliche Verwaltungsausgaben						
531	Öffentlichkeitsarbeit, Kosten für Veröffentlichungen	6.254.500	6.729.500 35.000	10.000	10.000	15.000	
532	sonstige Verwaltungsausgaben	66.751.800	73.856.600				
533	sonstige Verwaltungsausgaben	2.282.600	1.656.800				
534	Aufwendungen für die Pflege von Auslandsbeziehungen und Förderung der politischen Zusammenarbeit	742.400	758.900				
535	sonstige Verwaltungsausgaben	1.384.500	1.337.300				
536	sonstige Verwaltungsausgaben	22.806.500 4.250.000	21.078.700 950.000	350.000	300.000	300.000	
537	sonstige Verwaltungsausgaben	14.170.400 15.053.500	16.628.000 8.376.500	2.485.500	2.350.500	2.080.500	1.460.000
538	sonstige Verwaltungsausgaben	34.179.700 8.350.000	44.384.100 400.000	300.000	100.000		
539	sonstige Verwaltungsausgaben	822.300	998.900				
	Summe der Obergruppe 53	149.394.700 27.653.500	167.428.800 9.761.500	3.145.500	2.760.500	2.395.500	1.460.000
54	Sächliche Verwaltungsausgaben						

Gruppierungsübersicht 2021

Gliederung der Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen
nach Gruppen

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahr	Durch die 2021 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen			
		Ansatz 2020	Ansatz 2021				
		VE 2020	VE 2021	2022	2023	2024	2025 ff.
		-EUR-					
541	Aufwendungen für Veranstaltungen	8.980.500 835.000	3.818.500 868.000	564.500	164.500	139.000	
542	Ausgleichsabgabe für Schwerbehinderte	90.000	10.000				
543	sonstige Verwaltungsausgaben	11.795.500 8.927.000	12.502.200 4.169.500	3.256.500	456.500	456.500	
544	Ausgaben für Naturtourismus und Umweltbildung	116.000	130.000				
545	Kosten für die technische Sicherung von Wohnungen	154.000	129.000				
546	sonstige Verwaltungsausgaben	183.158.900 641.000	201.921.600				
547	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	40.471.500 14.475.000	56.653.000 27.157.000	10.849.700	10.848.500	5.447.100	11.700
548	Globale Mehrausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben	600.000	620.000				
549	Globale Minderausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben						
	Summe der Obergruppe 54	245.366.400 24.878.000	275.784.300 32.194.500	14.670.700	11.469.500	6.042.600	11.700
51-54	Sächliche Verwaltungsausgaben insgesamt	770.959.000 58.142.500	823.131.600 45.378.000	19.076.200	15.028.000	9.202.100	2.071.700
57	Zinsausgaben an Kreditmarkt						
571	Zinsausgaben an öffentliche Unternehmen und Einrichtungen	3.000.000	7.000.000				
575	Zinsausgaben an sonstigen inländischen Kreditmarkt	277.500.000	280.700.000				
	Summe der Obergruppe 57	280.500.000	287.700.000				
595	Tilgungsausgaben an sonstigen Kreditmarkt im Inland						
	Summe der Obergruppe 59						
	Summe der Hauptgruppe 5	1.051.459.000 58.142.500	1.110.831.600 45.378.000	19.076.200	15.028.000	9.202.100	2.071.700
6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
61	Allgemeine (nicht zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich						
613	Allgemeine Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2.396.110.400 37.000.000	2.497.968.500 37.462.000	20.227.000	15.235.000	2.000.000	
	Summe der Obergruppe 61	2.396.110.400 37.000.000	2.497.968.500 37.462.000	20.227.000	15.235.000	2.000.000	
62	Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich						

Gruppierungsübersicht 2021

Gliederung der Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen
nach Gruppen

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahr	Durch die 2021 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen			
		Ansatz 2020	Ansatz 2021				
		VE 2020	VE 2021	2022	2023	2024	2025 ff.
		-EUR-					
623	Schuldendiensthilfen an Gemeinden und Gemeinde- verbände	64.238.800	62.688.800				
624	Schuldendiensthilfen an Sondervermögen	5.800.000	4.853.600				
627	Schuldendiensthilfen an Zweckverbände	600.000	340.000				
	Summe der Obergruppe 62	70.638.800	67.882.400				
63	Sonstige (zweckgebun- dene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich						
631	Sonstige Zuweisungen an Bund	552.061.800	565.554.500				
632	Sonstige Zuweisungen an Länder	56.047.500 75.000	49.368.500 75.000	75.000			
633	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeinde- verbände	1.743.383.000 104.002.900	1.814.103.000 176.147.600	126.411.300	35.736.300	14.000.000	
634	Sonstige Zuweisungen an Sondervermögen	15.198.800	20.272.600				
636	Sonstige Zuweisungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagen- tur für Arbeit	22.037.200	22.947.200				
637	Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände	1.400.000	1.400.000				
	Summe der Obergruppe 63	2.390.128.300 104.077.900	2.473.645.800 176.222.600	126.486.300	35.736.300	14.000.000	
66	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche						
662	Schuldendiensthilfen an pri- vate Unternehmen	2.200	2.200				
663	Schuldendiensthilfen an Sonstige im Inland	21.426.200	21.424.300				
664	Schuldendiensthilfen an öffentliche Einrichtungen						
	Summe der Obergruppe 66	21.428.400	21.426.500				
67	Erstattungen an sonstige Bereiche						
671	Erstattungen an Inland	115.111.300 1.000.000	182.453.500 240.000	80.000	80.000	80.000	
672							
673							
676	Erstattungen an Ausland						
	Summe der Obergruppe 67	115.111.300 1.000.000	182.453.500 240.000	80.000	80.000	80.000	
68	Sonstige Zuschüsse für lau- fende Zwecke an sonstige Bereiche						

Gruppierungsübersicht 2021

Gliederung der Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen
nach Gruppen

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahr	Durch die 2021 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen			
		Ansatz 2020	Ansatz 2021				
		VE 2020	VE 2021	2022	2023	2024	2025 ff.
		-EUR-					
681	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistun- gen an natürliche Personen	250.849.000 1.012.500	259.646.900 1.440.000	697.500	247.500	247.500	247.500
682	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unter- nehmen, soweit nicht Gruppe 661	894.295.700 1.088.586.000	1.157.238.800 4.108.801.000	100.571.000	24.830.000	17.320.000	3.966.080.000
683	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unterneh- men, soweit nicht Gruppe 662	239.091.600 187.879.300	265.662.700 162.732.300	60.889.400	56.142.900	38.000.000	7.700.000
684	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähn- liche Einrichtungen (ohne öffentliche Einrichtungen)	409.545.600 71.372.000	414.494.800 81.349.300	50.996.500	19.291.300	10.444.800	616.700
685	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Ein- richtungen	325.944.500 23.148.500	338.296.700 24.749.800	16.369.300	3.894.900	3.361.800	1.123.800
686	Sonstige Zuschüsse für lau- fende Zwecke im Inland	101.743.100 18.140.100	106.766.800 75.893.600	30.952.800	24.772.700	15.709.700	4.458.400
687	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland, soweit nicht Gruppe 688	7.780.000 1.890.000	7.203.400 3.200.000	3.000.000	200.000		
	Summe der Obergruppe 68	2.229.249.500 1.392.028.400	2.549.310.100 4.458.166.000	263.476.500	129.379.300	85.083.800	3.980.226.400
697	Vermögensübertragungen an Unternehmen, soweit nicht Investitionszuschüsse						
698	Vermögensübertragungen an Sonstige im Inland, soweit nicht Investitionszu- schüsse	1.200.000	2.150.000				
	Summe der Obergruppe 69	1.200.000	2.150.000				
	Summe der Hauptgruppe 6	7.223.866.700 1.534.106.300	7.794.836.800 4.672.090.600	410.269.800	180.430.600	101.163.800	3.980.226.400
7	Baumaßnahmen						
71	Kleine und große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten						
711	Kleine Neu-, Um- und Erwei- terungsbauten	190.000	3.146.300 800.000	534.000	266.000		
712	Große Neu-, Um- und Erwei- terungsbauten	1.074.900	11.011.100 7.350.000	3.600.000	3.750.000		
713	Große Neu-, Um- und Erwei- terungsbauten	51.697.800 82.700.000	52.619.800 68.700.000	24.000.000	24.000.000	14.000.000	6.700.000
714	Große Neu-, Um- und Erwei- terungsbauten	3.123.000 500.000	3.123.000 500.000	500.000			
715	Große Neu-, Um- und Erwei- terungsbauten	4.100.000	4.100.000				
716	Große Neu-, Um- und Erwei- terungsbauten		250.000				
	Summe der Obergruppe 71	60.185.700 83.200.000	74.250.200 77.350.000	28.634.000	28.016.000	14.000.000	6.700.000

Gruppierungsübersicht 2021

Gliederung der Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen
nach Gruppen

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahr	Durch die 2021 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen			
		Ansatz 2020	Ansatz 2021				
		VE 2020	VE 2021	2022	2023	2024	2025 ff.
		-EUR-					
72	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten						
721	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten						
	Summe der Obergruppe 72						
	Summe der Hauptgruppe 7	60.185.700 83.200.000	74.250.200 77.350.000	28.634.000	28.016.000	14.000.000	6.700.000
8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen						
81	Erwerb von beweglichen Sachen						
811	Erwerb von Fahrzeugen	14.389.800	16.970.800 4.150.000	1.690.000	940.000	440.000	1.080.000
812	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	43.992.500 280.000	44.606.900 20.000	20.000			
	Summe der Obergruppe 81	58.382.300 280.000	61.577.700 4.170.000	1.710.000	940.000	440.000	1.080.000
82	Erwerb von unbeweglichen Sachen						
821	Erwerb von unbeweglichen Sachen, soweit nicht Gruppen 822 und 823	3.663.000	3.359.700 4.760.000	1.260.000	1.800.000	1.500.000	200.000
822	Erwerb von unbebauten Grundstücken		1.200.000				
823	Erwerbsanteile im Rahmen von ÖPP-Projekten sowie Erwerb von privat vorfinanzierten unbeweglichen Sachen	2.775.000	2.854.900				
	Summe der Obergruppe 82	6.438.000	7.414.600 4.760.000	1.260.000	1.800.000	1.500.000	200.000
83	Erwerb von Beteiligungen und dgl.						
831	Erwerb von Beteiligungen und dgl. im Inland	19.410.000	19.534.600				
	Summe der Obergruppe 83	19.410.000	19.534.600				
86	Darlehen an sonstige Bereiche						
861	Darlehen an öffentliche Unternehmen und Einrichtungen	500.000 39.960.000	42.550.000 14.255.000	4.910.000	7.800.000	1.545.000	
862	Darlehen an private Unternehmen	19.850.000	20.691.400				
863	Darlehen an Sonstige im Inland	27.021.000	27.013.000				
	Summe der Obergruppe 86	47.371.000 39.960.000	90.254.400 14.255.000	4.910.000	7.800.000	1.545.000	
87	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen						

Gruppierungsübersicht 2021

Gliederung der Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen
nach Gruppen

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahr	Durch die 2021 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen			
		Ansatz 2020	Ansatz 2021				
		VE 2020	VE 2021	2022	2023	2024	2025 ff.
		-EUR-					
871	Ausgaben für die Inanspruchnahme aus Gewährleistungen an das Inland	12.000.000	11.500.000				
	Summe der Obergruppe 87	12.000.000	11.500.000				
88	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich						
882	Zuweisungen für Investitionen an Länder	871.600	393.500 800.000	250.000	300.000	250.000	
883	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	679.090.700 921.953.700	694.706.900 1.756.914.400	454.079.300	412.035.700	356.192.000	534.607.400
884	Zuweisungen für Investitionen an Sondervermögen	1.481.900	1.481.900				
887	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	20.088.000 29.500.000	25.063.400 62.010.000	23.010.000	22.000.000	14.000.000	3.000.000
	Summe der Obergruppe 88	701.532.200 951.453.700	721.645.700 1.819.724.400	477.339.300	434.335.700	370.442.000	537.607.400
891	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	290.485.900 287.983.000	300.181.100 270.400.000	96.660.000	95.200.000	66.940.000	11.600.000
892	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	243.310.000 238.700.000	286.081.300 405.635.000	135.798.600	137.189.200	109.008.200	23.639.000
893	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	207.661.700 135.065.200	237.165.500 123.912.200	47.492.100	40.853.100	28.031.000	7.536.000
894	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	43.725.200 29.150.000	63.511.200 99.880.000	37.363.000	25.077.000	24.170.000	13.270.000
	Summe der Obergruppe 89	785.182.800 690.898.200	886.939.100 899.827.200	317.313.700	298.319.300	228.149.200	56.045.000
	Summe der Hauptgruppe 8	1.630.316.300 1.682.591.900	1.798.866.100 2.742.736.600	802.533.000	743.195.000	602.076.200	594.932.400
9	Besondere Finanzierungsausgaben						
91	Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke						
919	Zuführungen an sonstige Rücklagen	28.183.100	955.349.000				
	Summe der Obergruppe 91	28.183.100	955.349.000				
96	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren						
961	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren						
	Summe der Obergruppe 96						
97	Globale Mehr- und Minderausgaben						
971	Globale Mehrausgaben	2.000.000.000	166.000.000				
972	Globale Minderausgaben	-94.586.200	-252.253.200				
	Summe der Obergruppe 97	1.905.413.800	-86.253.200				
98	Haushaltstechnische Verrechnungen						

Gruppierungsübersicht 2021

Gliederung der Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen
nach Gruppen

Grp.	Bezeichnung	Vorjahr	Planjahr	Durch die 2021 ausgebrachte VE entstehen Rechtsverpflichtungen			
		Ansatz 2020	Ansatz 2021				
		VE 2020	VE 2021	2022	2023	2024	2025 ff.
		-EUR-					
981	Verrechnungen zwischen Kapiteln						
982	Durchlaufende Posten	108.300	108.300				
989	Sonstige haushaltstechni- sche Verrechnungen						
	Summe der Obergruppe 98	108.300	108.300				
	Summe der Hauptgruppe 9	1.933.705.200	869.204.100				
4-9	Gesamtausgaben:	15.215.633.100 3.358.040.700	15.029.961.400 7.537.555.200	1.260.513.000	966.669.600	726.442.100	4.583.930.500

Funktionenübersicht 2021

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen

FZ.	Funktionen (Aufgabenbereiche)	Vorjahr		Haushaltsplan		
		2020		2021		
		Ein- nahmen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Aus- gaben	VE
		1.000 EUR				
1	2	3	4	5	6	7
011	Politische Führung	49.193	413.699	137.230	461.588	7.822
012	Innere Verwaltung	6.396	135.198	11.071	156.387	
013	Informationswesen	0	2.542	0	2.873	
014	Statistischer Dienst	0	16.996	6.458	18.826	
015	Zivildienst	0	0	0	8	
016	Hochbauverwaltung	23.377	99.804	20.537	99.139	83.920
018	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, soweit nicht unter Funktion 038, 039, 048, 058, 068, 118, 138	26.140	37.375	33.331	40.998	
019	Sonstige allgemeine Staatsaufgaben	10	3.255	10	3.637	3.948
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	105.116	708.870	208.636	783.456	95.689
022	Internationale Organisationen	0	40	0	45	
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	0	3	0	0	
029	Sonstige auswärtige Angelegenheiten	5	6	1	6	
02	Auswärtige Angelegenheiten	5	49	1	51	
042	Polizei	53.042	557.604	57.088	603.344	75
044	Brandschutz	4.032	18.294	3.833	20.851	4.150
045	Bevölkerungs- und Katastrophenschutz	3.576	17.965	3.426	17.202	2.000
047	Schutz der Verfassung	0	1.500	0	2.000	
048	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	0	116.928	0	125.606	
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	60.649	712.290	64.346	769.003	6.225
051	Gerichte und Staatsanwaltschaften	158.927	404.525	165.751	438.322	
056	Justizvollzugsanstalten	3.112	71.028	3.112	76.352	2.313
058	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Bereich des Rechtsschutzes (nur Länder)	0	46.178	0	51.760	
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	0	14.520	0	17.528	
05	Rechtsschutz	162.039	536.252	168.862	583.960	2.313
061	Steuer- und Zollverwaltung	28.499	199.492	31.305	218.324	
062	Schulden-, Vermögens- und sonstige Finanzverwaltung	60	6.994	77	7.743	
068	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Bereich der Finanzverwaltung	0	19.529	0	22.982	
06	Finanzverwaltung	28.559	226.014	31.381	249.050	
0	Allgemeine Dienste	356.367	2.183.475	473.227	2.385.520	104.227
111	Unterrichtsverwaltung	108	21.157	110	22.223	
112	Öffentliche Grundschulen	0	420.119	0	459.811	
113	Private Grundschulen	0	54.615	0	55.921	
114	Öffentliche weiterführende allgemeinbildende Schulen (ohne Sonderschulen/Förderschulen)	0	509.535	0	562.033	
115	Private weiterführende allgemeinbildende Schulen (ohne Sonderschulen/Förderschulen)	0	109.145	0	113.874	

Funktionenübersicht 2021

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen

FZ.	Funktionen (Aufgabenbereiche)	Vorjahr		Haushaltsplan		
		2020		2021		
		Ein- nahmen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Aus- gaben	VE
		1.000 EUR				
1	2	3	4	5	6	7
118	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Bereich der Schulen (nur Länder)	0	156.748	0	184.974	
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	108	1.271.319	110	1.398.835	
124	Öffentliche Sonderschulen/ Förderschulen des allgemeinbildenden Bereichs	0	114.157	0	123.263	
125	Private Sonderschulen/ Förderschulen des allgemeinbildenden Bereichs	0	32.375	0	35.344	
127	Öffentliche berufliche Schulen	0	116.911	0	127.857	
128	Private berufliche Schulen	0	38.376	0	33.388	1.003
129	Sonstige schulische Aufgaben	1.092	80.532	1.049	101.548	12.310
12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	1.092	382.350	1.049	421.399	13.313
133	Öffentliche Hochschulen und Berufsakademien	0	413.362	0	435.530	10.350
134	Private Hochschulen und Berufsakademien	0	6.600	0	6.600	19.800
137	Deutsche Forschungsgemeinschaft	0	26.641	0	27.050	
138	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Bereich der Hochschulen (nur Länder)	0	22.949	0	25.987	
139	Sonstige Hochschuleaufgaben	38.821	9.794	24.870	13.631	
13	Hochschulen	38.821	479.346	24.870	508.798	30.150
141	Förderung für Schülerinnen und Schüler	34.750	39.884	32.800	38.147	20
142	Förderung für Studierende und wissenschaftlichen Nachwuchs	63.386	77.990	63.286	93.750	102.633
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	98.136	117.873	96.086	131.897	102.653
152	Volkshochschulen	57	5.760	83	5.760	5.874
153	sonstige Weiterbildung (ohne Förderung für Teilnehmende)	7.223	13.043	7.604	13.426	1.260
154	Ausbildung der Lehrkräfte	0	8.680	0	11.042	
155	Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte	4.690	13.459	4.988	13.903	
15	Sonstiges Bildungswesen	11.970	40.942	12.676	44.131	7.134
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive, Fachinformationszentren	45	10.686	30	10.617	
164	Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern (ohne Deutsche Forschungsgemeinschaft)	76.271	175.864	77.058	188.653	
165	Forschung und experimentelle Entwicklung	0	12.353	0	14.758	7.900
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen (ohne Wehrforschung und wehrtechnische Entwicklung, vgl. Funktion 036)	76.316	198.903	77.088	214.028	7.900
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	0	707	0	0	
185	Musikschulen	0	6.927	0	6.827	1.200
187	Sonstige Kulturpflege	100	95.151	100	103.278	19.374
188	Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten	67	4.255	67	5.239	
18	Kultur und Religion	167	107.040	167	115.344	20.574
195	Denkmalschutz und -pflege	12.528	34.528	8.653	27.258	5.250

Funktionenübersicht 2021

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen

FZ.	Funktionen (Aufgabenbereiche)	Vorjahr		Haushaltsplan		
		2020		2021		
		Ein- nahmen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Aus- gaben	VE
		1.000 EUR				
1	2	3	4	5	6	7
199	Kirchliche Angelegenheiten	62	21.811	62	22.100	780
19	Kultur und Religion	12.590	56.339	8.715	49.358	6.030
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kultu- relle Angelegenheiten	239.200	2.654.113	220.761	2.883.789	187.754
219	Sonstige Verwaltung für soziale Angelegenheiten	971	31.550	1.380	36.772	
21	Verwaltung für soziale Angelegenheiten	971	31.550	1.380	36.772	
223	Unfallversicherung	0	20.020	0	21.000	
224	Krankenversicherung	2.000	1.197	2.990	1.197	
227	Pflegeversicherung	0	0	0	0	
229	Sonstige Sozialversicherungen	0	541.369	0	554.027	
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosen- versicherung	2.000	562.586	2.990	576.224	
233	Wohngeld	19.500	39.000	21.250	42.500	
235	Soziale Einrichtungen	20	21.207	20	21.205	
236	Förderung der Wohlfahrtspflege	32	2.218	100	2.200	4.208
237	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	50.832	91.280	52.440	98.256	
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä. (ohne Leistun- gen nach dem SGB VIII)	70.384	153.705	73.810	164.161	4.208
241	Kriegsopferversorgung und -fürsorge und gleichartige Leistungen	323	2.037	76	1.268	
244	Wiedergutmachung	389	819	425	802	
246	Vertriebene und Spätaussiedlerinnen und Spätaus- siedler	0	36	0	36	
249	Sonstige Leistungen für Folgen von Krieg und politi- schen Ereignissen	0	65	18	95	
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politi- schen Ereignissen	712	2.957	519	2.201	
252	Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	0	0	0	0	
253	Aktive Arbeitsmarktpolitik	9	3.057	7	3.010	797
25	Arbeitsmarktpolitik	9	3.057	7	3.010	797
261	Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	101	15.918	161	15.717	13.485
263	Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz, Förderung der Erziehung in der Familie	0	54	0	69	
265	Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfen	0	0	0	0	
266	Weitere Aufgaben der Jugendhilfe	0	40.320	0	36.695	250
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII (ohne Kindertagesbetreuung)	101	56.292	161	52.480	13.735
271	Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII	0	570.727	0	616.813	32.200
27	Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII	0	570.727	0	616.813	32.200
281	Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII	0	0	0	0	
282	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII	0	0	0	0	
285	Weitere Leistungen nach dem SGB XII	1	45	1	45	
286	Leistungen nach dem SGB XII - nur Flächenländer	100	569.384	7	590.699	

Funktionenübersicht 2021

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen

FZ.	Funktionen (Aufgabenbereiche)	Vorjahr		Haushaltsplan		
		2020		2021		
		Ein- nahmen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Aus- gaben	VE
		1.000 EUR				
1	2	3	4	5	6	7
287	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	5	286.596	5	275.228	
28	Soziale Leistungen nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz	106	856.026	13	865.972	
291	Sonstige soziale Angelegenheiten	46.115	109.338	120.514	207.876	74.279
299	Übrige soziale Angelegenheiten	0	0	0	0	
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	46.115	109.338	120.514	207.876	74.279
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	120.397	2.346.237	199.394	2.525.509	125.219
312	Krankenhäuser und Heilstätten	2.159	158.500	20.105	194.468	45.000
313	Arbeitsschutz	1.521	30.117	1.624	33.613	
314	Gesundheitsschutz	1.988	22.360	2.023	25.003	6.729
31	Gesundheitswesen	5.668	210.977	23.752	253.084	51.729
322	Sport	20	23.205	15	23.198	2.440
32	Sport und Erholung	20	23.205	15	23.198	2.440
331	Umwelt- und Naturschutzverwaltung	10.503	76.881	9.432	82.146	6.478
332	Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes	29.821	65.866	34.511	69.664	72.624
33	Umwelt- und Naturschutz	40.324	142.747	43.942	151.811	79.102
342	Maßnahmen der nuklearen Sicherheit und des Strahlenschutzes	80	81	80	81	
34	Nukleare Sicherheit und Strahlenschutz	80	81	80	81	
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	46.091	377.010	67.789	428.173	133.271
411	Förderung des Wohnungsbaues	4.527	30.277	12.072	36.277	25.653
419	Sonstiges Wohnungswesen	0	545	0	934	
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	4.527	30.822	12.072	37.211	25.653
421	Geoinformation	0	21.334	0	23.441	
422	Raumordnung und Landesplanung	1.347	4.678	1.347	4.685	500
423	Städtebauförderung	45.278	81.712	49.911	90.853	98.705
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	46.625	107.724	51.258	118.979	99.205
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	51.152	138.545	63.330	156.190	124.858
511	Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft	3.531	78.618	3.501	83.979	194.992
512	Forst-, Jagd- und Fischereiverwaltung	0	24.548	0	29.380	
51	Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ohne Betriebsverwaltung)	3.531	103.166	3.501	113.360	194.992
521	Agrarstruktur und ländlicher Raum	234.993	241.793	273.020	280.020	407.030
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	400	4.742	400	1.862	600
523	Landwirtschaftliche Produktion, Tiergesundheit und Ernährung	360	37.453	679	40.269	970
52	Landwirtschaft und Ernährung	235.753	283.989	274.099	322.151	408.600
531	Forstwirtschaft und Jagd	280	44.725	280	45.614	
532	Fischerei	3.000	3.000	3.000	3.000	3.913
53	Forstwirtschaft und Jagd, Fischerei	3.280	47.725	3.280	48.614	3.913
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	242.565	434.880	280.881	484.125	607.505

Funktionenübersicht 2021

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen

FZ.	Funktionen (Aufgabenbereiche)	Vorjahr		Haushaltsplan		
		2020		2021		
		Ein- nahmen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Aus- gaben	VE
		1.000 EUR				
1	2	3	4	5	6	7
611	Verwaltung für Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe und Dienstleistungen	7.264	20.865	7.607	22.809	1.197
61	Verwaltung für Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe und Dienstleistungen	7.264	20.865	7.607	22.809	1.197
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau	27.061	54.634	27.396	57.800	9.675
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	27.061	54.634	27.396	57.800	9.675
631	Kohlenbergbau	1.500	43.900	1.500	42.895	900
632	Sonstiger Bergbau	561	0	640	0	
634	Verarbeitende Industrie	0	606	0	650	900
635	Handwerk und Kleingewerbe	0	235	0	983	
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	2.061	44.741	2.140	44.528	1.800
644	Wasserversorgung	0	2.300	0	1.050	5.800
645	Abwasserentsorgung	11.800	1.800	14.400	2.200	500
649	Sonstige Energie- und Wasserversorgung	0	6.914	0	3.722	91.745
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	11.800	11.014	14.400	6.972	98.045
651	Handel	0	1.168	0	448	553
652	Tourismus	0	4.420	0	4.551	
65	Handel und Tourismus	0	5.588	0	4.999	553
681	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	10.290	27.842	11.008	29.034	2.135
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	10.290	27.842	11.008	29.034	2.135
691	Betriebliche Investitionen	0	147.812	0	144.179	165.000
692	Verbesserung der Wirtschafts- und Infrastruktur	427.290	469.554	434.635	472.227	1.494.302
693	Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur	128	11.484	19.525	12.065	
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	427.418	628.850	454.160	628.471	1.659.302
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	485.894	793.533	516.712	794.613	1.772.706
711	Verwaltung für Straßen- und Brückenbau	0	118.505	0	134.421	
719	Sonstige Verkehrs- und Nachrichtenverwaltung	1.702	20.437	1.707	24.468	75
71	Verwaltung des Verkehrs- und Nachrichtenwesens	1.702	138.942	1.707	158.888	75
722	Bundesstraßen	0	0	0	0	
723	Landesstraßen	0	119.341	0	131.827	132.500
725	Gemeindestraßen	0	67.108	250	68.358	29.800
729	Sonstiger Straßenverkehr	70	2.135	6	2.460	2.655
72	Straßen	70	188.584	256	202.645	164.955
731	Wasserstraßen und Häfen	0	168	0	268	18
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	0	168	0	268	18
741	Öffentlicher Personennahverkehr	0	113.000	30	115.144	120.894
742	Eisenbahnen	468.082	445.289	479.819	486.813	4.158.130
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	468.082	558.289	479.849	601.957	4.279.024
751	Luftfahrt	75	11.913	282	234.770	462
75	Luftfahrt	75	11.913	282	234.770	462

Funktionenübersicht 2021

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen

FZ.	Funktionen (Aufgabenbereiche)	Vorjahr		Haushaltsplan		
		2020		2021		
		Ein- nahmen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Aus- gaben	VE
		1.000 EUR				
1	2	3	4	5	6	7
772	Rundfunk und Fernsehen	0	0	0	1.000	
77	Nachrichtenwesen	0	0	0	1.000	
791	Sonstiges Verkehrswesen	0	20	0	19	
79	Sonstiges Verkehrswesen	0	20	0	19	
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	469.929	897.916	482.095	1.199.547	4.444.534
811	Grundvermögen	5.052	19.235	5.822	19.521	
812	Kapitalvermögen	29.366	1.509	23.630	2.631	
813	Sondervermögen	44	0	44	902.731	
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	34.462	20.744	29.496	924.883	
821	Steuern und Finanzaufweisungen	10.212.967	2.790.534	10.067.693	2.880.955	37.482
82	Steuern und Finanzaufweisungen	10.212.967	2.790.534	10.067.693	2.880.955	37.482
831	Schulden	2.000.000	280.830	1.908.186	288.020	
83	Schulden	2.000.000	280.830	1.908.186	288.020	
841	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	0	55.786	0	71.111	
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	0	55.786	0	71.111	
851	Rücklagen	956.408	29.746	720.190	54.108	
85	Rücklagen	956.408	29.746	720.190	54.108	
861	Sonstiges	0	9.913	0	9.584	
86	Sonstiges	0	9.913	0	9.584	
881	Globalposten	0	2.202.264	0	-56.273	
88	Globalposten	0	2.202.264	0	-56.273	
891	Haushaltstechnische Verrechnungen	201	108	208	108	
89	Haushaltstechnische Verrechnungen	201	108	208	108	
8	Finanzwirtschaft	13.204.038	5.389.925	12.725.773	4.172.496	37.482
	Zusammen	15.215.633	15.215.633	15.029.961	15.029.961	7.537.555

Haushaltsquerschnitt 2021

Einnahmen

Funktionen	Aufgabenbereiche	Gebühren, Geldstrafen und Geldbußen	Steuern, steuer- ähnliche Abgaben	Übrige Verwal- tungs- einnahmen	Erlöse, Vermö- gens- veräuße- rungen, Kapital- rückzah- lungen
		1.000 EUR			
1	2	3	4	5	6
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	730		3.974	74
02	Auswärtige Angelegenheiten			1	
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	53.006		1.229	134
05	Rechtsschutz	132.342		9.272	38
06	Finanzverwaltung	5.502		23.100	20
0	Allgemeine Dienste	191.581		37.577	266
11,12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	174		955	
13 (ohne 132)	Hochschulen (ohne Hochschulkliniken)			85	
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außer- halb der Hochschulen	30		21	
18,19	Kultur und Religion	35		132	
14,15	Übrige Bereiche der Hauptfunktion 1	13		2.819	
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kul- turelle Angelegenheiten	252		4.012	
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversi- cherung				
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä. (ohne Lei- stungen nach dem SGB VIII)	20		100	
25	Arbeitsmarktpolitik	7			
26,27	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII (einschließlich Kindertagesbetreuung)			160	
28	Soziale Leistungen nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz			12	
21,24,29	Übrige Bereiche der Hauptfunktion 2	16.364		1.473	
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeits- marktpolitik	16.391		1.744	
312	Krankenhäuser und Heilstätten				
31 (ohne 312)	Gesundheitswesen	3.211		114	
32	Sport und Erholung				
33	Umwelt- und Naturschutz	8.052		1.048	
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	60			
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	11.323		1.162	
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie				
42	Geoinformation, Raumordnung und Landespla- nung, Städtebauförderung			20	
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste			20	
51	Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ohne Betriebsverwaltung)	577		317	5
521	Agrarstruktur und ländlicher Raum				
522	Einkommenstabilisierende Maßnahmen			400	
523	Landwirtschaftliche Produktion, Tiergesundheit und Ernährung				
53	Forstwirtschaft und Jagd, Fischerei		1.080		
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	577	1.080	717	5

Haushaltsquerschnitt 2021

Einnahmen

Zinseinnahmen						Funktionen
aus dem öffentlichen Bereich				aus sonstigen Bereichen	Zu- sammen	
Bund, Länder, Sondervermögen	Gemeinden	Sonstige	Zu- sammen			
1.000 EUR						
7	8	9	10	11	12	13
				2	2	01 02 04 05 06
				2	2	0
						11,12 13 (ohne 132) 16 18,19 14,15
	1 1		1 1		1 1	1 1
						22 23 25 26,27 28 21,24,29
				1	1	2
						312 31 (ohne 312) 32 33 34
				1	1	3
						41 42 4
				202	202	51 521 522 523 53
				202	202	5

Haushaltsquerschnitt 2021

Einnahmen

Funktionen	Aufgabenbereiche	Darlehnsrückflüsse					
		aus dem öffentlichen Bereich				aus sonstigen Bereichen	Zu- sammen
		Bund, Länder, Sonder- vermögen	Gemein- den	Sonstige	Zu- sammen		
		1.000 EUR					
14	15	16	17	18	19	20	21
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung					67	67
02	Auswärtige Angelegenheiten						
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung						
05	Rechtsschutz						
06	Finanzverwaltung						
0	Allgemeine Dienste					67	67
11,12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen						
13 (ohne 132)	Hochschulen (ohne Hochschulkliniken)						
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außer- halb der Hochschulen						
18,19	Kultur und Religion						
14,15	Übrige Bereiche der Hauptfunktion 1					4.736	4.736
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kul- turelle Angelegenheiten					4.736	4.736
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversi- cherung						
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä. (ohne Lei- stungen nach dem SGB VIII)						
25	Arbeitsmarktpolitik						
26,27	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII (einschließlich Kindertagesbetreuung)						
28	Soziale Leistungen nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz						
21,24,29	Übrige Bereiche der Hauptfunktion 2					5	5
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeits- marktpolitik					5	5
312	Krankenhäuser und Heilstätten						
31 (ohne 312)	Gesundheitswesen					92	92
32	Sport und Erholung					15	15
33	Umwelt- und Naturschutz						
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz						
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung					107	107
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie						
42	Geoinformation, Raumordnung und Landespla- nung, Städtebauförderung		33		33		33
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste		33		33		33
51	Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ohne Betriebsverwaltung)					2.000	2.000
521	Agrarstruktur und ländlicher Raum						
522	Einkommenstabilisierende Maßnahmen						
523	Landwirtschaftliche Produktion, Tiergesundheit und Ernährung						
53	Forstwirtschaft und Jagd, Fischerei						
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten					2.000	2.000

Haushaltsquerschnitt 2021

Einnahmen

Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen					Schulden auf-nehmen	Zuweis-ungen für Investi-tionen	Zu-schüsse für Investi-tionen	Sonstige Ein-nahmen	Ein-nahmen ins-gesamt	Funktionen
vom Bund	von Ländern	von Gemein-den	aus dem übrigen öffent-lichen Bereich	aus sonstigen Bereichen						
1.000 EUR										
22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32
37.101	19.356	266	18.979	652				127.435	208.636	01
									1	02
5.528	1.100	3.349							64.346	04
16.110	11.100								168.862	05
27				2.732					31.381	06
58.765	31.556	3.615	18.979	3.384				127.435	473.227	0
			30						1.159	11,12
24.680						105			24.870	13 (ohne 132)
53.494	7.200					16.343			77.088	16
62						8.653			8.883	18,19
68.092	6.101						27.000		108.762	14,15
146.328	13.301		30			25.101	27.000		220.761	1
			2.990						2.990	22
58.050				15.640					73.810	23
									7	25
									161	26,27
1									13	28
275	14.596		7.797	79.399		5		2.500	122.413	21,24,29
58.326	14.596		10.787	95.039		5		2.500	199.394	2
								20.105	20.105	312
							230		3.647	31 (ohne312)
									15	32
				342		28.800		5.700	43.942	33
20									80	34
20				342		28.800	230	25.805	67.789	3
	1.027			300		12.072			12.072	41
						49.878			51.258	42
	1.027			300		61.950			63.330	4
				400					3.501	51
26.650				84.040		60.877	101.453		273.020	521
									400	522
	674			5					679	523
				1.600			600		3.280	53
26.650	674			86.045		60.877	102.053		280.881	5

Haushaltsquerschnitt 2021

Einnahmen

Funktionen	Aufgabenbereiche	Gebühren, Geldstrafen und Geldbußen	Steuern, steuer- ähnliche Abgaben	Übrige Verwal- tungs- einnahmen	Erlöse, Vermö- gens- veräuße- rungen, Kapital- rückzah- lungen
		1.000 EUR			
1	2	3	4	5	6
61	Verwaltung für Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe und Dienstleistungen	7.190		8	1
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	26.300			
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe			2.140	
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung		14.400		
692	Verbesserung der Infrastruktur			3.300	
693	Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur				
65,66,68	Übrige Bereiche der Hauptfunktion 6			9.500	
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	33.490	14.400	14.948	1
71	Verwaltung des Verkehrs- und Nachrichtenwesens	1.585		20	
72	Straßen	6			
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr			22	
75,77,79	Übrige Bereiche der Hauptfunktion 7	60			
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	1.651		42	
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	150		7.300	3.416
82	Steuern und Finanzaufweisungen		8.921.630	37.000	
83	Schulden				
85	Rücklagen			1.540	
86-89	Übrige Bereiche der Hauptfunktion 8				
8	Finanzwirtschaft	150	8.921.630	45.840	3.416
	Gesamtsumme	255.414	8.937.110	106.062	3.689

Haushaltsquerschnitt 2021

Einnahmen

Zinseinnahmen						Funktionen
aus dem öffentlichen Bereich				aus sonstigen Bereichen	Zu- sammen	
Bund, Länder, Sondervermögen	Gemeinden	Sonstige	Zu- sammen			
1.000 EUR						
7	8	9	10	11	12	13
						61 65,66,68 6
						71 72 74 75,77,79 7
				3.126	3.126	81 82 83 85 86-89 8
	1		1	3.333	3.334	

Haushaltsquerschnitt 2021

Einnahmen

Funktionen	Aufgabenbereiche	Darlehnsrückflüsse					
		aus dem öffentlichen Bereich				aus sonstigen Bereichen	Zu- sammen
		Bund, Länder, Sonder- vermögen	Gemein- den	Sonstige	Zu- sammen		
		1.000 EUR					
14	15	16	17	18	19	20	21
61	Verwaltung für Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe und Dienstleistungen						
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küsten- schutz						
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Bauge- werbe						
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung						
692	Verbesserung der Infrastruktur						
693	Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruk- tur						
65,66,68	Übrige Bereiche der Hauptfunktion 6						
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen					818	818
71	Verwaltung des Verkehrs- und Nachrichtenwe- sens						
72	Straßen						
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahver- kehr						
75,77,79	Übrige Bereiche der Hauptfunktion 7						
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen						
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen					14.204	14.204
82	Steuern und Finanzaufweisungen						
83	Schulden						
85	Rücklagen						
86-89	Übrige Bereiche der Hauptfunktion 8						
8	Finanzwirtschaft						
	Gesamtsumme		33		33	21.936	21.969

Haushaltsquerschnitt 2021

Einnahmen

Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen					Schulden aufnehmen	Zuweisungen für Investitionen	Zuschüsse für Investitionen	Sonstige Einnahmen	Einnahmen insgesamt	Funktionen
vom Bund	von Ländern	von Gemeinden	aus dem übrigen öffentlichen Bereich	aus sonstigen Bereichen						
1.000 EUR										
22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32
	80			328					7.607	61
	96		500			500			27.396	62
									2.140	63
				261.158		115.680	54.497		14.400	64
				108				19.417	434.635	692
				690					19.525	693
									11.008	65,66,68
	176		500	262.284		116.180	54.497	19.417	516.712	6
	102								1.707	71
471.298				30		250			256	72
						8.500			479.849	74
	222								282	75,77,79
471.298	324			30		8.750			482.095	7
1.046.777		62.281		1.300					29.496	81
				5					10.067.693	82
					1.908.186				1.908.186	83
								718.650	720.190	85
			100					108	208	86-89
1.046.777		62.281	100	1.305	1.908.186			718.758	12.725.773	8
1.808.165	61.655	65.896	30.395	448.730	1.908.186	301.662	183.780	893.915	15.029.961	

Haushaltsquerschnitt 2021

Ausgaben

Funktionen	Aufgabenbereiche	Personal- ausgaben	Sächliche Verwal- tungs- ausgaben	Zinsausgaben		
				an öffentl. Bereich	an sonstige Bereiche	Zu- sammen
				1.000 EUR		
1	2	3	4	5	6	7
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	327.244	230.763			
02	Auswärtige Angelegenheiten		11			
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	597.759	121.194			
05	Rechtsschutz	354.522	185.574			
06	Finanzverwaltung	211.200	30.943			
0	Allgemeine Dienste	1.490.725	568.484			
11,12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	1.541.742	11.503			
13 (ohne 132)	Hochschulen (ohne Hochschulkliniken)	31.461	377			
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außer- halb der Hochschulen	3.908	4.763			
18,19	Kultur und Religion	6.743	3.528			
14,15	Übrige Bereiche der Hauptfunktion 1	18.567	9.549			
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kul- turelle Angelegenheiten	1.602.420	29.719			
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversi- cherung		42			
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä. (ohne Lei- stungen nach dem SGB VIII)					
25	Arbeitsmarktpolitik		40			
26,27	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII (einschließlich Kindertagesbetreuung)	163	10.085			
28	Soziale Leistungen nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz		43.405			
21,24,29	Übrige Bereiche der Hauptfunktion 2	31.869	6.359			
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeits- marktpolitik	32.032	59.931			
312	Krankenhäuser und Heilstätten	796	35			
31 (ohne 312)	Gesundheitswesen	31.049	6.300			
32	Sport und Erholung	813	39			
33	Umwelt- und Naturschutz	60.452	24.359			
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz		1			
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	93.109	30.734			
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie		133			
42	Geoinformation, Raumordnung und Landespla- nung, Städtebauförderung		21.963			
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste		22.095			
51	Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ohne Betriebsverwaltung)	28.199	14.899			
521	Agrarstruktur und ländlicher Raum		19.898			
522	Einkommenstabilisierende Maßnahmen		1.142			
523	Landwirtschaftliche Produktion, Tiergesundheit und Ernährung	302	418			
53	Forstwirtschaft und Jagd, Fischerei		110			
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	28.501	36.467			

Tilgungsausgaben			Zuweisungen mit Ausnahme für Investitionen						Funktionen
an öffentl. Bereich	an sonstige Bereiche	Zu-sammen	an Bund	an Länder	an Sonder-vermögen	an Gemeinden und Zweck-verbände	an Sozialver-sicherung	Zu-sammen	
1.000 EUR									
8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
			600	26.209	50	4.019		30.878	01
									02
			1.654	3.687		7.010		12.352	04
				4.752			630	5.382	05
				37				37	06
			2.254	34.685	50	11.029	630	48.648	0
				8.279		97		8.376	11,12
				105				105	13 (ohne 132)
				200		605		805	16
						16.456		16.456	18,19
			2.428	360		6.238		9.026	14,15
			2.428	8.944		23.395		34.768	1
			553.985				22.197	576.182	22
			6.256					6.256	23
									25
				1.318		640.997		642.315	26,27
						822.522		822.522	28
			389		17.437	33.454	120	51.400	21,24,29
			560.630	1.318	17.437	1.496.973	22.317	2.098.675	2
									312
			141	55	1.585	5.068		6.849	31 (ohne 312)
						10		10	32
				117		334		451	33
						60		60	34
			141	172	1.585	5.472		7.370	3
				400				400	41
				9		4.604		4.612	42
				409		4.604		5.012	4
						250		250	51
									521
				28	1.200			1.228	522
									523
									53
				28	1.200	250		1.478	5

Haushaltsquerschnitt 2021

Ausgaben

Funktionen	Aufgabenbereiche	Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			
		an natürl. Personen	an Unternehmen	an Sonstige	Zusammen
		1.000 EUR			
18	19	20	21	22	23
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	8	9.835	23.851	33.694
02	Auswärtige Angelegenheiten			40	40
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3	414	724	1.141
05	Rechtsschutz	27.038		3.721	30.759
06	Finanzverwaltung				
0	Allgemeine Dienste	27.049	10.249	28.336	65.634
11,12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	210	1.649	255.395	257.254
13 (ohne 132)	Hochschulen (ohne Hochschulkliniken)		342.615	121.946	464.561
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen		2.678	161.586	164.264
18,19	Kultur und Religion	99		91.513	91.613
14,15	Übrige Bereiche der Hauptfunktion 1	71.620	270	13.570	85.460
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	71.929	347.212	644.010	1.063.152
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung				
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä. (ohne Leistungen nach dem SGB VIII)	134.500		2.200	136.700
25	Arbeitsmarktpolitik			2.970	2.970
26,27	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII (einschließlich Kindertagesbetreuung)			11.430	11.430
28	Soziale Leistungen nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz			45	45
21,24,29	Übrige Bereiche der Hauptfunktion 2	22.411	14.038	109.751	146.200
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	156.911	14.038	126.397	297.345
312	Krankenhäuser und Heilstätten			41.227	41.227
31 (ohne 312)	Gesundheitswesen	266	155	10.051	10.472
32	Sport und Erholung			18.336	18.336
33	Umwelt- und Naturschutz	2.385	840	7.108	10.333
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz				
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	2.651	995	76.722	80.368
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie			401	401
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung		1.379	75	1.454
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste		1.379	476	1.855
51	Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ohne Betriebsverwaltung)		42.203	1.897	44.100
521	Agrarstruktur und ländlicher Raum		89.779	8.012	97.791
522	Einkommenstabilisierende Maßnahmen		400	320	720
523	Landwirtschaftliche Produktion, Tiergesundheit und Ernährung	972	34.513	1.721	37.205
53	Forstwirtschaft und Jagd, Fischerei	40	44.764	1.030	45.834
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1.012	211.658	12.980	225.651

Haushaltsquerschnitt 2021

Ausgaben

Schuldendiensthilfen					Bau- maß- nahmen	Erwerb von			Funktionen
an Gemeinden	an Bund	an Länder	an Sonstige Bereiche	Zu- sammen		beweg- lichem Vermögen	unbeweg- lichem Vermögen	Beteili- gungen	
1.000 EUR									
24	25	26	27	28	29	30	31	32	33
						6.785	2.855		01
					2.976	32.150			02
						7.724			04
						6.870			05
					2.976	53.529	2.855		06
									0
						60			11,12
					2.250				13 (ohne 132)
					8.050	325			16
						146			18,19
			220	220	50	60			14,15
			220	220	10.350	591			1
									22
			21.205	21.205					23
									25
									26,27
									28
						884			21,24,29
			21.205	21.205		884			2
									312
						2.608			31 (ohne312)
									32
					231	1.458	1.300		33
									34
					231	4.065	1.300		3
									41
						9			42
						9			4
			1	1	11.720	655			51
			1	1	36.959				521
									522
									523
									53
			2	2	48.679	655			5

Haushaltsquerschnitt 2021

Ausgaben

Funktionen	Aufgabenbereiche	Darlehen				
		an öffentlichen Bereich				an sonst. Bereiche
		Bund, Länder, Sonder- vermögen	Gemeinden	Sonstige	Zu- sammen	
34	35	36	37	38	39	40
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung					
02	Auswärtige Angelegenheiten					
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung					
05	Rechtsschutz					
06	Finanzverwaltung					
0	Allgemeine Dienste					
11,12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen					29.590
13 (ohne 132)	Hochschulen (ohne Hochschulkliniken)					
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außer- halb der Hochschulen					
18,19	Kultur und Religion					
14,15	Übrige Bereiche der Hauptfunktion 1					
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kul- turelle Angelegenheiten					29.590
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversi- cherung					13
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä. (ohne Lei- stungen nach dem SGB VIII)					
25	Arbeitsmarktpolitik					
26,27	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII (einschließlich Kindertagesbetreuung)					
28	Soziale Leistungen nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz					
21,24,29	Übrige Bereiche der Hauptfunktion 2					
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeits- marktpolitik					
312	Krankenhäuser und Heilstätten					
31 (ohne312)	Gesundheitswesen					
32	Sport und Erholung					
33	Umwelt- und Naturschutz					
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz					
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung					
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie					
42	Geoinformation, Raumordnung und Landespla- nung, Städtebauförderung					
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste					
51	Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ohne Betriebsverwaltung)					
521	Agrarstruktur und ländlicher Raum					
522	Einkommenstabilisierende Maßnahmen					
523	Landwirtschaftliche Produktion, Tiergesundheit und Ernährung					
53	Forstwirtschaft und Jagd, Fischerei					
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten					

Haushaltsquerschnitt 2021

Ausgaben

Darlehen	Zuweisung für Investitionen						Sonstige Ausgaben	Ausgaben insgesamt	Funktionen
Zu- sammen	an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche	Zu- sammen			
	Bund, Länder, Sonder- vermögen	Gemeinden	Sonstige	Zu- sammen					
1.000 EUR									
41	42	43	44	45	46	47	48	49	50
		86.800		86.800	67.187	153.987	-2.750	783.456	01
		1.000		1.000	431	1.431		51 769.003	02 04
								583.960	05
								249.050	06
		87.800		87.800	67.618	155.418	-2.750	2.385.520	0
	20	750		770	528	1.298		1.820.234	11,12
	374			374	9.670	10.044		508.798	13 (ohne 132)
					31.913	31.913		214.028	16
		17.897	1.287	19.184	27.034	46.217		164.702	18,19
29.590					23.507	23.507		176.028	14,15
29.590	394	18.647	1.287	20.327	92.652	112.980		2.883.789	1
								576.224	22
								164.161	23
								3.010	25
		3.000		3.000	2.300	5.300		669.293	26,27
								865.972	28
13	682	7.592		8.274	1.850	10.124		246.849	21,24,29
13	682	10.592		11.274	4.150	15.424		2.525.509	2
					152.410	152.410		194.468	312
		1.019		1.019	320	1.339		58.616	31 (ohne312)
		1.000		1.000	3.000	4.000		23.198	32
					53.227	53.227		151.811	33
		15		15	5	20		81	34
		2.034		2.034	208.962	210.996		428.173	3
					36.277	36.277		37.211	41
		89.741		89.741	1.200	90.941		118.979	42
		89.741		89.741	37.477	127.218		156.190	4
		1.442	2.072	3.514	10.021	13.535		113.360	51
		20.394	18.204	38.598	86.772	125.371		280.020	521
								1.862	522
					1.116	1.116		40.269	523
					2.670	2.670		48.614	53
		21.836	20.276	42.112	100.579	142.692		484.125	5

Haushaltsquerschnitt 2021

Ausgaben

Funktionen	Aufgabenbereiche	Personal- ausgaben	Sächliche Verwal- tungs- ausgaben	Zinsausgaben		
				an öffentl. Bereich	an sonstige Bereiche	Zu- sammen
				1.000 EUR		
1	2	3	4	5	6	7
61	Verwaltung für Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe und Dienstleistungen	10.820	6.434			
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	536	32.724			
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe		240			
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung		684			
691	Betriebliche Investitionen		473			
692	Verbesserung der Infrastruktur	4.361	6.216			
693	Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur	88	34			
65,66,68	Übrige Bereiche der Hauptfunktion 6		1.028			
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	15.805	47.834			
71	Verwaltung des Verkehrs- und Nachrichtenwesens	16.762	6.748			
72	Straßen		480			
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt		140			
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr		862			
75,77,79	Übrige Bereiche der Hauptfunktion 7		196			
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16.762	8.426			
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen		17.147			
82	Steuern und Finanzaufweisungen		11			
83	Schulden		320		287.700	287.700
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	71.111				
85	Rücklagen		1.465			
86-89	Übrige Bereiche der Hauptfunktion 8	31.506	500			
8	Finanzwirtschaft	102.618	19.443		287.700	287.700
	Gesamtsumme	3.381.973	823.132		287.700	287.700

Haushaltsquerschnitt 2021

Ausgaben

Tilgungsausgaben			Zuweisungen mit Ausnahme für Investitionen						Funktionen
an öffentl. Bereich	an sonstige Bereiche	Zu-sammen	an Bund	an Länder	an Sonder-vermögen	an Gemeinden und Zweck-verbände	an Sozialver-sicherung	Zu-sammen	
1.000 EUR									
8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
				3.800				3.800	61
						1.400		1.400	62
									63
						270		270	64
			101			8.834		8.935	691
									692
									693
									65,66,68
			101	3.800		10.504		14.405	6
									71
						400		400	72
									73
				3		94.497		94.500	74
				10		220		230	75,77,79
				13		95.117		95.130	7
									81
						2.666.128		2.666.128	82
									83
									84
									85
									86-89
						2.666.128		2.666.128	8
			565.555	49.369	20.273	4.313.472	22.947	4.971.614	

Haushaltsquerschnitt 2021

Ausgaben

Funktionen	Aufgabenbereiche	Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			
		an natürl. Personen	an Unternehmen	an Sonstige	Zusammen
		1.000 EUR			
18	19	20	21	22	23
61	Verwaltung für Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe und Dienstleistungen			166	166
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz		700	6.022	6.722
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	55	380	5.178	5.613
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	15	100	900	1.015
691	Betriebliche Investitionen			30.706	30.706
692	Verbesserung der Infrastruktur	25	50.347	100.862	151.233
693	Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur				
65,66,68	Übrige Bereiche der Hauptfunktion 6		20.546	958	21.505
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	95	72.073	144.792	216.960
71	Verwaltung des Verkehrs- und Nachrichtenwesens		134.379		134.379
72	Straßen		31.227	730	31.957
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt			18	18
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr		417.394		417.394
75,77,79	Übrige Bereiche der Hauptfunktion 7		189.500	1.050	190.550
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen		772.500	1.798	774.298
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen			3.495	3.495
82	Steuern und Finanzaufwendungen			323	323
83	Schulden				
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.				
85	Rücklagen			25	25
86-89	Übrige Bereiche der Hauptfunktion 8			4.808	4.808
8	Finanzwirtschaft			8.651	8.651
	Gesamtsumme	259.647	1.430.105	1.044.162	2.733.914

Haushaltsquerschnitt 2021

Ausgaben

Schuldendiensthilfen					Bau- maß- nahmen	Erwerb von			Funktionen	
an Gemeinden	an Bund	an Länder	an Sonstige Bereiche	Zu- sammen		beweg- lichem Vermögen	unbeweg- lichem Vermögen	Beteili- gungen		
1.000 EUR										
24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	
					12.014	590	1.760	19.525	61	
						145			62	
									63	
									64	
									691	
					12.014	735	1.760	19.525	692	
									693	
									65,66,68	
									6	
						1.000			71	
									110	72
										73
										74
										75,77,79
									1.110	7
62.689			340	63.029			1.500	10	81	
									82	
									83	
									84	
									85	
									86-89	
62.689			340	63.029			1.500	10	8	
62.689				89.309	74.250	61.578	7.415	19.535		

Haushaltsquerschnitt 2021

Ausgaben

Funktionen	Aufgabenbereiche	Darlehen				
		an öffentlichen Bereich				an sonst. Bereiche
		Bund, Länder, Sonder- vermögen	Gemeinden	Sonstige	Zu- sammen	
		1.000 EUR				
34	35	36	37	38	39	40
61	Verwaltung für Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe und Dienstleistungen					
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz					
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe					
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung					
691	Betriebliche Investitionen					
692	Verbesserung der Infrastruktur					20.691
693	Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur					
65,66,68	Übrige Bereiche der Hauptfunktion 6					11.500
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen					32.191
71	Verwaltung des Verkehrs- und Nachrichtenwesens					
72	Straßen					
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt					
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr					
75,77,79	Übrige Bereiche der Hauptfunktion 7					39.960
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen					39.960
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen					
82	Steuern und Finanzaufweisungen					
83	Schulden					
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.					
85	Rücklagen					
86-89	Übrige Bereiche der Hauptfunktion 8					
8	Finanzwirtschaft					
	Gesamtsumme					101.754

Haushaltsquerschnitt 2021

Ausgaben

Darlehen	Zuweisung für Investitionen						Sonstige Ausgaben	Ausgaben insgesamt	Funktionen
Zu- sammen	an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche	Zu- sammen			
	Bund, Länder, Sonder- vermögen	Gemeinden	Sonstige	Zu- sammen					
1.000 EUR									
41	42	43	44	45	46	47	48	49	50
20.691	800	1.550		2.350	1.000	1.000		22.809	61
					2.500	2.500		57.800	62
					38.674	38.674		44.528	63
					2.653	5.003		6.972	64
	113.000	113.000	144.179	691					
	182.762	1.000	183.762	77.502	261.265	472.227		692	
	9.322		9.322	2.622	11.944	12.065		693	
	11.500	800	193.634	3.500	197.934	235.451		433.385	34.033
32.191	794.613						6		
		68.958		68.958	100.850	169.808		158.888	71
								202.645	72
								268	73
		50.000		50.000	39.200	89.200		601.957	74
		39.960							
39.960		118.958		118.958	140.050	259.008	1.199.547	7	
		151.465		151.465		151.465	902.731	924.883	81
								2.880.955	82
								288.020	83
								71.111	84
		52.618		54.108		85			
		-83.395		-46.581		86-89			
		151.465		151.465		151.465		871.954	4.172.496
101.754	1.875	694.707	25.063	721.646	886.939	1.608.585	869.204	15.029.961	

Zergliederung 2021

der für das Haushaltsjahr
veranschlagten Einnahmen und Ausgaben

Einzelplan	Bezeichnung	Steuereinnahmen			
		Gemeinschaftssteuern und Gewerbesteuerumlage	Landesteuern	Steuerähnliche Abgaben	Steuereinnahmen insgesamt
		011 - 018	051 - 069	093 - 099	011 - 099
		EUR			
1	2	3	4	5	6
01	Landtag				
02	Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei				
03	Ministerium des Innern und für Kommunales				
04	Ministerium der Justiz				
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport				
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur				
07	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz				
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie				
10	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz			15.480.000	15.480.000
11	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung				
12	Ministerium der Finanzen und für Europa				
13	Landesrechnungshof				
14	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg				
20	Allgemeine Finanzverwaltung	8.318.040.000	602.590.000	1.000.000	8.921.630.000
	Insgesamt	8.318.040.000	602.590.000	16.480.000	8.937.110.000

Zergliederung 2021

der für das Haushaltsjahr
veranschlagten Einnahmen und Ausgaben

Einzelplan	Bezeichnung	Eigene Einnahmen				
		Verwaltungseinnahmen	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)	Erlöse aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen Kapitalrückzahlungen	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen	Zinseinnahmen
		111 - 119	121 - 129	131 - 134	141 - 146	151 - 166
		EUR				
7	8	9	10	11	12	13
01	Landtag	72.800	45.000	1.500		
02	Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei	6.000	6.400	300		
03	Ministerium des Innern und für Kommunales	53.789.600	509.000	134.100		
04	Ministerium der Justiz	140.972.300	852.000	60.500		
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport	1.481.900	38.200	300		2.300
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	2.836.200	20.300	15.200		
07	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz	21.544.800		8.000		800
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie	10.708.700	640.000	1.000		2.400
10	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz	35.398.700	1.311.100	25.000		202.200
11	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung	3.255.900	1.300	5.100		
12	Ministerium der Finanzen und für Europa	29.065.000	465.700	20.600		1.126.100
13	Landesrechnungshof	1.000	15.900	1.000		
14	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg					
20	Allgemeine Finanzverwaltung	3.215.500	45.723.000	1.064.000	9.500.000	2.000.000
	Insgesamt	302.348.400	49.627.900	1.336.600	9.500.000	3.333.800

Zergliederung 2021

der für das Haushaltsjahr
veranschlagten Einnahmen und Ausgaben

Einzelplan	Bezeichnung	noch: Eigene Einnahmen			Übertragungseinnahmen	
		Darlehensrückflüsse	Eigene Einnahmen insgesamt	vom Bund	Zuweisungen und Erstattungen aus dem öffentlichen Bereich, Vermögensübertragungen	
					von Ländern	von Gemeinden
		171 - 186	111 - 186	211, 231, 291	212, 232, 292	213, 233, 293
EUR						
14	15	16	17	18	19	20
01	Landtag		119.300			
02	Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei		12.700	1.050.900	98.100	
03	Ministerium des Innern und für Kommunales		54.432.700	14.404.100	1.226.500	3.348.900
04	Ministerium der Justiz		141.884.800	17.327.300	13.426.200	
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport	15.000	1.537.700	36.800.000	5.078.900	
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	4.735.900	7.607.600	145.111.000	7.200.000	
07	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz	96.600	21.650.200	278.300	14.437.400	
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie	66.800	11.418.900	3.169.500	80.200	
10	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz	2.000.000	38.937.000	26.650.400	770.000	
11	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung	33.000	3.295.300	492.547.500	1.351.400	
12	Ministerium der Finanzen und für Europa	14.203.600	44.881.000	21.178.900	9.088.300	
13	Landesrechnungshof		17.900			
14	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg					
20	Allgemeine Finanzverwaltung	818.100	64.672.600	1.049.647.100	8.898.000	62.547.100
	Insgesamt	21.969.000	390.467.700	1.808.165.000	61.655.000	65.896.000

Zergliederung 2021

der für das Haushaltsjahr
veranschlagten Einnahmen und Ausgaben

Einzelplan	Bezeichnung	Übertragungseinnahmen				
		von anderen Körperschaften, Fonds u. Zweckverbänden	Schuldendiensthilfen		Zuschüsse und Erstattungen aus anderen Bereichen, Vermögensübertragungen	Übertragungseinnahmen insgesamt
			vom Bund	von anderen		
		214 - 217, 234 - 237	221	222 - 227, 261, 266	271, 272	211 - 299
EUR						
21	22	23	24	25	26	27
01	Landtag					424.600
02	Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei					1.154.000
03	Ministerium des Innern und für Kommunales					18.979.500
04	Ministerium der Justiz					30.958.500
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport	30.000				57.548.900
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur					152.311.000
07	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz	7.796.700		5.000		101.491.800
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie				246.177.200	250.444.900
10	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz				86.360.900	114.184.900
11	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung				330.000	494.228.900
12	Ministerium der Finanzen und für Europa	99.500		32.000	15.094.100	45.553.000
13	Landesrechnungshof					
14	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg					
20	Allgemeine Finanzverwaltung	22.468.700		2.700.000		1.147.560.900
	Insgesamt	30.394.900		2.737.000	347.962.200	2.414.840.900

Zergliederung 2021

der für das Haushaltsjahr
veranschlagten Einnahmen und Ausgaben

Einzelplan	Bezeichnung	Einnahmen zur Investitionsfinanzierung				
		Schuldenaufnahmen		vom Bund	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich	
		vom Bund	von anderen		von Ländern	von Gemeinden
		311	312 - 317, 321 - 329	331	332	333
		EUR				
28	29	30	31	32	33	34
01	Landtag					
02	Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei					
03	Ministerium des Innern und für Kommunales					
04	Ministerium der Justiz					
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport					
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur			16.447.800		
07	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz			4.600		
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie			82.500.000		
10	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz			89.676.600		
11	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung			77.353.100		
12	Ministerium der Finanzen und für Europa					
13	Landesrechnungshof					
14	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg					
20	Allgemeine Finanzverwaltung		1.908.186.200			
	Insgesamt		1.908.186.200	265.982.100		

Zergliederung 2021

der für das Haushaltsjahr
veranschlagten Einnahmen und Ausgaben

Einzelplan	Bezeichnung	Besondere Finanzierungseinnahmen			
		von anderen Körperschaften, Fonds u. Zweckverbänden	Beträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen	Einnahmen zur Investitionsfinanzierung insgesamt	Entnahmen aus Rücklg., Fonds u. Stöcken; Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre; Globale Mehr- u. Mindereinnahmen
		334 - 337	341 - 347	311 - 347	351 - 372
		EUR			
35	36	37	38	39	40
01	Landtag				
02	Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei				
03	Ministerium des Innern und für Kommunales				7.750.000
04	Ministerium der Justiz				310.000
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport				16.250.000
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur		27.000.000	43.447.800	35.047.000
07	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz		230.000	234.600	58.506.900
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie		54.496.600	136.996.600	21.145.000
10	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz		102.053.000	191.729.600	6.250.000
11	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung			77.353.100	74.569.900
12	Ministerium der Finanzen und für Europa				
13	Landesrechnungshof				500.000
14	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg				
20	Allgemeine Finanzverwaltung	35.680.000		1.943.866.200	673.477.800
	Insgesamt	35.680.000	183.779.600	2.393.627.900	893.806.600

Zergliederung 2021

der für das Haushaltsjahr
veranschlagten Einnahmen und Ausgaben

Einzelplan	Bezeichnung	Besondere Finanzierungseinnahmen		
		Haushalts-technische Verrechnungen	Besondere Finanzierungseinnahmen insgesamt	Summe der Einnahmen 2021
		381 - 389	351 - 389	001 - 399
		EUR		
41	42	43	44	45
01	Landtag			543.900
02	Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei			1.166.700
03	Ministerium des Innern und für Kommunales		7.750.000	81.162.200
04	Ministerium der Justiz		310.000	173.153.300
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport		16.250.000	75.336.600
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur		35.047.000	238.413.400
07	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz		58.506.900	181.883.500
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie		21.145.000	420.005.400
10	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz	2.600	6.252.600	366.584.100
11	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung	105.700	74.675.600	649.552.900
12	Ministerium der Finanzen und für Europa			90.434.000
13	Landesrechnungshof		500.000	517.900
14	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg			
20	Allgemeine Finanzverwaltung		673.477.800	12.751.207.500
	Insgesamt	108.300	893.914.900	15.029.961.400

Zergliederung 2021

der für das Haushaltsjahr
veranschlagten Einnahmen und Ausgaben

Einzelplan	Bezeichnung	Persönliche Verwaltungsausgaben				
		Aufwendungen für Abgeordnete, ehrenamtlich Tätige	Amtsbezüge, Dienstbezüge der Beamten und Richter	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	Entgelte für Arbeitnehmer	
		411, 412	421, 422	427	428	
		EUR				
46	47	48	49	50	51	52
01	Landtag	22.348.900	4.507.000			130.000
02	Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei		5.299.300			542.400
03	Ministerium des Innern und für Kommunales	13.300	418.972.800			782.400
04	Ministerium der Justiz	1.139.000	211.233.600			3.280.700
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport		1.022.376.700			24.422.000
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur		9.096.400			1.157.700
07	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz		31.198.000			740.400
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie		13.064.200			1.019.500
10	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz		28.343.800			2.032.400
11	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung		10.989.700			1.354.300
12	Ministerium der Finanzen und für Europa		160.209.300			1.137.000
13	Landesrechnungshof		9.239.800			13.000
14	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg	174.800	200.000			
20	Allgemeine Finanzverwaltung		138.900			
	Insgesamt	23.676.000	1.924.869.500			36.611.800

Zergliederung 2021

der für das Haushaltsjahr
veranschlagten Einnahmen und Ausgaben

Einzelplan	Bezeichnung	Persönliche Verwaltungsausgaben				
		Nicht aufteilbare Personalausgaben (nur in Titelgruppen)	Versorgungsbezüge	Beihilfen, Unterstützungen und dgl.	Personalbezogene Sachausgaben	Globale Mehr- und Minderungen für Personalausgaben
		429	431 - 439	441 - 446	451 - 459	461, 462
		EUR				
53	54	55	56	57	58	59
01	Landtag		572.200	2.200		
02	Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei		2.225.200	3.600	8.300	
03	Ministerium des Innern und für Kommunales	100.500	105.709.200	19.375.000	591.900	
04	Ministerium der Justiz	612.000	45.260.100	265.600	371.500	
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport		166.596.400	800.000	400.000	
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur		23.290.300	24.700	23.700	
07	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz		4.212.900	2.563.400	20.900	
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie	3.750.000	5.155.800	45.300	37.500	
10	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz	573.500	10.095.500	80.300	71.500	
11	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung		6.509.400	46.000	20.600	
12	Ministerium der Finanzen und für Europa	611.200	20.796.200	224.300	130.000	
13	Landesrechnungshof		2.767.700	11.500	15.000	
14	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg		20.400	600		
20	Allgemeine Finanzverwaltung		1.660.700	122.233.400		31.230.000
	Insgesamt	5.647.200	394.872.000	145.675.900	1.690.900	31.230.000

Zergliederung 2021

der für das Haushaltsjahr
veranschlagten Einnahmen und Ausgaben

Einzelplan	Bezeichnung	Sächliche Verwaltungsausgaben			
		Persönliche Verwaltungsausgaben insgesamt	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume
		411 - 462	511	514	517
		EUR			
60	61	62	63	64	65
01	Landtag	38.148.200	802.700	28.100	84.100
02	Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei	18.572.200	194.100	163.300	803.000
03	Ministerium des Innern und für Kommunales	628.038.900	19.916.300	21.501.800	22.142.600
04	Ministerium der Justiz	359.739.500	9.402.500	6.413.200	18.307.700
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport	1.564.431.400	1.042.500	159.000	1.731.000
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	48.335.400	589.800	226.000	2.301.900
07	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz	90.348.300	2.218.200	603.300	2.488.200
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie	37.654.200	726.700	373.300	1.334.200
10	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz	123.750.000	2.152.800	1.085.800	4.959.500
11	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung	45.028.900	1.329.700	150.000	1.294.000
12	Ministerium der Finanzen und für Europa	257.890.200	10.937.600	623.400	6.179.700
13	Landesrechnungshof	14.129.100	228.800	10.600	412.800
14	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg	505.800	32.000	8.000	60.100
20	Allgemeine Finanzverwaltung	155.400.500	3.093.500		2.112.500
	Insgesamt	3.381.972.600	52.667.200	31.345.800	64.211.300

Zergliederung 2021

der für das Haushaltsjahr
veranschlagten Einnahmen und Ausgaben

Einzelplan	Bezeichnung	noch: Sächliche Verwaltungsausgaben				
		Mieten und Pachten	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	Bibliotheken, Kunst und wissenschaftliche Sammlungen	Aus- und Fortbildung, Umschulung
		518	519	521	523	525
		EUR				
66	67	68	69	70	71	72
01	Landtag	306.800	3.000			61.200
02	Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei	728.800	46.500			34.500
03	Ministerium des Innern und für Kommunales	35.050.600	10.000	1.871.200	95.000	3.393.200
04	Ministerium der Justiz	21.493.700	1.408.600		120.000	920.400
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport	3.853.800				4.287.600
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	5.398.300	42.000		34.400	21.300
07	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz	5.547.500	1.000			355.700
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie	1.605.800	1.000			144.200
10	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz	5.927.300	1.197.400	18.039.000		473.400
11	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung	1.772.900	9.000	140.000		296.800
12	Ministerium der Finanzen und für Europa	19.728.100	6.423.100			3.931.300
13	Landesrechnungshof	963.800	2.000			79.000
14	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg	59.900				1.000
20	Allgemeine Finanzverwaltung	136.900	1.495.000			18.000
	Insgesamt	102.574.200	10.638.600	20.050.200	249.400	14.017.600

Zergliederung 2021

der für das Haushaltsjahr
veranschlagten Einnahmen und Ausgaben

Einzelplan	Bezeichnung	noch: Sächliche Verwaltungsausgaben				
		Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	Reisekosten	Verfügungsmittel	Veröffentlichungen	Unterkunftsgeräte, Spinnstoffe
		526	527	529	531	532
		EUR				
73	74	75	76	77	78	79
01	Landtag	139.700	66.000	18.400	480.600	
02	Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei	552.500	85.000	28.200	1.692.900	
03	Ministerium des Innern und für Kommunales	50.590.400	762.200	9.800	395.100	161.000
04	Ministerium der Justiz	996.900	545.300	14.200	105.800	70.716.600
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport	1.462.000	3.026.600	5.600	881.900	667.000
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	539.800	158.400	9.000	243.500	
07	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz	2.645.100	334.600	6.200	315.400	
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie	3.950.200	211.600	6.700	1.303.600	
10	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz	3.527.100	483.500	6.100	666.300	
11	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung	652.700	150.600	5.100	217.800	
12	Ministerium der Finanzen und für Europa	2.277.800	1.012.000	8.000	246.100	
13	Landesrechnungshof	56.500	102.500	2.100	8.500	
14	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg	5.000	63.000	2.000	10.000	
20	Allgemeine Finanzverwaltung	2.300.100			162.000	2.312.000
	Insgesamt	69.695.800	7.001.300	121.400	6.729.500	73.856.600

Zergliederung 2021

der für das Haushaltsjahr
veranschlagten Einnahmen und Ausgaben

Einzelplan	Bezeichnung	noch: Sächliche Verwaltungsausgaben				
		Sachaufwand der Ausbildung, Prüfung und Fortbildung Außenstehender	Nutz- und Zuchtterhaltung	Geräte für Fachaufgaben	Verfahrensauslagen	Beförderungskosten
		533	534	535	536	537
		EUR				
80	81	82	83	84	85	86
01	Landtag	120.000				
02	Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei	361.000				
03	Ministerium des Innern und für Kommunales		108.600	248.600	16.419.500	
04	Ministerium der Justiz	316.400	23.000		216.400	
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport	80.000				
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur		400	25.000		
07	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz	75.400				
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie		390.000	814.600	130.500	226.500
10	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz		61.900	187.900	3.350.300	11.551.000
11	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung		10.000	61.000	962.000	2.120.500
12	Ministerium der Finanzen und für Europa	125.000	165.000			
13	Landesrechnungshof			200		
14	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg	1.000				
20	Allgemeine Finanzverwaltung	578.000				2.730.000
	Insgesamt	1.656.800	758.900	1.337.300	21.078.700	16.628.000

Zergliederung 2021

der für das Haushaltsjahr
veranschlagten Einnahmen und Ausgaben

Einzelplan	Bezeichnung	noch: Sächliche Verwaltungsausgaben				
		Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	Für Aufgaben des Verfassungsschutzes	Ehrenzeichen und sonstige Auszeichnungen	Umsatzsteuer (und sonstige Steuern)	Versicherungen, Rückzahlungen, pp.
		538	539	541	542	543, 544
		EUR				
87	88	89	90	91	92	93
01	Landtag	96.300	113.000	290.600		
02	Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei	137.300	13.000	577.900		
03	Ministerium des Innern und für Kommunales	7.649.900	77.000	10.500		
04	Ministerium der Justiz	7.276.300	8.000	30.000		
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport	1.475.000	157.100	55.100		
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	324.200	112.300	170.000		
07	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz	570.200	9.500	54.700		1.000
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie	656.600		583.200		
10	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz	8.459.200	490.000	1.548.600		12.631.200
11	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung	660.400		377.500		
12	Ministerium der Finanzen und für Europa	6.153.200	19.000	111.400	10.000	
13	Landesrechnungshof	5.000		3.000		
14	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg	5.000		6.000		
20	Allgemeine Finanzverwaltung	10.915.500				
	Insgesamt	44.384.100	998.900	3.818.500	10.000	12.632.200

Zergliederung 2021

der für das Haushaltsjahr
veranschlagten Einnahmen und Ausgaben

Einzelplan	Bezeichnung	noch: Sächliche Verwaltungsausgaben			
		Vermischter Sachaufwand	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben (nur in Titelgruppen)	Globale Mehr- und Minder- ausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben	Sächliche Verwaltungsausgaben insgesamt
		545, 546	547	548, 549	511 - 549
		EUR			
94	95	96	97	98	99
01	Landtag	536.500			7.782.000
02	Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei	728.400	88.000		6.234.400
03	Ministerium des Innern und für Kommunales	95.961.200	9.842.200		286.216.700
04	Ministerium der Justiz	59.512.700	419.700		198.247.400
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport	5.603.500	14.146.600		38.634.300
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	2.744.200	494.700		13.435.200
07	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz	3.711.500	127.800		19.065.300
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie	2.075.600	3.121.300		17.655.600
10	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz	11.247.600	23.265.800		111.311.700
11	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung	4.095.700	210.000	120.000	14.635.700
12	Ministerium der Finanzen und für Europa	5.785.000	217.900		63.953.600
13	Landesrechnungshof	611.400			2.486.200
14	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg	50.500			303.500
20	Allgemeine Finanzverwaltung	9.386.800	4.719.000	500.000	43.170.000
	Insgesamt	202.050.600	56.653.000	620.000	823.131.600

Zergliederung 2021

der für das Haushaltsjahr
veranschlagten Einnahmen und Ausgaben

Einzelplan	Bezeichnung	Schuldendienst			Übertragungsausgaben	
		Schuldendienst			Zuweisungen und Erstattungen aus dem öffentlichen Bereich	
		Zinsen	Tilgung	insgesamt	an Bund	an Länder
		561 - 576	581 - 596	561 - 596	611, 631, 691	612, 632, 692
EUR						
100	101	102	103	104	105	106
01	Landtag					4.500
02	Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei					
03	Ministerium des Innern und für Kommunales				1.654.300	5.394.300
04	Ministerium der Justiz					5.112.300
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport				6.256.000	10.352.700
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur				2.428.000	200.000
07	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz				530.100	95.400
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie				101.000	3.804.000
10	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz					117.000
11	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung					421.300
12	Ministerium der Finanzen und für Europa					20.507.000
13	Landesrechnungshof					
14	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg					
20	Allgemeine Finanzverwaltung	287.700.000		287.700.000	554.585.100	3.360.000
	Insgesamt	287.700.000		287.700.000	565.554.500	49.368.500

Zergliederung 2021

der für das Haushaltsjahr
veranschlagten Einnahmen und Ausgaben

Einzelplan	Bezeichnung	Übertragungsausgaben				
		Zuweisungen und Erstattungen aus dem öffentlichen Bereich		Schuldendiensthilfen		Renten und Unterstützungen
				an Bund	an andere	
		an Gemeinden	an andere Körperschaften, Fonds und Zweckverbände			
		613, 633, 693	614 - 617, 634 - 637	621	621 - 622, 624 - 627, 661 - 664, 666	681
EUR						
107	108	109	110	111	112	113
01	Landtag					50.000
02	Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei	907.500				
03	Ministerium des Innern und für Kommunales	11.583.000				37.500
04	Ministerium der Justiz		630.000			27.038.000
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport	648.101.500				95.270.000
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	17.160.700			219.600	68.659.300
07	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz	618.709.800	21.539.800		21.204.700	23.572.100
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie	4.306.600				95.000
10	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz	583.700	1.400.000		2.200	2.425.000
11	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung	98.844.900				42.500.000
12	Ministerium der Finanzen und für Europa	5.550.000				
13	Landesrechnungshof					
14	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg					
20	Allgemeine Finanzverwaltung	2.906.323.800	21.050.000		5.193.600	
	Insgesamt	4.312.071.500	44.619.800		26.620.100	259.646.900

Zergliederung 2021

der für das Haushaltsjahr
veranschlagten Einnahmen und Ausgaben

Einzelplan	Bezeichnung	Übertragungsausgaben		Ausgaben für Sachinvestitionen		
		Zuschüsse an Unternehmen	Zuschüsse und Erstattungen an sonstige Bereiche, Vermögensübertragungen	Übertragungsausgaben insgesamt	Kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	Baumaßnahmen
		682, 683, 687	671, 676, 684 - 686, 688, 697 - 699	611 - 699	711	712 - 799
		EUR				
114	115	116	117	118	119	120
01	Landtag		9.200.200	9.254.700		
02	Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei	500.000	6.052.400	7.459.900		
03	Ministerium des Innern und für Kommunales	1.813.400	939.900	21.422.400	2.976.300	
04	Ministerium der Justiz		5.123.500	37.903.800	50.000	
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport		286.860.300	1.046.840.500		
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	345.293.000	377.346.900	811.307.500		10.300.000
07	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz	45.566.300	169.300.200	900.518.400		
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie	63.759.300	132.168.300	204.234.200		
10	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz	183.549.500	33.546.300	221.623.700	120.000	60.303.900
11	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung	583.110.000	5.348.400	730.224.600		
12	Ministerium der Finanzen und für Europa	16.813.400	3.944.000	46.814.400		
13	Landesrechnungshof					
14	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg					
20	Allgemeine Finanzverwaltung	189.700.000	14.331.400	3.757.232.700		500.000
	Insgesamt	1.430.104.900	1.044.161.800	7.794.836.800	3.146.300	71.103.900

Zergliederung 2021

der für das Haushaltsjahr
veranschlagten Einnahmen und Ausgaben

Einzelplan	Bezeichnung	Sachinvestitionen			
		Bausausgaben insgesamt	Erwerb von Fahrzeugen	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	Erwerb von unbeweglichen Sachen
		711 - 799	811	812	821 - 829
		EUR			
121	122	123	124	125	126
01	Landtag			488.000	
02	Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei			60.300	
03	Ministerium des Innern und für Kommunales	2.976.300	15.004.000	18.266.400	
04	Ministerium der Justiz	50.000	1.037.900	10.227.700	
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport			179.300	
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	10.300.000	16.600	454.400	
07	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz		25.000	3.462.700	
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie		135.300	493.400	
10	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz	60.423.900	752.000	1.529.200	3.059.700
11	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung			1.166.600	
12	Ministerium der Finanzen und für Europa			7.766.900	
13	Landesrechnungshof			187.700	
14	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg				
20	Allgemeine Finanzverwaltung	500.000		324.300	4.354.900
	Insgesamt	74.250.200	16.970.800	44.606.900	7.414.600

Zergliederung 2021

der für das Haushaltsjahr
veranschlagten Einnahmen und Ausgaben

Einzelplan	Bezeichnung	Sachinvestitionen		Ausgaben zur Investitionsförderung	
		Ausgaben für Sachinvestitionen insgesamt	Erwerb von Beteiligungen und dgl.	Darlehen	Gewährleistungen
		711 - 829	831, 836	851 - 866	871
		EUR			
127	128	129	130	131	132
01	Landtag	488.000			
02	Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei	60.300			
03	Ministerium des Innern und für Kommunales	36.246.700			
04	Ministerium der Justiz	11.315.600			
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport	179.300			
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	10.771.000		29.590.000	
07	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz	3.487.700		13.000	
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie	628.700	19.524.600	20.691.400	
10	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz	65.764.800			
11	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung	1.166.600			
12	Ministerium der Finanzen und für Europa	7.766.900			
13	Landesrechnungshof	187.700			
14	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg				
20	Allgemeine Finanzverwaltung	5.179.200	10.000	39.960.000	11.500.000
	Insgesamt	143.242.500	19.534.600	90.254.400	11.500.000

Zergliederung 2021

der für das Haushaltsjahr
veranschlagten Einnahmen und Ausgaben

Einzelplan	Bezeichnung	Ausgaben zur Investitionsförderung				
		Zuweisungen für Investitionen an den öffentlichen Bereich			Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche	Ausgaben zur Investitionsförderung insgesamt
		an Länder	an Gemeinden	an andere		
		882	883	881, 884 - 887	891 - 896	831 - 899
		EUR				
133	134	135	136	137	138	139
01	Landtag					
02	Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei					
03	Ministerium des Innern und für Kommunales		7.000.000	1.000.000	2.180.900	10.180.900
04	Ministerium der Justiz					
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport	20.000	14.750.000		11.847.000	26.617.000
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	373.500	590.800	1.287.000	89.287.000	121.128.300
07	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz		6.126.100	681.900	155.098.400	161.919.400
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie		171.477.300		193.925.000	405.618.300
10	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz		23.386.000	23.576.400	156.091.000	203.053.400
11	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung		184.005.000		214.951.200	398.956.200
12	Ministerium der Finanzen und für Europa		10.105.100		60.936.800	71.041.900
13	Landesrechnungshof					
14	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg					
20	Allgemeine Finanzverwaltung		277.266.600		2.621.800	331.358.400
	Insgesamt	393.500	694.706.900	26.545.300	886.939.100	1.729.873.800

Zergliederung 2021

der für das Haushaltsjahr
veranschlagten Einnahmen und Ausgaben

Einzelplan	Bezeichnung	Besondere Finanzierungsausgaben				
		Ausgaben für Sachinvestitionen und zur Investitionsförderung insgesamt	Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke, Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	Globale Mehr- und Minder- ausgaben	Haushalts- technische Verrechnungen	Besondere Finanzierungs- ausgaben insgesamt
		711 - 899	911 - 919, 961 - 969	971, 972	981 - 989	911 - 989
		EUR				
140	141	142	143	144	145	146
01	Landtag	488.000				
02	Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei	60.300				
03	Ministerium des Innern und für Kommunales	46.427.600		-2.750.000		-2.750.000
04	Ministerium der Justiz	11.315.600				
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport	26.796.300		-13.375.100		-13.375.100
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	131.899.300		-2.856.800		-2.856.800
07	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz	165.407.100	45.671.100			45.671.100
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie	406.247.000		-6.000.000		-6.000.000
10	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz	268.818.200		-9.867.000	2.600	-9.864.400
11	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung	400.122.800		-3.804.300	105.700	-3.698.600
12	Ministerium der Finanzen und für Europa	78.808.800				
13	Landesrechnungshof	187.700				
14	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg					
20	Allgemeine Finanzverwaltung	336.537.600	909.677.900	-47.600.000		862.077.900
	Insgesamt	1.873.116.300	955.349.000	-86.253.200	108.300	869.204.100

Zergliederung 2021

der für das Haushaltsjahr
veranschlagten Einnahmen und Ausgaben

Einzelplan	Bezeichnung	Summe der Ausgaben 2021	Summe der Einnahmen 2021	Gesamtergebnis
				Überschuss(+) Zuschuss (-)
		400 - 999	001 - 399	
		EUR		
147	148	149	150	151
01	Landtag	55.672.900	543.900	-55.129.000
02	Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei	32.326.800	1.166.700	-31.160.100
03	Ministerium des Innern und für Kommunales	979.355.600	81.162.200	-898.193.400
04	Ministerium der Justiz	607.206.300	173.153.300	-434.053.000
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport	2.663.327.400	75.336.600	-2.587.990.800
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	1.002.120.600	238.413.400	-763.707.200
07	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz	1.221.010.200	181.883.500	-1.039.126.700
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie	659.791.000	420.005.400	-239.785.600
10	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz	715.639.200	366.584.100	-349.055.100
11	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung	1.186.313.400	649.552.900	-536.760.500
12	Ministerium der Finanzen und für Europa	447.467.000	90.434.000	-357.033.000
13	Landesrechnungshof	16.803.000	517.900	-16.285.100
14	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg	809.300		-809.300
20	Allgemeine Finanzverwaltung	5.442.118.700	12.751.207.500	+7.309.088.800
	Insgesamt	15.029.961.400	15.029.961.400	

Durchlaufende Posten 2021

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
		E	E	E
		A	A	A
		- EUR -		
04 020	Allgemeine Bewilligungen			
382 10	Zur Verrechnung von Umsatzsteuer	25.050	0	0
982 10	Zur Verrechnung von Umsatzsteuer	14.049	0	0
	Summe Einzelplan 04	25.050	0	0
	Einnahmen			
	Ausgaben	14.049	0	0
07 010	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz			
382 18	Durchlaufende Posten	0	0	0
982 18	Durchlaufende Posten	0	0	0
07 040	Gesundheit			
382 18	Einnahmen aus zweckgebundenen Zuweisungen Dritter	0	0	0
982 18	Ausgaben zur Verrechnung zweckgebundener Zuweisungen Dritter	0	0	0
07 060	Soziales Entschädigungsrecht, Ausgleichsabgabe			
382 18	Haushaltstechnische Verrechnungen	0	0	0
982 18	Haushaltstechnische Verrechnungen	0	0	0
07 070	Förderung der Sozialstruktur			
382 18	Einnahmen aus weiterzuleitenden Spenden	0	0	0
982 18	Ausgaben zur Weiterleitung von Spenden Dritter an die Berechtigten	0	0	0
	Summe Einzelplan 07	0	0	0
	Einnahmen			
	Ausgaben	0	0	0
08 020	Allgemeine Bewilligungen			
382 10	Verrechnung von Umsatzsteuer	0	0	0
982 10	Zur Verrechnung von Umsatzsteuer		0	0
	Summe Einzelplan 08	0	0	0
	Einnahmen			
	Ausgaben		0	0
10 020	Allgemeine Bewilligungen			
382 10	Zur Verrechnung der Umsatzsteuer auf innergemeinschaftliche Erwerbe	509	0	0
982 10	Zur Verrechnung der Umsatzsteuer auf innergemeinschaftliche Erwerbe	545	0	0
10 032	Ländliche Entwicklung und Landwirtschaft			
382 10	Einnahmen aus der Weinbergflächenabgabe	2.188	2.600	2.600
982 10	Abführung an den Deutschen Weinfonds	2.188	2.600	2.600
10 101	Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung			
382 62	Übertragung von Anlieferungsreferenzmenge	0	0	0
982 62	Übertragung von Anlieferungsreferenzmenge	0	0	0
10 105	Landesamt für Umwelt			
382 10	Gebühren für andere Behörden nach § 13 Gebührengesetz Brandenburg	5.717.687	0	0
382 20	Gebühren nach dem Brandenburgischen Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz		0	0

Durchlaufende Posten 2021

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
		E	E	E
		A	A	A
		- EUR -		
982 10	Erstattung von Verwaltungsaufwand an andere Behörden im konzentrierenden Verfahren	4.975.241	0	0
982 20	Zuschüsse für Projekte der Stiftung "Naturschutzfonds"		0	0
	Summe Einzelplan 10	5.720.385	2.600	2.600
	Einnahmen			
	Ausgaben	4.977.975	2.600	2.600
11 400	Landesamt für Bauen und Verkehr			
382 10	Kostenanteil des Landes Berlin für die Luftaufsicht	100.530	105.700	105.700
982 10	Kostenanteil des Landes Berlin für die Luftaufsicht	100.530	105.700	105.700
	Summe Einzelplan 11	100.530	105.700	105.700
	Einnahmen			
	Ausgaben	100.530	105.700	105.700
12 020	Allgemeine Bewilligungen			
382 10	Zur Verrechnung der Umsatzsteuer auf innergemeinschaftliche Erwerbe	1.350	0	0
982 10	Zur Verrechnung der Umsatzsteuer auf innergemeinschaftliche Erwerbe	2.141	0	0
12 050	Finanzämter, Technisches Finanzamt			
381 10	Einnahmen aus der Erstattung von Kosten für die Spielbankenaufsicht	0	0	0
12 200	Zentrale Bezügestelle des Landes Brandenburg			
382 10	Zur Verrechnung der von Mandantinnen und Mandanten erhobenen Umsatzsteuer	69.709	0	0
982 10	Zur Verrechnung der von Mandantinnen und Mandanten gezahlten Umsatzsteuer	69.709	0	0
	Summe Einzelplan 12	71.059	0	0
	Einnahmen			
	Ausgaben	71.850	0	0
20 020	Allgemeine Bewilligungen			
382 10	Zur Verrechnung der Umsatzsteuer auf innergemeinschaftliche Erwerbe	0	0	0
981 80	Erstattung von Kosten der Spielbankenaufsicht	0	0	0
982 10	Zur Verrechnung der Umsatzsteuer auf innergemeinschaftliche Erwerbe	0	0	0
	Summe Einzelplan 20	0	0	0
	Einnahmen			
	Ausgaben	0	0	0
	Gesamtsumme	5.917.025	108.300	108.300
	Einnahmen			
	Ausgaben	5.164.404	108.300	108.300

Prognose der Entwicklung der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger und Höhe der Versorgungsausgaben des Landes Brandenburg

Durch das Gesetz zur Errichtung eines Versorgungsfonds des Landes Brandenburg (BbgVfG) vom 19. Dezember 2008 wurde die Bildung eines nicht rechtsfähigen Sondervermögens unter dem Namen „Versorgungsfonds des Landes Brandenburg“ beschlossen. Darin war festgelegt, dass für die ab dem 1.1.2009 neu begründeten Beamten-, Richter- oder Amtsverhältnisse regelmäßige Zuführungen an den Versorgungsfonds zur Finanzierung der Versorgungsaufwendungen zu erbringen sind.

Für Anwartschaften, die bereits vor dem 1. Januar 2009 begründet worden sind, erfolgte eine Teilfinanzierung, soweit nach Maßgabe des Landeshaushaltes Zuführungen an das Sondervermögen vorgenommen wurden.

Im Hinblick auf die anstehenden Versorgungszahlungen ist es weiterhin Ziel der Landesregierung, hierfür durch eine vorausschauende Politik Vorsorge zu treffen. Gleichzeitig soll aber vermieden werden, im aktuellen schwierigen Kapitalmarktumfeld dafür risikoreiche bzw. renditearme Neuanlagen zu tätigen. Daher wurde mit der Verabschiedung des Gesetzes über die Aufhebung des Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 20. Dezember 2016 eine Regelung geschaffen, die Versorgungsrücklagen des Landes Brandenburg aufzulösen und den Vermögensbestand der Versorgungsrücklage (zum Stand 31.12.2017 rund 245,9 Mio. EUR) an den Versorgungsfonds zu übertragen. Aus den Anlagen der ehemaligen Versorgungsrücklage werden im Haushaltsjahr 2021 Entnahmen entsprechend des Volumens der fälligen Wertpapiere zuzüglich der erfolgten Zinszahlungen zur Dämpfung der Versorgungsausgaben getätigt.

Gleichzeitig wird durch das Gesetz geregelt, dass die Zuführungen an den Versorgungsfonds sowohl für die ab dem 1.1.2009 neu begründeten Beamten-, Richter- oder Amtsverhältnisse, als auch für die Anwartschaften, die bereits vor dem 1. Januar 2009 entstanden sind, nach Maßgabe des Haushaltes erfolgen. Die Zuführungen zum Versorgungsfonds bleiben für das Haushaltsjahr 2021 ausgesetzt.

Prognose der Versorgungsverpflichtungen für den Altbestand (vor dem 01.01.2009 begründete Anwartschaften)

Gemäß § 5 Abs. 3 BbgVfG werden mit dem Entwurf des Haushaltsgesetzes Berechnungen über die Höhe der Zuführungen vorgelegt, die erforderlich wären, um die künftigen Versorgungsausgaben in voller Höhe aus dem Sondervermögen Versorgungsfonds des Landes Brandenburg decken zu können. Für die Berechnungen zum Haushaltsplanentwurf 2021 wird auf Basis des Bestandes zum Stichtag 31.12.2014 auf die versicherungsmathematische Berechnung der Entwicklung der Versorgung für den Altbestand (Zugang vor dem 01.01.2009) aus dem Gutachten vom 26.02.2016 zurückgegriffen. Für die jährliche Erhöhung der Besoldung wurde eine Anpassungsrate von 2,0 % pro Jahr unterstellt. Die Prognose erfolgte für jeden Einzelplan und für die verschiedenen Verwendungen und erstreckt sich auf den Zeitraum bis zum Auslaufen der Verpflichtungen. Die Versorgungsleistungen erreichen im Jahr 2045 mit rd. 1.338 Mio. € ihren Höhepunkt. Die Pensionszahlungen an Versorgungsempfängerinnen und -empfänger entwickeln sich demnach wie folgt:

in Mio. €	2025	2030	2040	2045	2050
Versorgungsleistungen (ohne Kinderzuschläge bei 2% Dynamik)	576	852	1.276	1.338	1.269

Der für die Finanzierung aller Pensionszahlungen ab dem 1.1.2021 für den Altbestand zum 31.12.2008 benötigte Betrag entspricht dem Barwert der Verpflichtungen. Dieser Barwert ist in Abhängigkeit vom Realzins in der folgenden Tabelle aufgeführt:

Barwert der Pensionsverpflichtungen zum 31.12.2020 für die vor dem 01.01.2009 begründeten Beamten-, Richter- bzw. Amtsverhältnisse (Altbestand) (Dynamik der Besoldung und Versorgung 2,0%)				
in Mrd. €	Realzins			
	0,0%	1,0%	2,0%	3,0%
Barwert	30,6	24,7	20,3	16,9

Die eigenen Berechnungen des MdFE, die bis zum Jahr 2027 reichen (vgl. Versorgungsbericht 2018), kommen zu dem Ergebnis, dass die Ausgaben für Versorgungsbezüge bis zum Jahr 2027 auf 605 Mio. € ansteigen werden. Im Jahr 2025 geht das MdFE im Versorgungsbericht 2018 von Ausgaben für Versorgungsbezüge in Höhe von 530 Mio. € aus.

Personalausgabenquote

- Angaben in Mio € -

Ausgabeart	Ist 2017	Ist 2018	Ist 2019	Soll 2020	Soll 2021
Obergruppe 41 ¹	19,8	20,3	21,5	23,7	23,7
Obergruppe 42 ²	2.344,9	2.427,8	2.524,5	2.521,3	2.784,8
Obergruppe 43 ³	242,6	269,5	309,6	347,7	394,9
Obergruppe 44 ⁴	103,2	111,7	120,9	124,2	145,7
Obergruppe 45 ⁵	0,7	0,5	0,6	1,6	1,7
Obergruppe 46 ⁶	1,7	2,6	0,7	297,6	31,2
Summe der HGr. 4	2.713,0	2.832,5	2.977,7	3.316,1	3.382,0
Personalausgabenquote in % (bezogen auf die HGr. 4)	24,4	24,5	22,4	21,8	24,0
Summe der Verlagerungen	593,1	622,5	649,3	627,7	657,8
<u>davon</u>					
Hochschulen (EPL 06)	298,0	323,6	349,7	296,2	329,9
Landesbetrieb Forst Brandenburg (EPL 10)	88,6	88,0	83,5	84,5	87,1
ZIT-BB (EPL 03)	22,8	23,2	22,9	27,1	25,9
LGB (EPL 03)	16,2	16,7	16,7	17,1	18,2
Tierseuchenkasse (EPL 07)	0,5	0,5	0,5	0,6	0,7
Gestüt Neustadt (Dosse) (EPL 10)	3,3	3,4	3,5	3,2	4,2
Landesbetrieb Straßenwesen (EPL 11)	113,0	113,5	118,9	135,0	125,3
Brandenburgische Kulturstiftung Cottbus (EPL 06)	20,8	22,0	22,3	25,4	26,4
Brandenburgischer Landesbetrieb für Liegenschaf- ten und Bauen (EPL 12) ⁷	29,9	31,5	31,2	38,6	40,2
gesamt	3.306,1	3.455,0	3.627,0	3.943,8	4.039,8
Personalausgabenquote gesamt in	29,7	29,9	27,3	26,0	28,7

(Rundungsdifferenzen)

- 1 Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtliche Tätige
- 2 Bezüge, Vergütungen, Löhne, Beschäftigungsentgelte, nicht aufteilbare Personalausgaben
- 3 Versorgungsbezüge und dgl.
- 4 Beihilfen, Unterstützungen und dgl.
- 5 sonstige personalbezogene Sachausgaben, vor allem Trennungsentschädigungen und Umzugskostenvergütungen
- 6 Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben, einschließlich Personalverstärkungsmittel
- 7 Abrechnung der Personalausgaben im Rahmen des BLB; Ist einschl. Ausgaben aus Umlagen und Rückstellungen

Zusammenfassung der Stellenübersicht 2021

Gesamtübersicht

Bezeichnung	2020	2021
1.1 Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter	39.634,00	40.090,00
1.2 Nachwuchskräfte	743,00	630,00
1 gesamt	40.377,00	40.720,00
2 Beamtete Hilfskräfte	0,00	0,00
3 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	8.870,00	8.555,00
Stellensoll (1-3)	49.247,00	49.275,00
Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst	3.164,00	3.447,00
Richterinnen und Richter auf Probe	46,00	46,00
Auszubildende	822,00	822,00
Leerstellen		
Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter	256,00	334,00
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	200,00	125,00
Summe Leerstellen	456,00	459,00

für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, beamtete Hilfskräfte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

[illegible]

Einzelpläne											
13	14	20								Ges.	
											Planmäßige Beam- tinnen und Beamte, Richterinnen und Richter
											Besoldungsordnung B
1,00										1,00	B10 hD
										14,00	B9 hD
1,00										1,00	B8 hD
3,00										3,00	B6 hD
										48,00	B5 hD
1,00										9,00	B4 hD
7,00										10,00	B3 hD
										223,00	B2 hD
13,00										309,00	Summe
											Besoldungsordnung W
										448,00	W3 hD
										458,00	W2 hD
										14,00	W1 hD
										920,00	Summe
											Besoldungsordnung R
										2,00	R8 hD
										2,00	R6 hD
										4,00	R5 hD
										8,00	R4 hD
										57,00	R3 hD
										327,00	R2 hD
										730,00	R1 hD
										1.130,00	Summe
											Besoldungsordnung A
12,00		0,00								405,00	A16 hD
25,00		0,00								1.052,00	A15 hD
										204,00	A15 gD
7,00	2,00	0,00								814,00	A14 hD
										950,00	A14 gD
										6.363,00	A13 hD
65,00	1,00									12.893,00	A13 gD
15,00	0,00	0,00								2.027,00	A12 gD
		0,00								2.869,00	A11 gD
										2.192,00	A10 gD
										1.363,00	A9 gD
4,00	0,00	3,00								3.386,00	A9 mD
										2.410,00	A8 mD
	1,00									523,00	A7 mD
										208,00	A6 mD
										72,00	A5 mD
128,00	4,00	3,00								37.731,00	Summe
											Nachwuchskräfte

Übersicht über Planstellen und Stellen 2021

für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, beamtete Hilfskräfte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

	Einzelpläne										
	01	02	03	04	05	06	07	08	10	11	12
A15 hD			5,00	2,00			4,00		2,00	4,00	
A14 hD		2,00	3,00		4,00	4,00	4,00		2,00	8,00	5,00
A13 hD	1,00		7,00	1,00	13,00	5,00	8,00	8,00	19,00	15,00	14,00
A13 gD			19,00	1,00	3,00		5,00	4,00	19,00	12,00	27,00
A12 gD			3,00	1,00	6,00	1,00	11,00	2,00	17,00	51,00	12,00
A11 gD		3,00	2,00		4,00	7,00	2,00	1,00	13,00	5,00	13,00
A10 gD		1,00		2,00	5,00		5,00				
A9 gD				2,00			2,00				
A9 mD		2,00	8,00	3,00	5,00	3,00	2,00	2,00	13,00	6,00	10,00
A8 mD	1,00			1,00	2,00						
A7 mD				3,00							
A6 mD				1,00			5,00				
Summe	2,00	8,00	47,00	17,00	42,00	20,00	48,00	17,00	85,00	101,00	81,00
hD	53,00	66,00	469,00	1.282,00	6.874,00	1.048,00	217,00	147,00	360,00	211,00	347,00
gD	10,00	36,00	5.215,00	978,00	12.902,00	90,00	253,00	103,00	692,00	382,00	2.017,00
mD	2,00	23,00	2.733,00	1.994,00	44,00	21,00	28,00	29,00	64,00	22,00	1.698,00
Summe 2021	65,00	125,00	8.417,00	4.254,00	19.820,00	1.159,00	498,00	279,00	1.116,00	615,00	4.062,00
Summe 2020	63,00	126,00	8.340,00	4.185,00	19.551,00	1.160,00	450,00	272,00	1.040,00	595,00	4.044,00
Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst											
ANW hD										6,00	
A13 hD			11,00		510,00		7,00	2,00			10,00
A13 gD					450,00						
A12 gD					0,00						
A10 gD			101,00				18,00	2,00			
A9 gD			1.059,00	100,00							301,00
A8 mD			390,00	116,00							
A7 mD								2,00			177,00
A6 mD			138,00	45,00							
ANW gD										2,00	
Summe			1.699,00	261,00	960,00		25,00	6,00		8,00	488,00
hD			11,00		510,00		7,00	2,00		6,00	10,00
gD			1.160,00	100,00	450,00		18,00	2,00		2,00	301,00
mD			528,00	161,00				2,00			177,00
Summe 2021			1.699,00	261,00	960,00		25,00	6,00		8,00	488,00
Summe 2020			1.581,00	223,00	960,00		21,00	4,00		6,00	369,00
Richterinnen und Richter auf Probe											
R1 hD				46,00							
Summe				46,00							
hD				46,00							
Summe 2021				46,00							
Summe 2020				46,00							
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
AT5 (B5)		1,00									
AT2 (B2)	1,00		1,00				8,00				

Übersicht über Planstellen und Stellen 2021

für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, beamtete Hilfskräfte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Einzelpläne											
13	14	20								Ges.	
		11,00								17,00	A15 hD
		27,00								43,00	A14 hD
		33,00								118,00	A13 hD
										123,00	A13 gD
										104,00	A12 gD
		27,00								77,00	A11 gD
		41,00								54,00	A10 gD
										4,00	A9 gD
		20,00								74,00	A9 mD
										4,00	A8 mD
		2,00								5,00	A7 mD
		1,00								7,00	A6 mD
		162,00								630,00	Summe
57,00	2,00	38,00								11.171,00	hD
80,00	1,00	101,00								22.860,00	gD
4,00	1,00	26,00								6.689,00	mD
141,00	4,00	165,00								40.720,00	Summe 2021
140,00	4,00	407,00								40.377,00	Summe 2020
											Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst
										6,00	ANW hD
										540,00	A13 hD
										450,00	A13 gD
										0,00	A12 gD
										121,00	A10 gD
										1.460,00	A9 gD
										506,00	A8 mD
										179,00	A7 mD
										183,00	A6 mD
										2,00	ANW gD
										3.447,00	Summe
										546,00	hD
										2.033,00	gD
										868,00	mD
										3.447,00	Summe 2021
										3.164,00	Summe 2020
											Richterinnen und Richter auf Probe
										46,00	R1 hD
										46,00	Summe
										46,00	hD
										46,00	Summe 2021
										46,00	Summe 2020
											Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
										1,00	AT5 (B5)
0,00										10,00	AT2 (B2)

Übersicht über Planstellen und Stellen 2021

für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, beamtete Hilfskräfte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

	Einzelpläne										
	01	02	03	04	05	06	07	08	10	11	12
AT							5,00				
E 15 Ü	1,00	5,00			2,00	2,00	3,00	3,00	5,00	5,00	1,00
E 15	8,00	14,00	21,00		2,00	15,00	69,00	7,00	50,00	34,00	5,00
E 14	25,00	8,00	48,00		3,00	21,00	45,00	19,00	120,00	35,00	6,00
E 13	10,00	3,00	54,00	7,00	12,00	64,00	17,00	29,00	68,00	81,00	18,00
E 12	12,00	8,00	136,00	9,00	16,00	10,00	66,00	14,00	69,00	116,00	49,00
E 11	7,00	6,00	177,00	6,00	24,00	22,00	125,00	30,00	270,00	397,00	241,00
E 10	15,00	1,00	109,00	5,00	4,00	20,00	27,00	5,00	286,00	44,00	102,00
E 9	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	3,00	0,00	6,00	58,00	0,00	0,00
E 9b	9,00		173,00	62,00	292,00	18,00	184,00		139,00	84,00	65,00
E 9a	3,00	5,00	130,00	112,00	17,00	7,00	22,00		64,00	29,00	78,00
E 8	12,00	13,00	202,00	41,00	2,00	4,00	22,00	12,00	217,00	395,00	118,00
E 7			9,00						27,00	116,00	
E 6	19,00	6,00	234,00	572,00	21,00	1,00	48,00	8,00	227,00	143,00	93,00
E 5	7,00	6,00	75,00	58,00	5,00		6,00	3,00	366,00	272,00	66,00
E 4	3,00	8,00	5,00	70,00	3,00	3,00	5,00	2,00	10,00	4,00	28,00
E 3		1,00		7,00		4,00			2,00	0,00	1,00
E 2				5,00							3,00
Summe 2021	132,00	85,00	1.374,00	954,00	405,00	194,00	652,00	138,00	1.978,00	1.755,00	874,00
Summe 2020	120,00	94,00	1.370,00	928,00	393,00	175,00	635,00	123,00	2.137,00	2.062,00	813,00
Referendarinnen und Referendare				400,00							
AZUBIS	1,00	2,00	44,00	110,00	7,00	2,00	17,00		95,00	124,00	20,00
Praktikantinnen und Praktikanten						0,00					0,00
Stellen 2021	197,00	210,00	9.791,00	5.208,00	20.225,00	1.353,00	1.150,00	417,00	3.094,00	2.370,00	4.936,00
Stellen 2020	183,00	220,00	9.710,00	5.113,00	19.944,00	1.335,00	1.085,00	395,00	3.177,00	2.657,00	4.857,00
Leerstellen:											
Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter											
Besoldungsordnung B											
B9 hD			1,00								
B5 hD								2,00	1,00		
B4 hD											1,00
B2 hD		1,00		1,00		2,00		0,00			
Summe		1,00	1,00	1,00		2,00		2,00	1,00		1,00
Besoldungsordnung W											
W3 hD						83,00					
W2 hD						46,00					
W1 hD						9,00					
Summe						138,00					
Besoldungsordnung R											
R3 hD				2,00							
R2 hD				6,00							
R1 hD				15,00							
Summe				23,00							

Übersicht über Planstellen und Stellen 2021

für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, beamtete Hilfskräfte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

[illegible]

Übersicht über Planstellen und Stellen 2021

für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, beamtete Hilfskräfte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

	Einzelpläne										
	01	02	03	04	05	06	07	08	10	11	12
Besoldungsordnung A											
A16 hD			2,00		3,00	1,00	3,00	1,00	2,00		
A15 hD			1,00		7,00	1,00			0,00	0,00	2,00
A14 hD			2,00	1,00	6,00	1,00	1,00		1,00	1,00	
A13 hD					26,00		2,00		1,00		
A13 gD		0,00	2,00		59,00		0,00		0,00	0,00	0,00
A12 gD			2,00	4,00				0,00	0,00		0,00
A11 gD			0,00	1,00					2,00		2,00
A10 gD							2,00		1,00		0,00
A9 gD				1,00							
A9 mD			0,00	1,00					1,00		0,00
A8 mD			15,00	1,00							
A7 mD			0,00	3,00							
A6 mD				2,00							
Summe		0,00	24,00	14,00	101,00	3,00	8,00	1,00	8,00	1,00	4,00
hD		1,00	6,00	25,00	42,00	143,00	6,00	3,00	5,00	1,00	3,00
gD		0,00	4,00	6,00	59,00		2,00	0,00	3,00	0,00	2,00
mD			15,00	7,00					1,00		0,00
Summe 2021		1,00	25,00	38,00	101,00	143,00	8,00	3,00	9,00	1,00	5,00
Summe 2020		1,00	28,00	39,00	3,00	123,00	9,00	4,00	31,00	2,00	16,00
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer											
AT1 (B1)			0,00								
E 15 Ü										1,00	
E 15			1,00		0,00	1,00		1,00	2,00		
E 14	1,00	0,00					0,00		0,00		
E 13					5,00		3,00		2,00	1,00	
E 12							1,00	1,00	2,00	2,00	2,00
E 11			3,00	1,00	1,00		0,00	2,00	8,00	1,00	1,00
E 10			2,00		2,00		3,00		2,00		
E 9	0,00		1,00	0,00			0,00		0,00	0,00	0,00
E 9b			1,00				1,00				
E 9a			4,00	1,00							2,00
E 8				2,00					15,00		
E 7									2,00		
E 6			1,00	5,00	0,00		1,00		17,00	1,00	
E 5			2,00	2,00			1,00	1,00	12,00		
E 4									0,00		
E 2									1,00		0,00
Summe 2021	1,00	0,00	15,00	11,00	8,00	1,00	10,00	5,00	63,00	6,00	5,00
Summe 2020	0,00	1,00	8,00	10,00	4,00	2,00	14,00	6,00	144,00	4,00	7,00
Leerstellen 2021	1,00	1,00	40,00	49,00	109,00	144,00	18,00	8,00	72,00	7,00	10,00
Leerstellen 2020	0,00	2,00	36,00	49,00	7,00	125,00	23,00	10,00	175,00	6,00	23,00

Übersicht über Planstellen und Stellen 2021

für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, beamtete Hilfskräfte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Einzelpläne											
13	14	20								Ges.	
											Besoldungsordnung A
										12,00	A16 hD
										11,00	A15 hD
										13,00	A14 hD
										29,00	A13 hD
										61,00	A13 gD
										6,00	A12 gD
										5,00	A11 gD
										3,00	A10 gD
										1,00	A9 gD
										2,00	A9 mD
										16,00	A8 mD
										3,00	A7 mD
										2,00	A6 mD
										164,00	Summe
										235,00	hD
										76,00	gD
										23,00	mD
										334,00	Summe 2021
										256,00	Summe 2020
											Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
										0,00	AT1 (B1)
										1,00	E 15 Ü
										5,00	E 15
										1,00	E 14
										11,00	E 13
										8,00	E 12
										17,00	E 11
										9,00	E 10
										1,00	E 9
										2,00	E 9b
										7,00	E 9a
										17,00	E 8
										2,00	E 7
										25,00	E 6
										18,00	E 5
										0,00	E 4
										1,00	E 2
										125,00	Summe 2021
										200,00	Summe 2020
										459,00	Leerstellen 2021
										456,00	Leerstellen 2020

Übersicht

über Dienstwohnungen

Epl.	Dienstwohnungen für Beamtinnen und Beamte			Dienstwohnungen für Arbeitnehmerin- nen und Arbeit- nehmer	Dienstwohnungen zusammen	
	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer und einfacher Dienst			
	2021	2021	2021		2020	2021
1	2	3	4	5	6	7
04			1		1	1
Zus.			1		1	1

Übersicht

über die landeseigenen und geleasteten Dienstfahrzeuge

Epl.	Personenkraftwagen		Lastkraftwagen		Kraftträder		Sonderfahrzeuge		Zusammen	
	Soll 2020	Soll 2021	Soll 2020	Soll 2021	Soll 2020	Soll 2021	Soll 2020	Soll 2021	Soll 2020	Soll 2021
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
01 geleast	5 5	5 5							5 5	5 5
02 geleast							2	2	2	2
03 geleast	542 17	568 22	70	71	35	35	1.285 6	1.378 6	1.932 23	2.052 28
04 geleast	25 23	26 24	47	47			37	37	109 23	110 24
05 geleast	1 1	1 1							1 1	1 1
06 geleast	11 1	11 1	1	1			3	3	15 1	15 1
07 geleast	62 55	63 56					4	4	66 55	67 56
08 geleast	1 1	1 1					60	60	61 1	61 1
10 geleast	101 54	83 49	8	8			274	269	383 54	360 49
11 geleast	12 1	12 1					2	2	14 1	14 1
13 geleast	2 2	2 2							2 2	2 2
14 geleast	1 1	1 1							1 1	1 1
Zus. geleast	763 161	773 163	126	127	35	35	1.667 6	1.755 6	2.591 167	2.690 169

Übersicht über Sonderfinanzierungsverfahren

(Öffentlich Private Partnerschaften und private Vorfinanzierung öffentlicher Baumaßnahmen)

Lfd. Nr.	Kapitel Titel	Maßnahme	Gesamt- ausgaben (Sp. 5-11)	Finanzierungsverlauf			
				Verausgabt bis	Vorauss. Ist	Veran- schlagt	Fällig
				2019	2020	2021	2022
1.000 EUR							
1	2	3	4	5	6	7	8
		A. ÖPP-Projekte					
		<i>Hochbaumaßnahmen</i>					
		<i>Laufende Maßnahmen</i>					
1	20 630 / 520 70	Neubau des Landtages konsumtive Finanzierungsanteile	57.179	12.268	2.946	2.870	2.792
2	20 630 / 823 70	Neubau des Landtages investive Finanzierungsanteile	109.780	9.692	2.620	2.696	2.775
3	01 010 / 516 10	Neubau des Landtages Gebäudemanage- mentleistungen	26.229	3.971	4.088	4.310	4.460
4	12 010 / 518 25	MdF- Neubau (HMA 107) konsumtive Finanzierungsanteile zur Realisie- rung der ÖPP- Maßnahme - MdF zahlt für alle Maßnahmeteile im Rahmen des Vermieter- Mieter- Modells Miete an den BLB aus der Haushaltsstelle 12 010 518 25	11.506	5.146	495	479	462
5	12 010 / 518 25	MdF- Neubau investive Finanzierungsanteile (s. lfd. Nr. 4)	15.792	3.039	414	430	448
6	12 010 / 518 25	MdF- Neubau Gebäudemanagementleistungen (s. lfd. Nr. 4)	18.783	3.797	577	607	637
		<i>Neue Maßnahmen</i>					
7	10 010 / 518 25	Neubau Bürokomplex Haus S konsumtive Finanzierungsanteile zur Realisie- rung der ÖPP-Maßnahme - MLUL zahlt im Rahmen des Vermieter-Mieter-Modells an den BLB aus der Haushaltsstelle 10 010 518 25	7.402	1.865	387	375	364
8	07 010 / 518 25	Neubau Bürokomplex Haus S konsumtive Finanzierungsanteile zur Realisie- rung der ÖPP-Maßnahme - MASGF zahlt im Rahmen des Vermieter-Mieter-Modells an den BLB aus der Haushaltsstelle 07 010 518 25	9.329	2.335	489	475	460
9	10 010 / 518 25	Neubau Bürokomplex Haus S investive Finanzierungsanteile (s. lfd. Nr. 7)	18.151	1.983	462	474	485
10	07 010 / 518 25	Neubau Bürokomplex Haus S investive Finanzierungsanteile (s. lfd. Nr. 8)	22.901	2.484	585	600	614
11	10 010 / 518 25	Neubau Bürokomplex Haus S Gebäudemanagementleistungen (s. lfd.Nr. 7)	24.795	1.370	417	577	703

Übersicht über Sonderfinanzierungsverfahren

(Öffentlich Private Partnerschaften und private Vorfinanzierung öffentlicher Baumaßnahmen)

Finanzierungsverlauf			Laufzeit (Vertrags- ende/Jahr)	Kaufpreis bei Vertrags- ende (Option)	Maßnahme	Kapitel Titel	Lfd. Nr.
Fällig	Fällig	Folgejahre (Insgesamt)					
2023	2024	2025 ff.					
1.000 EUR				1.000 EUR			
9	10	11	12	13	14	15	16
					A. ÖPP-Projekte		
					<i>Hochbaumaßnahmen</i>		
					<i>Laufende Maßnahmen</i>		
2.711	2.627	30.965	2043	0	Neubau des Landtages konsumtive Finanzierungsanteile	20 630 / 520 70	1
2.855	2.938	86.204	2043	0	Neubau des Landtages investive Finanzierungsanteile	20 630 / 823 70	2
4.620	4.780				Neubau des Landtages Gebäudemanage- mentleistungen	01 010 / 516 10	3
444	426	4.054	2040	0	MdF- Neubau (HMA 107) konsumtive Finanzierungsanteile zur Realisie- rung der ÖPP- Maßnahme - MdF zahlt für alle Maßnahmeteile im Rahmen des Vermieter- Mieter- Modells Miete an den BLB aus der Haushaltsstelle 12 010 518 25	12 010 / 518 25	4
485	484	10.492	2040	0	MdF- Neubau investive Finanzierungsanteile (s. lfd. Nr. 4)	12 010 / 518 25	5
668	702	11.795	2040	0	MdF- Neubau Gebäudemanagementleistungen (s. lfd. Nr. 4)	12 010 / 518 25	6
					<i>Neue Maßnahmen</i>		
352	340	3.719	2045	0	Neubau Bürokomplex Haus S konsumtive Finanzierungsanteile zur Realisie- rung der ÖPP-Maßnahme - MLUL zahlt im Rahmen des Vermieter-Mieter-Modells an den BLB aus der Haushaltsstelle 10 010 518 25	10 010 / 518 25	7
445	430	4.695	2045	0	Neubau Bürokomplex Haus S konsumtive Finanzierungsanteile zur Realisie- rung der ÖPP-Maßnahme - MASGF zahlt im Rahmen des Vermieter-Mieter-Modells an den BLB aus der Haushaltsstelle 07 010 518 25	07 010 / 518 25	8
498	510	13.739	2045	0	Neubau Bürokomplex Haus S investive Finanzierungsanteile (s. lfd. Nr. 7)	10 010 / 518 25	9
629	644	17.345	2045	0	Neubau Bürokomplex Haus S investive Finanzierungsanteile (s. lfd. Nr. 8)	07 010 / 518 25	10
805	916	20.007	2045	0	Neubau Bürokomplex Haus S Gebäudemanagementleistungen (s. lfd.Nr. 7)	10 010 / 518 25	11

Übersicht über Sonderfinanzierungsverfahren

(Öffentlich Private Partnerschaften und private Vorfinanzierung öffentlicher Baumaßnahmen)

Lfd. Nr.	Kapitel Titel	Maßnahme	Gesamt- ausgaben (Sp. 5-11)	Finanzierungsverlauf			
				Verausgabt bis	Vorauss. Ist	Veran- schlagt	Fällig
				2019	2020	2021	2022
1.000 EUR							
1	2	3	4	5	6	7	8
12	07 010 / 518 25	Neubau Bürokomplex Haus S Gebäudemanagementleistungen (s. lfd. Nr. 8) B. Private Vorfinanzierung öffentli- cher Baumaßnahmen <i>Hochbaumaßnahmen</i> <i>Laufende Maßnahmen</i>	31.230	1.735	526	728	885
1	12 020 / 891 61	Fachhochschule der Polizei Oranienburg	41.450	41.450	0	0	0
2	12 050 / 518 25	Finanzamt Nauen Mietkaufobjekt - MdF zahlt im Rahmen des Vermieter- Mieter- Modells Miete aus der Haushaltsstelle 12 050 518 25	18.753	17.448	512	512	281

Übersicht über Sonderfinanzierungsverfahren

(Öffentlich Private Partnerschaften und private Vorfinanzierung öffentlicher Baumaßnahmen)

Finanzierungsverlauf			Laufzeit (Vertrags- ende/Jahr)	Kaufpreis bei Vertrags- ende (Option)	Maßnahme	Kapitel Titel	Lfd. Nr.
Fällig	Fällig	Folgejahre (Insgesamt)					
2023	2024	2025 ff.					
1.000 EUR				1.000 EUR			
9	10	11	12	13	14	15	16
1.013	1.152	25.191	2045	0	Neubau Bürokomplex Haus S Gebäudemanagementleistungen (s. lfd. Nr. 8)	07 010 / 518 25	12
					B. Private Vorfinanzierung öffentlicher Baumaßnahmen		
					<i>Hochbaumaßnahmen</i>		
					<i>Laufende Maßnahmen</i>		
0	0	0	2014	0	Fachhochschule der Polizei Oranienburg	12 020 / 891 61	1
0	0	0	2022	0	Finanzamt Nauen Mietkaufobjekt - MdF zahlt im Rahmen des Vermieter- Mieter- Modells Miete aus der Haushaltsstelle 12 050 518 25	12 050 / 518 25	2

ÜBERSICHT

über die Sonderabgaben des Landes

Dokumentation über Bestand und Entwicklung aller Sonderabgaben im Land Brandenburg

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss vom 17.07.2003 [BVerfG, 2 BvL 1/99 (BGBl I 2003, 1728)] gefordert, allen nach dem 31.12.2003 aufzustellenden Haushaltsplänen eine Dokumentation über Bestand und Entwicklung aller Sonderabgaben als Anlage beizufügen. Das Bundesverfassungsgericht begründet dies mit der Pflicht zur Information des Parlamentes und der Öffentlichkeit durch eine vollständige Dokumentation der Sonderabgaben und mit dem Gebot wirksamer parlamentarisch-demokratischer Legitimation und Kontrolle von Planung und Entscheidung über die finanzielle Inanspruchnahme der Bürgerinnen und Bürger für öffentliche Aufgaben.

Dieser Dokumentationspflicht wird seit dem Doppelhaushalt 2005/2006 entsprochen.

In die zusätzliche Anlage wurden alle nicht steuerlichen Abgaben aufgenommen, die weder Gebühren noch Beiträge sind und bei denen auch mangels sonstiger spezieller Sach- und Zweckzusammenhänge „eine Konkurrenz zur Steuer nicht von vornherein ausgeschlossen ist“ (vgl. Abs. 129 der genannten BVerfG-Entscheidung). Hierunter sollen ausdrücklich auch alle Sonderabgaben der selbständigen juristischen Personen außerhalb der unmittelbaren Landesverwaltung fallen.

Aufgezählt sind alle Sonderabgaben im Verantwortungsbereich (Rechtssetzungsbereich) des Landesgesetzgebers. Berücksichtigt werden danach auch solche Sonderabgaben, die bereits an anderer Stelle im Landeshaushalt dokumentiert sind (Beispiel: Abwasserabgabe). Der Bestand und die Entwicklung der Sonderabgaben nach Art und Umfang werden sichtbar gemacht.

Wird eine Sonderabgabe nicht in die Anlage zum Haushaltsplan aufgenommen, kann dieses Versäumnis nach der neuen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Folge haben, dass die Abgabe nicht verfassungsgemäß ist. Wegen dieser Konsequenz wurden in etwaigen Zweifels- oder Grenzfällen die Abgaben **vorsorglich** in die Anlage zum Haushaltsplan aufgenommen. Die Nennung der Abgabe in der Anlage zum Haushaltsplan qualifiziert die Abgabe nicht als Sonderabgabe (vgl. Hinweis zur Tabelle).

Soweit Sonderabgaben aufgrund einer Landesverordnung erhoben werden, die Ermächtigungsgrundlage zum Erlass dieser Verordnung jedoch in einem Bundesgesetz enthalten ist, wird – einer Empfehlung des Bund/Länder-Arbeitsausschusses „Haushaltsrecht und Haushaltssystematik“ folgend – die Sonderabgabe in der Dokumentation des Landeshaushaltes aufgeführt.

Sonderabgaben des Landes

Anlage

Epl.	Sonderabgabe	Abgabevolumen in Mio Euro in		
		2019	2020	2021
		Ist	Soll	Soll
07	Bezeichnung: Schwerbehindertenausgleichsabgabe Rechtsgrundlage: § 160 Sozialgesetzbuch IX (SGB IX) Abgabezweck: Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben Verpflichtete: Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber mit mind. 20 Arbeitsplätzen i. S. d. § 156 SGB IX, welche die Beschäftigungsquote des § 154 SGB IX nicht erfüllen Begünstigte: Schwerbehinderte Menschen, die am Arbeitsleben teilhaben bzw. teilhaben werden	15,2	14,0	15,0
10	Bezeichnung: Abwasserabgabe Rechtsgrundlage: §§ 1 – 18 Abwasserabgabengesetz des Bundes in Verbindung mit den §§ 1 – 18 des Gesetzes zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes im Land Brandenburg (BbgAbwAG) Abgabezweck: Wirtschaftlicher Anreiz zur Verminderung der Schädlichkeit des in Gewässer eingeleiteten Abwassers Verpflichtete: Einleitende von Abwasser in Gewässer (Direkteinleitende) Begünstigte: Land Brandenburg (entspr. Haushaltsvermerk zu Titel 099 83 bis 2014, ab 2015 Titel 099 82 für Maßnahmen in der Titelgruppe 83 bis 2014, ab 2015 in der Titelgruppe 82 im Kapitel 10 105) zur Verbesserung der Gewässergüte	14,4	11,8	14,4
10	Bezeichnung: Wassernutzungsentgelt Rechtsgrundlage: § 40 – 42 Brandenburgisches Wassergesetz Abgabezweck: Sanierung, Unterhaltung, Renaturierung, Ausbau und Unterhaltung der Gewässer und Deiche sowie für Investitionen, die der Verbesserung der Wassergüte und dem sparsamen Umgang mit Wasser dienen § 40 Abs. 5 BbgWG Verpflichtete: Entgeltpflichtige gem. § 40 Abs. 1 BbgWG (z. B. Zweckverbände, Ämter und Gemeinden, industriell und gewerblich Nutzende) Begünstigte: Land Brandenburg (entspr. Haushaltsvermerk zu Titel 111 83 für Maßnahmen in der Titelgruppe 83 im Kapitel 10 105) als Pflichtige für o. g. Zwecke	26,3	26,0	26,3

Sonderabgaben des Landes

Anlage

Epl.	Sonderabgabe			
		2019	2020	2021
		Ist	Soll	Soll
10	Bezeichnung: Abgabe für den Deutschen Weinfonds Rechtsgrundlage: § 43 Nr. 1 Weingesetz Abgabezweck: Zentrale Förderung der Qualität und des Absatzes des Weines Verpflichtete: Weinbaubetriebe in Brandenburg Begünstigte: Deutscher Weinfonds	0,002	0,003	0,003
10	Bezeichnung: Fischereiabgabe Rechtsgrundlage: § 22 Fischereigesetz Abgabezweck: Förderung des Fischereiwesens Verpflichtete: Fischereiausübungsberechtigte Begünstigte: Natürliche Personen, Personengesellschaften und juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts, die das Fischereiwesen fördern	1,1	0,8	0,8
10	Bezeichnung: Jagdabgabe Rechtsgrundlage: § 23 Landesjagdgesetz Abgabezweck: Förderung des Jagdwesens Verpflichtete: Jagdscheininhabende Begünstigte: Jägerinnen und Jäger Brandenburgs, Jagdverbände, Jagdhundevereinigungen, Wildforschungseinrichtungen, Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer u. a.	0,4	0,3	0,3
10	Bezeichnung: Walderhaltungsabgabe Rechtsgrundlage: § 8 Abs. 4 Landeswaldgesetz Abgabezweck: Ausgleich für Waldumwandlungen Verpflichtete: Waldumwandelnde Begünstigte: Waldbesitzende zur Walderhaltung und Mehrung	1,4	0,0	0,0

Die Aufnahme einer Abgabe in diese Übersicht qualifiziert die Abgabe nicht als Sonderabgabe.